·Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. Juni 1978
Jg. 6 Nr. 24

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Freundschaftsvertrag Rumänien – Kampuchea unterzeichnet

Am 29. Mai unterzeichneten N. Ceausescu, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, und Pol Pot, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit", der die Entschlossenheit der beiden Völker im Kampf „gegen die imperialistische, kolonialistische und neokolonialistische Politik der Gewalt, des Diktats und der Herrschaft über andere Völker" ausdrückt. Rumänien und Kampuchea rufen auf, daß kein Staat „unter keiner Form und unter keinem Vorwand in die inneren und äußeren Angelegenheiten jedwelchen anderen Staates" eingreifen darf. Sie treten für „die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte und den Abzug aller ausländischen Truppen von den Territorien anderer Staaten" ein. Weiter wurden Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Handelsabkommen und ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der Hochseefischerei unterzeichnet.

Ecevit stimmt Nichtangriffspakt mit Griechenland zu

Der griechische Premierminister Karamanlis hat Samstag, den 3. Juni der Türkei gegenüber einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen: „Die Substanz des Paktes wäre, daß keines der Länder zur Gewalt greifen würde. Dieser Pakt würde das Klima verbessern, was dann günstig für ein Vorankommen des griechisch-türkischen Dialogs wäre." Ein solcher Vertrag richtet sich gegen die Politik der westeuropäischen Imperialisten wie auch der beiden Supermächte, die versuchen, Griechenland und die Türkei gegeneinander auszuspielen, um sie kontrollieren zu können. Der türkische Premierminister Ecevit hat tags darauf geantwortet: „Wir würden den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes akzeptieren, obwohl wir zugeben müssen, daß er eine gewisse Anomalie wäre, wenn man bedenkt, daß wir zwei Verbündete sind. Aber wenn Griechenland denkt, daß er etwas nützen wird, wären wir bereit, das zu diskutieren. Aber es liegt auf der Hand, daß er innerhalb *unserer* Probleme diskutiert werden sollte."

omalie wäre, wenn man bedenkt, daß wir zwei Verbündete sind. Aber wenn Griechenland denkt, daß er etwas nützen wird, wären wir bereit, das zu diskutieren. Aber es liegt auf der Hand, daß er innerhalb *unserer* Probleme diskutiert werden sollte."

Kanada kündigt vorläufiges Fischereiabkommen mit USA

Die kanadische Regierung hat das vorläufige Fischereiabkommen mit den USA, das erst im letzten Jahr bei der Einführung der 200-Meilen-Zone abgeschlossen worden war, mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt, weil es den Fischbestand nicht hinreichend schützt. Während die USA ihre eigenen Fischbestände, zum Beispiel die Sardinenschwärme vor Kalifornien, systematisch ruiniert haben, verfügt Kanada bei Neufundland über einen der produktivsten Fischgründe der Welt, vor allem Hering, Rotbarsch und Kabeljau. In den pazifischen Gewässern Kanadas werden Heringe und Lachse gefangen. Seit einer Woche sind die kanadischen Gewässer für US-Fischereifahrzeuge gesperrt. Die US-Imperialisten verlassen sich auf die wirtschaftliche Abhängigkeit der kanadischen Fischerei, die 80 Prozent ihres Fanges in die USA exportiert, und setzen sich über kanadisches Gesetz hinweg. Am Mittwoch wurden im Atlantik noch 40 US-Kutter gesichtet, im Pazifik noch 10 Kutter und 12 Trawler.

Sozialimperialisten plündern Chiles Kupfer

Die RGW-Staaten haben mit Chile im Mai eine Umschuldungsvereinbarung getroffen. Danach soll Chile einen 1972 erhaltenen Kredit von 50 Mio. Dollar „zur Finanzierung des chilenischen Exports" in die RGW-Länder verwenden. 1977 bestanden drei Viertel dieses Exports aus Kupfer. Nach dem Putsch der Pinochet-Junta lehnten die Sozialimperialisten die Umschuldung ab, um ein Mittel der Kontrolle über Chile zu behalten. Nachdem die Imperialisten inzwischen den Kupferpreis tief gedrückt haben, lassen sich die Sozialimperialisten jetzt in Kupfer auszahlen. Bereits 1977 verschaffte sich der RGW für 45,2 Mio. Dollar billiges chilenisches Kupfer.

Afrikanische Einsatztruppe in Zaire! Aber wer setzt ein?

Man muß den Afrikanern dabei helfen, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Mit dieser Leier treten die Imperialisten, allen voran die Supermächte, auf, um den Kampf der afrikanischen Völker für die Unabhängigkeit zu unterdrücken. Nach dem II. Weltkrieg haben die afrikanischen Völker Schlag auf Schlag ihre politische Unabhängigkeit erkämpft und das Kolonialjoch abgeworfen. Teilweise war dies direkt das Ergebnis des bewaffneten Kampfes gegen die Kolonialmächte und den Imperialismus, teilweise versuchten die Imperialisten politische Unabhängigkeit war die wirtschaftliche Vorherrschaft der Imperialisten nicht gebrochen. Die Imperialisten, dabei waren die US-Imperialisten führend, versuchten die afrikanischen Völker ihrer neokolonialistischen Herrschaft zu unterwerfen und die Regierungen der afrikanischen Staaten in ihre Marionetten zu verwandeln. Mit der Erringung der politischen Unabhängigkeit war der Kampf gegen den Imperialismus nicht vorbei. Einige afrikanische Völker müssen ihre politische Unabhängigkeit erst noch erringen. Alle afrikanischen Völker müssen die Vorherrschaft der Imperialisten in der Wirtschaft erst noch brechen.

Die alten Kolonialmächte sitzen immer noch in Afrika. Der US-Imperialismus hat ihre Niederlage genutzt, um seinerseits um so tiefer in Afrika einzudringen, Märkte zu erobern, Rohstoffquellen zu besetzen und die Arbeitskraft der afrikanischen Völker seiner Ausbeutung zu unterwerfen. Auch die westdeutschen Imperialisten haben sich in Afrika immer breiter gemacht. Im südlichen Afrika haben sie sich Bastion um Bastion geschaffen, und in den anderen afrikanischen Ländern haben sie jede Ritze genutzt, um sich festzusetzen und die afrikanischen Völker auszubeuten und auszuplündern.

Aber die afrikanischen Völker wollen keine halbe Unabhängigkeit. Sie wollen die Befreiung von Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus.

dern haben sie jede Ritze genutzt, um sich festzusetzen und die afrikanischen Völker auszubeuten und auszuplündern.

Aber die afrikanischen Völker wollen keine halbe Unabhängigkeit. Sie wollen die Befreiung von Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus.

Dabei stoßen sie auf einen neuen Feind, den sowjetischen Sozialimperialismus. Er bietet sich als „natürlicher Verbündeter" der afrikanischen Völker im Kampf gegen den Imperialismus an und hat doch nichts anderes im Sinn, als die Vorherrschaft des US-Imperialismus durch seine eigene Vorherrschaft abzulösen. So hat er sich Angola unterworfen und will es jetzt nutzen als Ausgangspunkt für die Aggression auf Zaire mit seinem Reichtum an Rohstoffen und Arbeitskräften. So will er sich Äthiopien unterwerfen, um es zum Angriff auf Somalia und Ägypten zu nutzen.

Die US-Imperialisten wie die Sozialimperialisten schreien „Afrika den Afrikanern". Auch die EG-Imperialisten tragen diese Losung auf den Lippen. So zollen sie der historischen Strömung, Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution ihren Tribut. Der neue Trick der Imperialisten ist, daß sie sich hinter Afrikanern verbergen, um den Afrikanern an den Hals zu gehen. Die Sozialimperialisten sind nicht ungerufen in Angola eingedrungen. Bevor sie ihre kubanischen Söldner und eigenen Berater und Experten schickten, hatten sie sich von Agostino Neto rufen lassen. Bei ihrer Aggression gegen Zaire verbergen sie sich hinter einer angeblichen kongolesischen Befreiungsbewegung. Nach Äthiopien haben sie sich von der herrschenden Junta rufen lassen. Umgekehrt sind auch die französischen Fremdenlegionäre und die belgischen Truppen in Zaire mit amerikanischen Transportflugzeugen erst eingedrungen, nachdem sie den Präsidenten Zaires, Mobutu, soweit gebracht hatten, daß er nach ihrer Unterstützung rief, im Kampf gegen die sozialimperialistische Aggression.

Auf dem NATO-Gipfel hat Carter

(Fortsetzung Seite 2)

Die Indianer der USA kämpfen für ihre Anerkennung als Nationen

Die im American Indian Movement (AIM) zusammengeschlossenen Indianer kämpfen auf einem 3000-Meilen-Marsch quer durch die USA mit Ziel Washington gegen das „Gesetz zur Gleichberechtigung der eingeborenen Amerikaner". Es soll die noch vorhandenen Rechte der Indianer vollkommen vernichten und sie der Bodenschätze in den Reservaten berauben. Jimmy Durham, UNO-Repräsentant des Internationalen Indianischen Vertragsrates (IITC): „In den USA fordern wir die politische und ökonomische Kontrolle über unser Land und die Anerkennung der Verträge, die die USA mit den Indianern eingegangen sind. Wir sind Nationen." Unser Bild zeigt die Ankunft der Demonstration in Kansas

Land und die Anerkennung der Verträge, die die USA mit den Indianern eingegangen sind. Wir sind Nationen." Unser Bild zeigt die Ankunft der Demonstration in Kansas

City und rechts (von oben nach unten) einige der Führer des AIM: Philipp Deere, Clyde Bellecourt und Russell Charles Means.







Die Sonderschulabrichtung dient der Einführung von Zwangsarbeit

37% mehr Sonderschüler, zwei DM Stundenlohn für Behinderte: Ergebnis der Politik der niedersächsischen Landesregierung

Bundestagsdebatte, Freitag, 9.6. Thema: Bildungsreform. Der Abgeordnete Dregger (CDU) spricht: „Es müssen einige Irrtümer und Falschbewertungen ausgeräumt werden... dazu gehört der Mißbrauch der Begriffe Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Der Bildungsbericht 70 sah ein Kernstück der Chancengleichheit darin, 50% der Jugendlichen zum Abitur ... zu bringen. Spötter haben derzeit gefragt, ‚wieviel Gleichheit darf's denn sein? Ist die Chancengleichheit bei 50% oder vielleicht schon bei 40% erreicht? Und was ist mit den anderen 50% oder 60%, sind sie das Strandgut der Gleichheitsreform?"

Alfred Dregger ist unzufrieden. Nicht schnell genug kommen für ihn die Kapitalisten an die jugendliche Arbeitskraft heran, um sie schrankenlos zu vernutzen, und es könnten mehr sein, die für einen Hungerlohn Mehrwert für die Kapitalisten schaffen. Der Bundesbildungsminister Schmude hat ihm geantwortet: „Wir sind für Leistung, vor allem für pädagogisch geförderte und begründete Leistung. Wir sind auch für Wettbewerb ... Wir sind für die Öffnung aller Bildungswege und die Verlagerung des Wettbewerbs in das Beschäftigungssystem." (Heute, 9.6., 19 Uhr)

Die Antwort wird dem Dregger geschmeckt haben, ein eindeutigeres Bekenntnis zur Schürung der Konkurrenz und Spaltung unter den Schülern hätte er sich nicht wünschen können. Und Schmude bleibt bei der Schule nicht stehen, er lenkt den Blick auf die folgende Ausbeutung der Arbeitskraft. Planmäßig soll sie vonstatten gehen, und begründet soll sie sein.

Was Schmude unter „Öffnung aller Bildungswege" versteht, verdeutlicht die Entwicklung im Sonderschulbereich. 2705 Sonderschulen verzeichnet die Statistik der Kultusminister für 1976, 60 mehr als im Jahr zuvor.

Entwicklung der Sonderschüler

	Niedersachsen	Schl.-Holstein
1970	35504	16081
1971	37885	17233
1972	40440	18628
1973	42899	19400
1974	45507	19862
1975	46913	20981
1976	48255	21874

398000 Schüler sind in diese Schulen gepreßt worden gegenüber 322000 1970. Das ist eine Steigerung von 24%. Für Niedersachsen und Schleswig-Holstein ergibt sich folgendes Bild:

Der niedersächsische Kultusminister Remmers hat verlauten lassen, daß sich die Zahl der Sonderschüler bis 1980 um weitere 56% erhöhe. „Planmäßig fördert" die Bourgeoisie die Abrichtung der jugendlichen Arbeitskraft zum Hilfsarbeiter ohne jede Qualifikation, der eingesetzt werden kann zur Spaltung und um den Lohn der ganzen Klasse zu drücken. 6026 Sonderschulabgänger gab es 1975 in Niedersachsen, hochgerechnet auf die Jahre seit Einführung der Sonderschule 1958 dürften etwa 30000 Sonderschüler auf den Arbeitsmarkt geworfen worden sein. Die „Hilfsschule" ist entstanden mit der großen Industrie Ende des 19. Jahrhunderts und diente der Zubereitung der Arbeiterjugend für Handlangerfunktionen. Dessen erinnert sich die Bourgeoisie heute, wo sie erneut die Lohnsenkung in großem Ausmaß betreiben will. Im Berufsgrundbildungsjahr Hauswirtschaft sind 1976 72,4% Sonderschüler.

Die Kapitalisten werden fett dabei. Ist der Lohn sowieso schon elend niedrig, zahlt ihnen die niedersächsische Landesregierung für die Einstellung eines Sonderschülers noch 60% des Bruttogehaltes als „Eingliederungsbeihilfe". Reichen tut ihnen das keinesfalls. Das Ziel ist kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft, ist Zwangsarbeit. Vorbedingung ist die Unterdrückung aller produktiven Fähigkeiten und die Zerstörung des Willens der Jugendlichen. In Sonderschulen kommen „Jugendliche, die sich in den allgemeinen Schulen nicht entfalten können oder die durch ihr vermindertes Leistungsvermögen oder ihr gemeinschaftsstörendes Verhalten die Entwicklung ihrer Mitschüler erheblich hemmen oder gefährden." (Gutachten zur Ordnung des Sonderschulwesens)

Rebelliert dieser Schüler auch noch auf der Sonderschule, z.B. dagegen, daß Lesen und Schreiben in den ersten beiden Klassen nicht gelehrt wird, wird er bald im Heim und später in einer sogenannten Behinderten-Werkstätte landen, wo er für einen Lohn um die zwei Mark im Akkord Lampenfassungen montiert bei Taktzeiten von einer Sekunde. In 230 solcher Werkstätten werden mittlerweile 10000 Arbeiter ausgebeutet.

Die Bourgeoisie preist ihre Sonderschulen und prahlt damit, das Lehrerkorps stark vergrößert (in Niedersachsen um über 100%) und die Klassenfrequenzen seit 1970 von 17 auf 14 gesenkt zu haben. Der Sachverhalt ist denkbar einfach. Sie braucht für die Unterdrückung jeden Mann. Und der Gedanke an Zwangsarbeit läßt sie die höheren Kosten vergessen. Das Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen erinnert bei der Propagierung seiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen daran, daß der Maschsee in Hannover 1932 auf diese Weise entstanden sei. Dahin wollen Albrecht/Remmers *und* Schmude. Der Kampf der Arbeiterklasse kann sie hindern, dabei werden die Sonderschulen abgeschafft werden müssen. – (N-Red.)

Afrikanische Einsatztruppe in Zaire! Aber wer setzt ein?

(Fortsetzung von Seite 1)

zur Eröffnung eine Erklärung abgegeben: „Unser Bündnis hat seinen Schwerpunkt in Europa, aber wir dürfen unsere Wachsamkeit nicht auf den (europäischen) Kontinent begrenzen. In den letzten Jahren ist die expandierende sowjetische Macht in zunehmendem Maße über das nordatlantische Gebiet hinaus vorgedrungen. Während ich heute hier spreche, verhindern die Tätigkeiten der Sowjetunion und Kubas in Afrika einzelne Nationen, ihren eigenen Kurs abzustecken. Als Mitglieder des größten Bündnisses der Welt können wir diesen Ereignissen nicht teilnahmslos gegenüberstehen – wegen ihrer Bedeutung für Afrika und wegen ihrer Auswirkung auf die langfristigen Interessen des Bündnisses. Ich begrüße die Anstrengungen einzelner NATO-Verbündeter, für den Frieden in Afrika zu wirken und Nationen und Völker in Not zu unterstützen – erst jüngst in Zaire."

Erst jüngst in Zaire sind die französischen Fremdenlegionäre eingefallen und haben auf alles geschossen, was schwarz ist. Vorneweg ein Oberst, der schon in Algerien gefoltert hat. Den „eigenen Kurs", den Carter meint, stecken nicht die afrikanischen Völker ab, sondern die Imperialisten über den Internationalen Währungsfonds, den sie in der Hand haben. Er führt in immer tiefere Schuldknechtschaft und Abhängigkeit. Zaire ist durch die Imperialisten bereits mit 2 Milliarden Dollar in die Schuldknechtschaft getrieben. Den eigenen Kurs, den Zaire mit der Nationalisierung von imperialistischen Fabriken eingeschlagen hatte, haben die Imperialisten brechen können. Jetzt saugen sie Zaire aus bis aufs Blut. Nächste Woche wollen sie eine Konferenz machen, auf der die Regierung von Zaire verpflichtet werden soll, die Zinsen und die Rückzahlung der Schulden aus dem Volk herauszupressen. Gerade durch diesen Druck der Imperialisten wird Zaire gegenüber den Sozialimperialisten entwaffnet, die versuchen, die wachsenden Widersprüche zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Die Politik der Imperialisten ist durchsichtig, und die afrikanischen Völker sind dagegen. Daher die Tarnungsversuche dieser Politik. Giscard d'Estaing hat die Idee einer „afrikanischen Friedensmacht" geboren. Gern hätten die US-Imperialisten und die anderen westlichen Imperialisten ihre schwarzen Fremdenlegionäre, so wie die Sozialimperialisten die Söldner aus Kuba haben, das sich als lateinafrikanisches Land bezeichnet. Auf der NATO-Gipfelkonferenz wurde dieser Vorschlag ventiliert und die amerikanischen, französischen, westdeutschen, britischen und belgischen Imperialisten haben beschlossen, eine eigene Konferenz durchzuführen, um diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen. Letzte Woche haben diese Mächte in Paris getagt. Aus dem knappen Kommuniqué der Konferenz hoher Beamter ihrer Außenministerien geht nicht viel hervor:

Die hohen Beamten hätten sich mit der Unabhängigkeit Zaires, seiner wirtschaftlichen Entwicklung, seiner territorialen Integrität und seiner Sicherheit befaßt. „Sie haben folgende Fragen geprüft: die Bedingungen, unter denen Zaire Hilfe geleistet werden sollte, die es ihm erlaubt, seine Wirtschaft wiederherzustellen; die bereits ergriffenen oder geplanten Maßnahmen, um die Sicherheit Zaires zu gewährleisten, die für seine Erholung und seinen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unerläßlich ist. In diesem Zusammenhang haben sie die Probleme besprochen, um den afrikanischen Staaten zu helfen, die gemeinsam oder allein ihre Integrität und ihre Entwicklung zu bewahren wünschen."

Gleichzeitig liefen die Maßnahmen an, um für die imperialistischen Interessen der USA, Frankreichs, der BRD, Großbritanniens und Belgiens Afrikaner fechten zu lassen. Erneut wurden marokkanische Truppen nach Zaire geflogen. Auch Truppen aus Zentralafrika, dem Senegal, Togo und der Elfenbeinküste sollen eingeflogen werden. Wer die Drähte zieht, ist klar. Die Amerikaner sorgen für den Transport, Belgien, Frankreich und die BRD für Ausrüstungen und Wartung.

Die BRD-Imperialisten reiben sich die Hände. Endlich sind sie wieder eine afrikanische Macht geworden, nachdem ihnen nach dem Ersten Weltkrieg ihre Kolonien von den imperialistischen Konkurrenten abgenommen worden waren. Als afrikanische Macht können sie auftreten, weil sie Kapital exportieren, sich unter die Führung der US-Imperialisten begeben und mit den ehemaligen Kolonialmächten in der EG gemeinsame Sache machen.

Marokko und die anderen afrikanischen Staaten, die ihre Truppen für diese Politik zur Verfügung stellen, tun das, weil sie unter Druck der Imperialisten stehen und der Bedrohung durch den Sozialimperialismus ausgesetzt sind. Zaire seinerseits gerät immer mehr zwischen die Mühlsteine der Imperialisten und Sozialimperialisten.

Es ist klar, daß auf diesem Weg Zaire wie ganz Afrika schließlich zum Kriegsschauplatz der Imperialisten werden muß. Das widerspricht den Interessen der Völker Afrikas völlig. Die Rivalität der Imperialisten um die Beherrschung Afrikas wird die Revolution in Afrika beschleunigen. Während die Imperialisten in Paris ihre Pläne schmiedeten, besuchte der chinesische Außenminister Huang Hua Zaire. Die Volksrepublik China ist für die afrikanischen Völker im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus eine wirkliche Hilfe. Ihre Unterstützung Zaires lockert die Abhängigkeit von den Imperialisten. Ihr Vorbild zeigt den afrikanischen Völkern, daß sie sich durch die Revolution befreien und davor bewahren können, zwischen den Mühlsteinen der Imperialisten zermahlen zu werden.

Lohnsteuerjahresausgleich noch später

Am 17. Mai hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, nach dem der Abgabeschluß für den Lohnsteuerjahresausgleich vom 31. Mai auf den 30. September verlegt werden soll. Wer zur Einkommenssteuer veranlagt wird, vor allem also die Bourgeois selber, konnte schon bisher Verlängerung der Abgabefrist für die Steuererklärung auf den 30.9. beantragen, was auch „regelmäßig" (Begründung) bewilligt wird. Der Gesetzentwurf, heißt es in der Begründung weiter, „führt zu einer weitgehenderen Gleichstellung mit den zu veranlagenden Arbeitnehmern". Der Bundesregierung geht das noch nicht weit genug: Sie unterstützt den Gesetzentwurf, will aber im Gesetzgebungsverfahren „völlige Gleichstellung" durchsetzen. Dies habe sie schon bei der „großen Steuerreform" im Sinn gehabt, sei aber damals nicht gegen „die Länder" durchgedrungen.

Jetzt, wo „die bisherigen Bedenken der Länder ... weggefallen sind", soll das Geschäft also steigen. Vier Monate später Antragsschluß, daraus können leicht *mindestens* vier Monate später Auszahlung der Erstattungsbeträge gemacht werden. Der hessische Justizminister hat das in der Bundesratsdebatte durchblicken lassen: „Es steht zu erwarten, daß bei einer solch späten Abgabefrist die Erledigung des Lohnsteuerjahresausgleichs nicht bis zum Jahresende abgeschlossen werden kann, sondern die Bearbeitung der ... Anträge bis in das nächste Jahr hineinreicht." (Protokoll der 454. Sitzung, S. 11)

Schon bisher wird den Arbeitern beim Lohnsteuerabzug „an der Quelle" zusätzlich ein zinsloser Kredit in Milliardenhöhe jährlich abgeluchst. 1976 wurden insgesamt 5,5 Milliarden DM zuviel gezahlte Lohnsteuer erstattet, dieses Jahr werden es knapp 7 Milliarden DM sein. Die gleiche Summe, auf dem Rentenmarkt aufgenommen, würde jährlich rund eine halbe Milliarde allein an Zinsen kosten. Ganz abgesehen von den Millionen Anträgen, die angesichts der Formular- und Belegschikane gar nicht erst gestellt werden. 1974 waren das fast 3,2 Millionen von insgesamt 10,4 Millionen Lohnsteuerpflichtigen. Schon 1968, als das Aufkommen aus der Lohnsteuer gerade ein Fünftel des heutigen betrug, wurde im Deutschen Bundestag geschätzt, auf diese Weise würde jährlich eine halbe Milliarde DM zusätzlich eingestrichen.

Wir haben errechnet, welchen Zinsgewinn der bürgerliche Staat bei Verzögerung der Zahlung der Erstattungsbeträge um durchschnittlich vier Monate zusätzlich einstreichen würde: zwischen 100 und 200 Millionen DM jährlich. Kein Wunder, daß der Einwand, „allein in Hessen" werde die organisatorische Umstellung bei den Finanzämtern einmalig 2 bis 3 Millionen DM kosten, beim Initiator des Entwurfs, dem rheinland-pfälzischen Finanzminister Gaddum, lediglich „Heiterkeit" (Protokoll) hervorrief. Wir haben auch ausgerechnet, um wieviel die Kaufkraft der um die bisher übliche Frist verzögerten Erstattungsbeträge selbst nach der offiziellen Inflationsrate gemindert ist. In den letzten Jahren waren es zwischen 250 und 500 Millionen DM; für vier Monate Verzögerung muß man noch ein Drittel draufschlagen.

Die „völlige Gleichstellung", die die Bundesregierung jetzt anstrebt, wird darauf hinauslaufen, daß die Lohnabhängigen ihre überzahlten Steuern so spät zurückkriegen, wie der Bourgeois die seinigen erst zahlt. Ende April hat der CDU/CSU-Abgeordnete von der Heydt Freiherr von Massenbach nachgefragt, ob die Bundesregierung „noch die Ansicht ... (teilt), daß Streikgelder und Streikunterstützungen steuerpflichtiger Arbeitslohn sind". Die Bundesregierung teilt die Ansicht des Freiherrn. – (Z-Red.)

„Auf Montage"

Letzte Woche wurde ein Arbeiter einer Fremdfirma, die bei VW Wolfsburg Elektro-Umbauarbeiten macht, mit Verbrennungen dritten Grades ins Krankenhaus eingeliefert. Der Arbeiter hatte unter „Spannung" einen Automaten angeklemmt. Grundsätzlich haben die VW Kapitalisten angeordnet, daß nichts unter Spannung angeschlossen werden darf, die Arbeiter aber zum Abschalten eines Aggregates eine Abschaltmeldung schreiben müssen, worauf nach Wartezeiten die Anlage von VW selber abgeschaltet wird. Wartezeiten können sich die Arbeiter aber nicht leisten, weil sie unter Termindruck arbeiten müssen, weswegen auch in den meisten Fällen, bei kleineren Reparaturen oder Montagearbeiten nicht abgeschaltet wird. Das wissen die VW Kapitalisten und spekulieren darauf, weil Abschalten Produktionsausfall bedeutet oder die Produktion gestört wird.

Gegenwärtig laufen in der Lackiererei Halle 9 Umbauarbeiten für die Automatisierung der Straßen. Diese Arbeiten werden von Elektrofirmen, vornehmlich aus der Wolfsburger Gegend, wie auch der Firma Felte, die bekannt ist für den Handel und das Umherschicken von Arbeitern, durchgeführt. Die Lackierstraßen z.B. werden auf Grund der „Kostenersparnis" wegen Produktionsausfall während der Tagschicht nicht abgestellt. Das heißt, die Umbauarbeiten müssen in der Nachtschicht zwischen 22.30 und 5.30 Uhr durchgeführt werden. Nicht selten ist es so, daß die Arbeiter der Fremdfirmen schon eine Früh- oder Normalschicht hinter sich haben und dann nochmal zur Nachtschicht kommen müssen. Die Kleinkapitalisten im Elektrohandwerk berufen sich darauf, daß VW die Termine bestimmt und sie sonst die Aufträge nicht bekommen. Damit setzen die Kleinkapitalisten gegenüber ihren Arbeitern 12, 14 oder 16 Stunden Arbeitszeit am Tag durch. 12 und 14 Stunden sind keine Seltenheit und werden bei Arbeitern einiger Montagefirmen zum Normalarbeitstag. So mußten Arbeiter der Firma Felte während des VW Weihnachtsurlaubs 12 Stunden täglich schanzen und wurden wegen Terminschwierigkeiten nach der Spätschicht und drei Stunden Schlaf wieder in die Frühschicht gepreßt. Haben sie sich dagegen gewehrt, wurde mit Entlassung gedroht. Etliche Nachtschichten mußten von Arbeitern einer anderen Firma gearbeitet werden, weil die Klimaanlagen der Halle umgebaut werden mußten, aber während der Schichten nicht abgestellt wurden.

VW zahlt den Kleinkapitalisten 40% Überstundengeld auf einen Stundenlohn von 25 DM, die Arbeiter sehen davon aber höchstens 25% auf ihren Stundenlohn von durchschnittlich 10 DM. VW setzt auf die Konkurrenz unter den Kleinkapitalisten um diese Aufträge, wie auf den niedrigen Stundenlohn der Arbeiter dieser Firmen. Sie setzen darauf, daß die Arbeiter das Geld, was fehlt, durch Samstags-, Sonntags- und Überstundenarbeit reinholen müssen; denn von 9 oder 10 DM Stundenlohn ist es elendig, eine Familie zu ernähren. Anfang des Jahres haben die Arbeiter eines Wolfsburger Elektrobetriebes eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 1 DM durchgesetzt, was direkt die Ausgangsbedingungen für den Kampf gegen diese Arbeitsbedingungen auf Montage verbessert.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord –Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/V.– Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 24/78: 32000

Nicht einmal mehr der Stockfisch ist erschwinglich

Portugals „Europaentschlossenheit" soll getestet werden

Ein Landarbeiter zwischen 20 und 49 Jahren sollte täglich drei Mahlzeiten zu sich nehmen, die aus 150 g Rindfleisch, 150 g Fisch, 300 g Brot, 300 g Milch, darüberhinaus Reis und Teigwaren, Obst und Gemüse bestehen. Dies empfiehlt eine Studie des portugiesischen Zentralinstituts für Ernährungsstudien. Diese drei Mahlzeiten kosten ca. 100 Escudos (4,54 DM). 3000 Escudos müßten also im Monat allein für Essen aufgebracht werden. Der Lohn eines Landarbeiters beträgt 4600 Escudos. Ein alter Landarbeiter hat einen Rentenanspruch auf 1100 Escudos, ein arbeitsloser, je nachdem, ob er Familie hat oder nicht, bekommt 4200 Escudos bzw. 3200 Escudos. Im April wurden die Steuern rückwirkend ab 1. Januar um durchschnittlich 25% erhöht, die Tarife für öffentliche Dienstleistungen wurden um 50% gesteigert. Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen im ersten Vierteljahr um ca. 20,6%. Ein Preisgesetz ist in Vorbereitung, in dem festgelegt wird, was als Grundnahrungsmittel gilt. Viel sein wird es nicht, nachdem selbst der Bacalhau (Stockfisch), der zum Hauptnahrungsmittel der portugiesischen Volksmassen geworden ist – weil fast alle landwirtschaftlichen Produkte exportiert werden –, aus Island und Norwegen importiert werden muß. Im Wirtschaftsplan der Soares-Regierung für 1978 ist festgelegt worden, daß die Exporte vor allem aus der landwirtschaftlichen Produktion und dem Fischfang um 8% gesteigert werden sollen, während die Importe um 6% gesenkt werden. Zwecks „Sanierung der portugiesischen Wirtschaft" wurde von der Regierung mit der unter revisionistischer Führung stehenden Gewerkschaft „Intersindical" eine Lohnleitlinie von 20% ausgehandelt.

Große Mühe hat sich Soares gemacht, seine Regierungserklärung vom 31. Januar in die Tat umzusetzen, in der er betont hatte, es gelte nicht, den Sozialismus aufzubauen, sondern die Wirtschaft zu beleben, um die Demokratie zu retten. Die Demokratie, von der er spricht, ist die der Imperialisten, die sich Portugal als Halbkolonie und als militärischen Stützpunkt zur Kontrolle des Mittelmeerzugangs unterwerfen wollen. Vor allem die Imperialisten der BRD und der USA haben ihre Absichtserklärung, Portugal über den IWF einen Kredit von 750 Millionen US-Dollar zum Ausbau der Landwirtschaft, der Textil- und Papierindustrie und des Fischereiwesens zu geben, davon abhängig gemacht, daß Portugal den oben beschriebenen Auflagen des IWF nachkommt.

Im April einigte sich die portugiesische Regierung mit dem IWF über die in Aussicht gestellte Vermittlung des Kredits und über ein weiteres Kreditabkommen in Höhe von 50 Millionen Dollar. Das „fördert das Zutrauen der EG zu Portugals Sanierungsabsichten", und der EG-Außenministerrat hat am 6. Juni beschlossen, ab Herbst mit Portugal die Verhandlungen über den im März 1977 beantragten EG-Beitritt aufzunehmen.



Unter der Losung „Das Land dem, der es bebaut" schließen sich die Landarbeiter und kleinen Bauern zusammen und bekämpfen das von der Soares-Regierung verabschiedete „Agrarreform-Gesetz", das die Rückgabe des 1975 enteigneten Landes an die ehemaligen Großgrundbesitzer beinhaltet und die erkämpften Rechte revidiert. Die portugiesischen Landarbeiter kämpfen für ein Gesetz, in dem ein ausreichender Lohn auf den 8-Stunden-Normalarbeitstag, bezahlte arbeitsfreie Sonn- und Feiertage, bezahlter Urlaub von 24 Tagen im Jahr und das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung garantiert werden. Die jetzigen Arbeitsbedingungen für die Landarbeiter werden noch immer nach dem Zivilgesetzbuch von 1867 geregelt und erlauben die schrankenlose Auspressung der Landarbeiter.

Soares stellte fest, daß die „stimulierende Antwort" der EG-Imperialisten für Portugal einen „großen Prestigegewinn" bedeute und so „die Europaentschlossenheit der Portugiesen wachsen werde und die Bereitschaft, die für einige Jahre nötige strenge Politik der Sparsamkeit zur Überwindung der Wirtschaftskrise mitzutragen".

Um die „Europaentschlossenheit" der portugiesischen Volksmassen zu fördern, werden sie in immer größeres Elend gestoßen und sollen ihnen sämtliche erkämpften Rechte geraubt werden. Im letzten Jahr hat die Regierung nach der Entschädigung der enteigneten in- und ausländischen Großgrundbesitzer die Rückgabe des Landes an sie beschlossen. Sie geht zielstrebig daran, die Kooperativen, die nach der Agrarreform nach dem Leitsatz „Das Land dem, der es bebaut!" die landwirtschaftliche Produktion und den Verkauf ihrer Produkte gemeinschaftlich organisiert haben, zu zerschlagen. Gegen die Kooperativen, die sich auf die Produktion und den Verkauf von Kork spezialisiert haben, weil ihnen durch schlechte Witterungsbedingungen, Schweinepest und Sabotage bei der Haferaussaat dies als einzige Möglichkeit verblieb, ihre Existenz notdürftig zu sichern, wurde das „Korkgesetz" erlassen. Dieses verbietet ihnen den selbständigen Handel und läßt ihn stattdessen von staatlichen Organen betreiben, die den Erlös aus dem Verkauf fast vollständig zur Tilgung der von den Kooperativen aufgenommenen Kredite einbehalten. – (Z-Red.)

Exekutivausschuß der äthiopischen Staatsgewerkschaft vom Militärrat vollständig ausgewechselt

Ende Mai veröffentlichte die äthiopische Militärregierung nach einem in der Nationalversammlung abgehaltenen fünftägigen Seminar ein Kommuniqué, in dem neun Industriegewerkschaften der „Gesamtäthiopischen Gewerkschaft" (AETU) erklärten, die Gewerkschaft von „Unterwanderern zu säubern". Der äthiopische Militärrat unter Führung von Major Mengistu Haile Mariam baute die „All Ethiopian Trade Union" auf, nachdem er die „Äthiopische Gewerkschaftskonföderation" (CELU) 1976 zwangsweise aufgelöst hatte. Die meisten revolutionären Führer dieser äthiopischen Gewerkschaftsbewegung wurden verhaftet, viele wurden getötet wie der frühere Präsident der CELU Markos Hagos im März letzten Jahres.

Die gelbe Gewerkschaftsorganisation AETU hatte unter den Arbeitern und Angestellten keine Basis finden können. Dem Militärrat gelang es weder, die Massenbewegung zu zerschlagen, noch, die Revolutionäre von den Volksmassen zu isolieren. Die CELU verstärkte ihre illegale Tätigkeit und entwickelte sich zur führenden Kraft in den Kämpfen der Massenbewegung.

Über den Exekutivausschuß der AETU wollte die Regierung die Gewerkschaftsbewegung auf ihr Programm festlegen. Es gelang ihr jedoch nicht, die Industriegewerkschaften von den Revolutionären zu säubern, deren Kampftätigkeiten trotz der blutigen Unterdrückung durch den Militärrat sich von Jahr zu Jahr verstärkten.

In dem Kommuniqué wird dem Exekutivausschuß „Nachlässigkeit" in der Niederhaltung der revolutionären Massenbewegung vorgeworfen. Wegen „Unverantwortlichkeit, Untätigkeit und Ungeschicklichkeit" wurden die Mitglieder des Ausschusses ihres Amtes enthoben und verschiedene Maßnahmen der „Umerziehung" wurden gegen sie verhängt. In Anwesenheit von Vertretern des Ministeriums für Arbeit und Soziale Angelegenheiten wurde die neue Führung der AETU vom Generalkongreß ernannt.

Die Militärregierung greift zu dieser Maßnahme in einer Lage, in der die Einmischung der Sozialimperialisten in Äthiopien einen Höhepunkt erreicht hat und eine Invasion kubanischer Truppen unter Führung der Sozialimperialisten gegen Eritrea direkt bevorsteht. Innerhalb des „Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates" (Derg) ist es zu Auseinandersetzungen über die seit langem strittige Frage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Nationalitäten und insbesondere der eritreischen Nation gekommen, die von den Sozialimperialisten geschürt werden. Die Sozialimperialisten stützen sich bei ihrer Intervention am Horn von Afrika mehr und mehr auf die revisionistische „Gesamtäthiopische Sozialistische Bewegung" (Me'isone), unter deren effektiver, aber inoffizieller Kontrolle die AETU steht.

Während sich die Widersprüche innerhalb des militärischen Verwaltungsrates verschärfen, gewinnen die Kämpfe der „Äthiopischen Revolutionären Volkspartei" EPRP und der CELU erheblichen Einfluß. In verschiedenen Dörfern Nordäthiopiens wurde unter ihrer Führung eine Agrarreform durchgesetzt, die die Bedürfnisse der besitzlosen Bauern erfüllt.

Die „Äthiopische Gewerkschaftskonföderation" (CELU) spielt seit langem eine bedeutende Rolle in der revolutionären Massenbewegung Äthiopiens. Ursprünglich aus einer Gründung der US-Gewerkschaftszentrale AFL/CIO hervorgegangen, hatten zum Zeitpunkt des Generalstreiks von 1974 weitgehend Revolutionäre und Marxisten-Leninisten die Führung inne. Ausgelöst durch einen Streik von 4000 Taxifahrern gegen die Teuerung, dem sich Arbeiter und Angestellte der städtischen Verwaltung anschlossen, entwickelte sich im Februar 1974 eine Massenbewegung von vorher noch nie dagewesenem Ausmaß. In der Armee des Kaisers Haile Selassie fingen große Teile der Truppen zu meutern an, als sie gegen die Volksmassen eingesetzt werden sollten. Im ganzen Land erhoben sich die Bauern. In einigen Gebieten wurden die Großgrundbesitzer enteignet, und die Bauern setzten eigene, demokratische Verwaltungen ein.

Im Verlauf dieser großen Streikkämpfe rief die CELU für den 4. März zu einem Generalstreik auf, der von über 100000 Arbeitern befolgt wurde. Die Losungen, unter denen die Massenkundgebungen abgehalten wurden, zeigten, daß sich die verschiedenen Kräfte der Massenbewegung zu vereinen begannen: „Das Land demjenigen, der es bebaut – Gleichheit der Nationalitäten – Recht auf Selbstbestimmung – Für eine provisorische Volksregierung!", Mindestlohn, Normalarbeitstag, Preiskontrollen, Streik-, Versammlungs- und Pressefreiheit.

Vier Tage lang wird der Generalstreik gegen die brutalen Übergriffe des Staatsapparates gehalten, bevor er von der Gewerkschaftsführung einseitig abgesetzt wird. Die Streiks und Demonstrationen brechen aber keineswegs ab, sie erfassen das ganze Land. Ein Teil der Soldaten und Offiziere schließt sich den Forderungen der Volksmassen an. Der Kaiser wird gestürzt, die Macht von Offizieren um den Major Mengistu übernommen. Das war die Geburtsstunde des „Derg", des „Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates", in dem sich die Mehrheitsfraktion um Mengistu durchsetzte.

Der Militärrat schaffte die in den Streikkämpfen durchgesetzten Rechte der Massen: Rede-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, ab. Jegliche Opposition gegen den Militärrat gilt als Verstoß gegen die Philosophie „Äthiopien ist einig und unteilbar" und „Äthiopien über alles", wodurch den reaktionären Feudalkreisen der EDU die Gelegenheit geboten war, die bewaffnete Auseinandersetzung wieder aufzunehmen. Im September 1975 berief die CELU einen Sonderkongreß ein, an dem sich 183 Delegationen der Einzelgewerkschaften aus dem ganzen Land beteiligten und ein Manifest herausgaben, das die Grundprobleme Äthiopiens präzise erläuterte. Mit diesem bedeutenden Kongreß, der den Resolutionen zufolge unter der Führung der „Äthiopischen Revolutionären Volkspartei" (EPRP), einer marxistisch-leninistischen Partei, stand, beginnt die Arbeiterklasse die Führung in der äthiopischen Volksrevolution zu übernehmen. Der Kongreß gehört zu den schwersten Schlägen, die die Militärregierung einstecken mußte.

Die EPRP, die 1972 im Kampf gegen das feudal-bürgerliche Regime Haile Selassies entstanden ist, erklärte und verbreitete 1975 erstmals ihr revolutionäres Programm. Ihr unmittelbares Ziel ist die neudemokratische Revolution, die die Vorstufe zur sozialistischen Revolution bildet. Mit höchster Wachsamkeit gegenüber der sozialimperialistischen Intervention und möglichen Gegenaktionen westlicher Imperialisten und mit der entschiedenen Solidarität mit dem Kampf des eritreischen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht gelingt es der EPRP und der Gewerkschaftsorganisation CELU, die revolutionären Kämpfe der Arbeiter und Bauern Äthiopiens zu festigen. – (Z-Red.)



Am 16. September 1974 demonstrierten Tausende von Studenten in Addis Abeba und forderten eine Volksregierung. Die Gewerkschaften der Arbeiter und der Lehrer hatten ebenfalls zu den Demonstrationen aufgerufen.

Die Wirtschaftsbeziehungen des RGW mit Äthiopien

Noch bis vor zwei Jahren waren die Sozialimperialisten im Ringen mit ihren westlichen Konkurrenten um die Ausplünderung Äthiopiens weit abgeschlagen. Der Anteil des gesamten RGW am Außenhandel Äthiopiens betrug 1976 nur 2,6%, die Entwicklung der Handelsbeziehungen war jedoch schon klar auf fortschreitende Verschuldung des Landes ausgerichtet. Von 1974 bis 1976 stieg das Handelsbilanzdefizit Äthiopiens gegenüber den RGW-Staaten von 2,8 Mio. Dollar auf 6,9 Mio. Dollar.

In einer Studie des „Instituts für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften" wird 1976 der Appetit auf die Reichtümer Äthiopiens angemeldet: „Die äthiopische Landwirtschaft hat unerschöpfliche Möglichkeiten. Das Land verfügt über extrem reiche Viehbestände. Durch die Einrichtung von agro-industriellen Kombinaten wäre es möglich, die Versorgung unseres Landes mit tierischen Eiweißstoffen sicherzustellen. Wir könnten auch Kaffee, Baumwolle und andere Produkte vom äthiopischen Markt erwerben. Äthiopien könnte ein wichtiger Markt für unsere Industrie sein. Diese Feststellungen gelten auch für die anderen sozialistischen Länder."

Im Mai 1977 haben die Sozialimperialisten mit Äthiopien ein Protokoll über die „wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit" aufgenötigt. Darin wird die Erweiterung von zwei Viehzuchtfarmen, der Bau einer Molkerei zur Herstellung pasteurisierter Milch und Butter, der Umbau von zwei Fleischkonservenfabriken sowie mehrere landwirtschaftliche Projekte festgelegt. „Sowjetische Fachleute ... werden ein Projekt für die Erschließung von 60000 Hektar Ackerboden am Unterlauf des Flusses Awash ausarbeiten" sowie sich „mit geologischen Aufnahmen auf einer Fläche von 7200 Quadratkilometern im Raum von Adola befassen sowie geologische Prospektierungs- und Schätzarbeiten" durchführen (Ekotass), um die Möglichkeiten des Raubs der Bodenschätze zu erkunden. Weiter wurde der Ausbau der von der UdSSR errichteten Erdölverarbeitungsanlage in der Hafenstadt Assab auf eritreischem Boden, „Erstling in diesem Industriezweig Äthiopiens" gestellt. Damit hat die Supermacht ihre feste Absicht unter Beweis gestellt, den Kampf des eritreischen Volkes für nationale Selbstbestimmung niederzuschlagen. Im Juli 1977 hat sie sich zu diesem Zweck vertraglich die uneingeschränkte Nutzung der Seehäfen auf dem Gebiet Eritreas durch sowjetische Handelsschiffe gesichert.

Im Juli 1977 hat sich die UdSSR Meistbegünstigung im Warenverkehr mit Äthiopien einräumen lassen. In der Folge stieg der Warenexport sprunghaft, und zwar von 1,1 Mio. Rubel im ersten Quartal 1977 auf 13 Mio. Rubel im vierten Quartal. Mit Krediten der CSSR wurden in Äthiopien ein Lederverarbeitungskombinat und eine Lederschuhfabrik errichtet.

Im Februar 1978 wurde mit dem „Abkommen über wirtschaftliche Hilfe" der RGW-Länder für Äthiopien dem gemeinschaftlich betriebenen Raub der entsprechende formelle Rahmen verpaßt.

Im Juli 1977 haben sich die UdSSR und Polen, im Februar 1978 die DDR durch Luftfahrtabkommen die Möglichkeit des schnellen Abtransports äthiopischer Waren und des schnellen Verschiebens von Kriegsgerät verschafft.

Ergebnis der wirtschaftlichen Ausplünderung wie der militärischen Aggression der Sozialimperialisten gegen die Völker am Horn von Afrika ist das Elend der Massen und der Ruin des Landes. Feldfrüchte im Wert von 80 Mio. Birr (1 Birr ungefähr gleich 1 DM) verrotten auf den Feldern. Über die Waffenlieferungen der UdSSR ist Äthiopien mit 2 Mrd. Birr verschuldet (New African, April 1978), das ist rund das Vierfache des Werts der gesamten Ausfuhr des Jahres 1976. Der Staatshaushalt des Wirtschaftsjahres 1977/78, der Ausgaben in Höhe von 1,6 Mrd. Birr vorsieht, wird aber mit über der Hälfte aus den Exporterlösen bestritten. Mit dieser Verschuldung hat sich die sozialimperialistische Supermacht direkten Zugriff auf den äthiopischen Staat verschafft. – (Z-Red.)

Zionistische Siedler: „Das Land brennt uns unter den Füßen"

Koloniale Plantagenwirtschaft in den 1967 von Israel besetzten Gebieten

Anfang Mai gab das israelische Verteidigungsministerium einen neuen Plan zur Schaffung von Siedlerkolonien in den 1967 besetzten Gebieten Palästinas bekannt. Statt zahlreicher kleinerer Siedlungen sollen jetzt sechs städtische Zentren für zusammen 38000 Siedlerfamilien geschaffen werden. In diesen Städten soll Industrie zur Ausbeutung arabischer Arbeitskräfte und zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte der besetzten Gebiete angesiedelt werden. Vor allem aber hoffen die Zionisten, in diesen Städten ihre Besatzung leichter gegen die palästinensischen Massen verteidigen zu können.

Ein Schwerpunkt zionistischer Besiedlung liegt im Jordantal, an der Grenze zwischen Palästina und Jordanien. Das Jordantal ist eines der fruchtbarsten Gebiete Palästinas. Die US-amerikanische Zeitschrift „Middle East Journal" schreibt Ende 1977 über diesen zionistischen „Sicherheitsstreifen":

„Das für Siedlungen beschlagnahmte Land wird für die Israelis durch die Kontrolle seiner Quellen gesichert. Heute sind die meisten dieser Quellen von gasometerförmigen Tanks bedeckt und ein unterirdisches Rohr führt von jeder von ihnen zur nächsten israelischen Siedlung... Alte, zerbrochene Rohre zeugen von der Existenz früherer arabischer Felder. Heute ist der gesamte Boden israelisch... Im Winter 1976–77 gab es nur 900 jüdische Siedler im Talgebiet gegenüber rund 20000 Arabern... Dennoch waren 70–80% des Talbodens in israelischen Händen."

Die Enteignung und Vertreibung der arabischen Bauern ist die Grundlage der zionistischen Kolonisation von Anfang an. Mit Unterstützung der britischen Kolonialmacht hatten sich die Zionisten Ende der 30er Jahre rund 10% des bebaubaren Bodens in Palästina angeeignet, ausschließlich das fruchtbare Land in der Küstenebene und in den Tälern. Die enteigneten Bauern wurden zum Teil in Lohnarbeiter auf den Plantagen der zionistischen Siedler verwandelt. Bei der gewaltsamen Teilung Palästinas und der Gründung des Staates Israel 1948/49 wurden die einheimischen Arbeiter und Bauern fast vollständig aus dem zionistischen Staat vertrieben und durch jüdische Araber aus verschiedenen Ländern des Nahen Ostens ersetzt, die heute als „orientalische Juden" die Mehrheit der Arbeiterklasse bilden. Ausgerüstet und finanziert vom US-imperialistischen Finanzkapital haben die zionistischen Siedler 1967 den Rest von Palästina, die ägyptische Sinaihalbinsel und die syrischen Golanhöhen erobert, um diese Gebiete ihrer kolonialen Wirtschaft einzuverleiben und an die arabischen Arbeitskräfte heranzukommen.

Von 1968 bis 1973 sank die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft in den 1967 besetzten Gebieten um 30%. Die zionistischen Agrarkapitalisten, die die arabischen Bauern von ihrem Land vertrieben, konzentrierten die Produktion auf den plantagenmäßigen Anbau von Exportprodukten wie Orangen, verschiedenen Gemüsesorten, Tabak und Olivenöl. Die Einkünfte aus der landwirtschaftlichen Produktion wurden von 1968–73 um 12% gesteigert, die Produktion pro Kopf der Beschäftigten fast verdoppelt, während gleichzeitig Nahrungsmittel importiert werden müssen.

Über ein Drittel der arabischen Lohnabhängigen aus den 1967 besetzten Gebieten, der größte Teil ehemalige Bauern, arbeitet heute in den 1948 besetzten Gebieten, also in dem Staat Israel. Insgesamt werden 50% der Arbeitskräfte von Zionisten ausgebeutet, ein wachsender Teil durch Siedler in den 1967 besetzten Gebieten selbst auf ihrem eigenen Land. Eine britische Veröffentlichung schreibt über die Lage dieser Lohnabhängigen im Gazastreifen und auf der Sinaihalbinsel:

„Die Löhne in Israel betragen durchschnittlich 12,5 Isr. Pfund pro Stunde, in den Siedlungen 5 Pfund. Arabische Kinder verdienen noch viel weniger. Teilweise wird der Lohn für Kinder in Naturalien ausgezahlt. Dann wird ihnen der verfaulte Teil des Produkts der Felder, auf denen sie arbeiten, geschenkt. Die Leute sind ... aus ‚Sicherheitsgründen' vertrieben worden. Sie werden aber ermuntert, jetzt auf ihrem eigenen Land unter Bedingungen zu arbeiten, die schlimmer als feudal sind. Ganze Familien, einschließlich der Kinder, werden sklavenmäßig einem Siedler zugeteilt und arbeiten unter seinem Kommando unter den schrecklichsten Bedingungen."

Die britische „Sunday Times" in einer begeisterten Reportage über die zionistischen Siedlungen auf der Sinaihalbinsel:

„Außerhalb der Siedlung... steht Sadots Stolz und Freude – eine voll automatisierte, computerkontrollierte Tomatenverpackungsfabrik im Wert von 8 Mio. Pfund St., die in der Lage ist, über 200 Tonnen pro Tag zu verarbeiten. In der Fabrik stehen rund 100 arabische Mädchen und lesen Tomaten aus, die auf Bändern vorbeilaufen. Sie werden von einem arabischen Vermittler aus den Flüchtlingslagern im Gazastreifen herangeschafft und arbeiten 12 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche. Die guten Tomaten werden nach Amerika und Europa geflogen, die schlechten Tomaten werden den Arabermädchen als Teil ihres Lohnes gegeben."

Bis jetzt haben die Zionisten mit Krediten vor allem der US-Imperialisten knapp 60000 Siedler das den arabischen Bauern geraubte Land in den 1967 besetzten Gebieten besetzen lassen. Nicht gerechnet die dort stationierten Truppen. Rund 10000 Kolonisten sitzen in Siedlungen, die wie ein System von Festungsketten entlang der Grenzen, auf der nördlichen und östlichen Sinaihalbinsel, im Gazastreifen und in den fruchtbaren und dicht besiedelten Gebieten zwischen Hebron und Bethlehem liegen und die mit einem neuen Straßensystem verbunden werden. Um Jerusalem ist ein Gürtel mit Ansiedlungen von rund 50000 Kolonisten gelegt. Die arabischen Massen sollen durch dieses Stützpunktsystem zugleich ausgesaugt und militärisch in den Reservatsgebieten zusammengetrieben werden, die der zionistische Landraub ihnen übrigläßt.

Über die Hälfte der in den Siedlungen gebauten Häuser und Wohnungen steht leer wegen der Furcht der Kolonisten vor dem Kampf der arabischen Massen gegen Besatzung und Landraub. „*Die Araber stehlen unser Land*", jammert der Direktor des Jüdischen Nationalfonds im September 1977 über die Lage der Siedlungen. „*Das Land brennt unter unseren Füßen, denn die Versuche von Arabern, Land mit Gewalt wegzunehmen und Fakten zu schaffen, nehmen zu.*"

Die enteigneten und vertriebenen Bauern in den Flüchtlingslagern und in den von ihrem Ackerland getrennten Dörfern sind die Hauptkraft im Kampf gegen die zionistischen Besatzer. Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, Yassir Arafat, hat Ende Mai erklärt, die PLO werde ihren Kampf auf Grundlage des Kairoer Abkommens fortsetzen, das den Palästinensern im Südlibanon volle Bewegungsfreiheit im Kampf gegen Israel gibt. Gleichzeitig soll der Kampf an der Golanfront wieder verstärkt aufgenommen werden, damit die Streitkräfte des palästinensischen Volkes die Kämpfe der Massen bis zur vollständigen Vertreibung der Kolonialisten siegreich führen können. – (Z-Red.)

„Die Geschichte des Menschen ist sein Charakter" (Goethe)

Filbinger hat etwas gegen moderne Lyrik. Dem Hochhuth ließ er per einstweiliger Verfügung verbieten zu behaupten, er sei „auf freiem Fuß nur dank des Schweigens derer, die ihn kannten." Das Althergebrachte, Deutsche pflegt er. Nach dem „Schöpfer wertvoller alemannischer Gedichte" Hermann Burte werden in Baden-Württemberg zunehmend Straßen, Gemeindesäle, Turnhallen und Schulen benannt. Burte, von Hitler und Goebbels als „Seher des Großdeutschen Reiches" gerühmt, zeichnete sich durch Verse aus wie: „Was kann ein Mann mehr Mannes würdig wollen als Menschen zu mißbrauchen sich zum Scherze? Durch Leiber hinzupflügen wie durch Schollen?" Es sind nicht nur Erinnerungen, denen Filbinger nachhängt. Genauso fürsorglich, wie er das ZANU-Spendenkonto beschlagnahmen ließ, kümmert er sich jetzt um arbeitslose Lehrer. Zur „Pflege des deutschen Kulturgutes" sollen sie „neue Beschäftigungsmöglichkeiten" an deutschen Auslandsschulen finden. In Azania gibt es neben vier Deutschen Schulen, die von Kirchen und Schulvereinen getragen und aus Mitteln der Bundesregierung finanziert werden, zahlreiche private Schulen, in denen das „Deutschtum" gepflegt wird. In Namibia sollen neben der Staatlichen Deutschen Schule und der Deutschen Höheren Schule in Windhuk ab 1979 zwei weitere deutschsprachige Gymnasien eröffnet werden. Über die Deutsche Höhere Schule schwärmt die „Afrika Post": „Möge sie auch in Zukunft kultureller Mittelpunkt der deutschsprachigen Gemeinschaft von Südwestafrika bleiben sowie zur Verbreitung des Deutschtums beitragen." Ihre Parasitenexistenz auf Grundlage der Ausbeutung der afrikanischen Volksmassen wollen diese Deutschtümler verewigen, getreu dem Leitspruch des Geheimrats Goethe: „Daß sich das größte Werk vollende, genügt ein Geist für tausend Hände." Dazu brauchen sie Lehrer. Neu ist Filbingers Vorschlag nicht. Ab Schuljahresbeginn 78/79 will die Bundesregierung 50 arbeitslosen Lehrern die „Chance" geben, an Auslandsschulen zu unterrichten. 800000 DM soll diese wohlfährtige Angelegenheit kosten. Diese Hüter des Deutschtums werden die Erfahrung machen, die Schiller in der „Glocke" festgestellt hat: „Wo selbst die Völker sich befrein, da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn."

Bäumchen, Bäumchen wechsle dich ...

Der „Spiegel", liberal wie er ist, gab den Mann zum Abschuß frei: „Genscher ... vertraute Parteifreunden an, den Herrn Maihofer müsse man wohl ‚aus seinem Sessel tragen'. Auf denn." Wahlniederlage und Höcherl-Bericht gaben einen passenden Anlaß ab. Maihofer ist daran

Bäumchen, Bäumchen wechsle dich ...

Der „Spiegel", liberal wie er ist, gab den Mann zum Abschuß frei: „Genscher ... vertraute Parteifreunden an, den Herrn Maihofer müsse man wohl ‚aus seinem Sessel tragen'. Auf denn." Wahlniederlage und Höcherl-Bericht gaben einen passenden Anlaß ab. Maihofer ist daran

zerschlissen, daß die Widersprüche, für deren Unterdrückung das Innenministerium zuständig ist, nicht zu unterdrücken sind. Was z.B. soll man von einem Innenminister halten, der sich vor der versammelten Großen Tarifkommission der ÖTV vorführen lassen muß. Nun also der „linke" Gerhart Rudolf Baum. Ihm wird mehr „Pragmatismus" zugetraut. Jedenfalls fügt sich die glatte Beamtenvisage glänzend in die Reihe der Schmude, Hauff, Offergeld und Haack, um die der Kanzler die Kabinettsrunde kürzlich bereichert hat. Als Student Vorsitzender des Liberalen Studentenbundes, seit 1962 bei der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände stellvertretender Leiter der Abteilung internationale Sozialpolitik. Wie man durch besondere Meisterschaft in der Plünderung der Versicherungskassen der Lohnabhängigen einen tüchtigen Schnitt gegen die Konkurrenz machen kann, hat er immerhin gelernt. Gleichzeitig Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Dann seit 1972 parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium. Als Vorsitzender der Perspektivkommission der FDP hat er sich letztes Jahr zu seinen künftigen Aufgaben geäußert, z.B. ist er wild entschlossen, den Lohn im öffentlichen Dienst *kraftvoll* zu senken: „Es ist zu prüfen, ob neue Stellen vorwiegend aus solchen Mitteln finanziert werden können, die ohnehin für Personalausgaben eingeplant sind." (Aktuelle Perspektiven des sozialen Liberalismus, S. 62) Der Mann hat einen Sinn dafür, daß mit „sozialem Liberalismus" für die Finanzbourgeoisie einiges zu holen ist. Drum ist er jetzt Polizeiminister. Im letzten Dezember hat Baum festgestellt: „Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß ein Teil der jungen Generation diesem Staat gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenübersteht. Die Situation ist heute anders als in der Aufbruchstimmung der Jahre 1967 bis 1969, als es vorherrschende Tendenz war, zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Rahmen der demokratischen Ordnung aktiv beizutragen." Auf denn.

Planmäßige Verrottung der Wohnungen in Arbeitersiedlungen

Die Mieter des Hamburger Schanzenviertels fordern Modernisierung ohne Mieterhöhung

„Wir wollen Stadterneuerung in kleinen Schritten betreiben, um Wohnen angenehm und das Spielen für Kinder ungefährlich zu machen", heißt es in einer Broschüre der Baubehörde an die Bewohner des Schanzenviertels. Die Wohnungen in diesem traditionellen Arbeiterviertel sind so heruntergekommen, daß die Bourgeoisie und der Staatsapparat ihre gewünschten Profite nicht herausholen können.

Nur ca. 50% der Wohnungen verfügen über ein Bad bzw. Dusche. Häufig haben die Bewohner sich die Duschen noch selber eingebaut. 36% der Wohnungen sind mit Öfen zu beheizen und nur 19% haben Zentralheizung. Ständige Klagen werden geführt über veraltete Elektroinstallationen, undichte Fenster und Dächer, defekte Treppenhäuser und Fußböden. Würden die Arbeiter nicht selber für die Instandhaltung sorgen, so müßte der Verrottungsprozeß viel größer sein, 43,9% z.B. haben selber eine E- bzw. Gasheizung eingebaut. Wo die Kapitalisten ständig den Lohn senken und die Arbeitshetze verschärfen, braucht die Arbeiterklasse zur Reproduktion um so dringender gute Wohnungen zu einem Preis, der vom Lohn gezahlt werden kann, ohne daß dies auf Kosten der übrigen Mittel zum Leben geht.

Als finanzkräftiger Wohltäter biedert sich der Hamburger Senat an: „Wir wollen erneuern und verändern, um das Gebiet für Wohnen und Spielen, Arbeiten und Einkauf zu erhalten." Über die Steuerausplünderung der Massen und Staatsverschuldung stellt er die nötigen Summen für die Baukapitalisten zu Verfügung; 1976 waren es von Bund und Ländern 303,9 Mio. DM für Sanierungsmaßnahmen, wovon Hamburg 8,8 Mio. DM erhielt. In einem Sonderprogramm stopfte Hamburg den Kapitalisten zusätzlich 55 Mio. DM in den Rachen und stand damit an der Spitze aller Bundesländer.

30% der Baufinanzierung wird insgesamt durch Kredite von Banken gedeckt. Laufend streicht das Finanzkapital Zinsen ein, die über die Miete den Arbeitern abverlangt werden. Laufend müssen die Bankschulden getilgt werden. So mußten 1975 62% der Mieteinnahmen bei SAGA-Wohnungen (SAGA-Wohnungsbauunternehmen, das zu 100% in Senatshand ist) zur Schuldentilgung ans Finanzkapital abgeführt werden. 1952 waren es noch 28% der Miete. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Aufwendungen für Instandhaltung an den Mieteinnahmen der SAGA von 18% auf 8%.

Nach denselben Richtlinien verwaltet die SAGA 20% der Häuser im Schanzenviertel, die der Senat aufgekauft hat. So verrotten die Häuser systematisch. Die besondere Not der ausländischen Familien nutzend, werden für alte Bruchbuden noch erhebliche Mieten gefordert. 8,7% der Bewohner im Schanzenviertel sind ausländische Arbeiter und ihre Familien. Dies ist bereits ein Teil der „Sanierung".

Anfang 1977 wurde das Sanierungsprogramm des Hamburger Senats bekannt. Auf jeden Fall bedeutet es Mieterhöhungen. Die einen werden in teure Neubauwohnungen am Stadtrand vertrieben. Die anderen müssen wegen Modernisierung und Verbesserung der Wohngegend höhere Mieten im Schanzenviertel zahlen.

Beispiel für eine 65 qm Wohnung (Kaltmiete)*

Jahre	DM pro qm	Miete (DM)
1 bis 3	1,83	300,95
4 bis 6	2,47	461,55
7 bis 9	3,12	664,35
ab 10	3,76	908,75

*(hinzu kommen Warmwasser- und Heizungskosten von 0,30 DM/qm gleich 4,50 DM)

Deshalb haben sich die Bewohner gleich gegen diese Sanierungsmaßnahmen zusammengeschlossen. Eine Unterschriftensammlung wurde organisiert, bürgerliche Politiker auf öffentlichen Veranstaltungen zur Rede gestellt, Leserbriefe an die örtliche Presse geschrieben und zur Organisierung des Kampfes eine Mieterinitiative gegründet. Mit vielfältigen Manövern versucht der Hamburger Senat, die Bewegung zu spalten, um die Profitinteressen durchzusetzen.

Drei verschiedene Sanierungsmodelle wurden in Umlauf gebracht, um Streit anzuzetteln. Dann wurde ein Sozialplan vorgelegt. Der Bausenator gab sich demokratisch und beauftragte einen Behördenvertreter, die „Wünsche der Bewohner des Schanzenviertels" anzuhören. Am 8. Juli wird eine Stelle für Gemeinwesenarbeit eröffnet. Sozialarbeiter sollen die Rentner zum Umzug bewegen und Spitzeldienst leisten. Auf die weitere Verrottung der Häuser wird gesetzt. Jetzt, nach der Bürgerschaftswahl und mit einem halben Jahr Verspätung will die Bezirksversammlung beschließen, damit es losgehen kann. Aber für die Forderung „Modernisierung ohne Mieterhöhung" wird der Kampf organisiert. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Akkordarbeit in den Kfz-Werkstätten

5,6%-Abschluß im niedersächsischen Kfz-Handwerk kommt den Automobilkapitalisten zugute

In den Lohnauseinandersetzungen im März ist von den Arbeitern im Kfz-Handwerk in Hamburg durch Streiks eine Lohnerhöhung von 6,8% erkämpft worden. In Niedersachsen wurde jetzt mit 5,6% abgeschlossen. Ein Geselle bekommt zwischen 9,64 DM (Ecklohn) und 12,52 DM in Niedersachsen in einer Stunde, während die Kfz-Kapitalisten zwischen 45 und 70 DM von den Autohaltern kassieren. Der Facharbeiterecklohn für einen Arbeiter im VW-Werk beträgt 13,27 DM. Entsprechend weit ist verbreitet, nach Feierabend noch für einen anderen Kapitalisten oder für Bekannte zu arbeiten, um die Familie überhaupt einigermaßen ernähren zu können.

Der in den Vertragswerkstätten beschäftigte Teil der Arbeiterklasse ist direkt dem Kommando der Automobilkonzerne unterworfen. Mittel dazu und Mittel zur intensivsten Schweißauspressung ist das Arbeitswerte-System (AW). Vor etwa zwei Jahren eingeführt, unterwirft es einen bedeutenden Teil der im Bereich Reparatur-Instandsetzung beschäftigten Arbeiter

Der in den Vertragswerkstätten beschäftigte Teil der Arbeiterklasse ist direkt dem Kommando der Automobilkonzerne unterworfen. Mittel dazu und Mittel zur intensivsten Schweißauspressung ist das Arbeitswerte-System (AW). Vor etwa zwei Jahren eingeführt, unterwirft es einen bedeutenden Teil der im Bereich Reparatur-Instandsetzung beschäftigten Arbeiter

der Akkordarbeit. Für bestimmte Arbeiten gibt es feste Vorgabezeiten, z.B. Auspuffanlage bei Daimler-Benz teilerneuern 18 Arbeitswerte (AW), ein AW ist knapp fünf Minuten. Im letzten Jahr haben die Arbeiter eine Hochsetzung der Zeiten von vorher vier auf fünf Minuten durchgesetzt. Festgelegt werden die AWs zwischen Gesamtbetriebsrat und Konzernleitung.

Propagiert wurde die Einführung der AW als Vorteil für die Volksmassen, die Reparaturpreise wären jetzt einheitlich, ausgedrückt in einem bestimmten Betrag pro AW und für jeden leicht zu errechnen. Stark gemacht hat sich dafür besonders der ADAC. Das AW-System dämpft die Konkurrenz unter den Vertragswerkstätten und richtet sich gegen die „freien" Werkstätten.

Große Teile der Ausstattung der Vertragswerkstätten werden von den Konzernen vertrieben. Immer mehr gleicht sich die Einrichtung der einen VW-Werkstatt der anderen an. Kompliziertere Meßeinrichtungen, z.B. Diagnosezentren mit Oszillograph für die Einstellung der Zündung können sich nur noch die großen Werkstätten leisten. Weitgehende Teilung der Arbeit und Spezialisierung auf bestimmte Teilfunktionen (z.B. Vergasereinstellung) ist nur in Werkstätten bestimmter Größe möglich. Zunehmende Monopolisierung und Reduzierung der Werkstättenbesitzer auf Geschäftsführungsfunktionen ist die Folge. Spezialwerkzeuge werden in immer größerem Umfang eingeführt. So ist die Vergasereinstellung bei den VW-Modellen ab dem Modelljahr 77 nur noch mit einem Vielzahn-Imbusschlüssel möglich. Im Zubehörhandel ist er nicht erhältlich. Säuft einem der Wagen ab, kann man nichts selber ausrichten, sondern ist gezwungen, sich zur VW-Vertragswerkstatt abschleppen zu lassen.

rem Umfang eingeführt. So ist die Vergasereinstellung bei den VW-Modellen ab dem Modelljahr 77 nur noch mit einem Vielzahn-Imbusschlüssel möglich. Im Zubehörhandel ist er nicht erhältlich. Säuft einem der Wagen ab, kann man nichts selber ausrichten, sondern ist gezwungen, sich zur VW-Vertragswerkstatt abschleppen zu lassen.

Die kleinen Werkstätten, die nicht die Reparaturen auf dem hochentwickelten Stand der Produktivkräfte durchführen können, sind um so mehr gezwungen, die billige Arbeitskraft von Lehrlingen zu vernutzen. Vier oder sechs Lehrlinge auf neun oder zehn Gesellen sind keine Seltenheit, auch bei den Vertragswerkstätten. Wird ein Lehrling einem Monteur oder einer Gruppe zur Ausbildung zugeordnet, so werden, nach Lehrjahren steigend, der Gruppe Arbeitswerte abgezogen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz hat durch die Freigabe der Akkordarbeit für Jugendliche den gesetzlichen Boden dafür nachträglich geschaffen.

Die Ausbildungszeit ist auf drei Jahre reduziert worden, die Ausbildungsordnung von 1974 hält fest, „das Maß an Vermittlung metallhandwerklicher Grundfertigkeiten wurde auf einen praxisgerechten Umfang beschränkt". Der Ausbildungsplan des „Zentralverbandes des Kraftfahrzeughandwerks" sieht für das dritte Lehrjahr überhaupt nur noch die „Einübung von Tätigkeiten" vor. Die Aufteilung des Berufsbildes in „allgemeine Kraftfahrzeuginstandsetzung" und „Motorinstandsetzung" richtet den Lehrling auf reinen Austausch von Aggregaten aus. Motorreparaturen führt VW in den eigenen Werken durch – wie überhaupt die Werkstätten die „original VW-Audi Austauschteile" geliefert bekommen.

Durch die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres soll die Vermittlung von theoretischen Kenntnissen auf das erste Lehrjahr beschränkt werden und die Einführung der Stufenausbildung vorbereitet werden. Die Schwierigkeiten der Jugend, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, nutzen auch die Handwerkskapitalisten zu immer schärferer Auslese in den Gesellenprüfungen. Im Bereich der Handwerkskammer Braunschweig ist die Durchfallquote für Kraftfahrzeugmechaniker 1977 auf über 20% gesteigert worden: Von den 1098 Lehrlingen im Kammerbezirk wurden 2585 zur Prüfung zugelassen, 73 ließen die Handwerkskapitalisten durchfallen. Die können sie dann ein weiteres Jahr für einen Lehrlingslohn von knapp 600 DM ausbeuten. – (Bezirk Südostniedersachsen)



Im Kfz-Handwerk betreiben die Kapitalisten einen großen Teil der Autoreparaturen durch die Ausbeutung jugendlicher Arbeitzskraft zu einem Lehrlingslohn von 300 bis 480 DM im Monat. Seit die Akkordarbeit für Jugendliche durch Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes erlaubt ist und die Ausbildungsordnung für das Kfz-Handwerk dem vollen Einsatz in der Produktion keine Schranken mehr setzt, zeigen die Vertragswerkstätten der großen Automobilkonzerne wieder lebhaftes Interesse an der „Ausbildung" von Lehrlingen.



Im Kfz-Handwerk betreiben die Kapitalisten einen großen Teil der Autoreparaturen durch die Ausbeutung jugendlicher Arbeitzskraft zu einem Lehrlingslohn von 300 bis 480 DM im Monat. Seit die Akkordarbeit für Jugendliche durch Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes erlaubt ist und die Ausbildungsordnung für das Kfz-Handwerk dem vollen Einsatz in der Produktion keine Schranken mehr setzt, zeigen die Vertragswerkstätten der großen Automobilkonzerne wieder lebhaftes Interesse an der „Ausbildung" von Lehrlingen.

Investitionen im „Zonenrandgebiet"

Im Rahmen des „Investitionshilfe"-Programms der Regierung hat der Bundestag beschlossen, die Sonderabschreibung auf Immobilien im „Zonenrandgebiet", dem Aufmarschgebiet gegen die DDR, von 30 auf 40% zu erhöhen. Den Vorschlag der CDU/CSU, global die „Investitionshilfe" von 7,5 auf 10% anzuheben, hat er mehrheitlich abgelehnt. Die CDU/CSU hat daraufhin die Sache jetzt mit ihrer Bundesratsmehrheit vor den Vermittlungsausschuß gebracht. Es geht um rund 235 Mio. DM. Soll die Regierung sie „global" unter den Kapitalisten streuen, oder sollen sie gezielt für die Kapitalakkumulation eingesetzt werden – das ist der Streitpunkt. „Zu teuer", sagt Matthöfer und meint damit, daß die Regierung kein Geld rausschmeißen will für Investitionen, die dem Finanzkapital nachher keinen Profit abwerfen.

Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung vorgelegt

Die Bundesregierung hat die allgemeine Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) vollzogen. Noch vor dem Beginn des neuen Schuljahres soll die neue Berufsgrundbildungsjahr – Anrechnungsverordnung in Kraft treten, „um die volle Anrechnung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres auf das erste Jahr der Berufsausbildungszeit zu erleichtern." Die Lehrpläne des BGJ werden auf bestimmte „Berufsfelder", etwa „Wirtschaft und Verwaltung" oder „Drucktechnik" ausgerichtet und das ganze mit „fachpraktischem Unterricht" gekoppelt. Das Ministerium des Grafen Lambsdorff verspricht sich eine „höhere Mobilität" der jugendlichen Arbeitskraft, die jetzt reibungslos nach dem BGJ als Hilfsarbeiter ohne weitere Berufsschulpflicht den Kapitalisten geliefert oder zur weiteren Bearbeitung in einer verkürzten Lehrzeit überlassen wird. Eine „Überprüfung" aller Lehrpläne der Berufsausbildung ist schon angekündigt.

Haacks Mietrecht „investitionsfreundlich"

Nachdem in Nürnberg der Verband der Haus- und Grundbesitzer Haack tüchtig die Leviten gelesen und die Beseitigung der Schranken gegen den Mietwucher gefordert hat, will Haack das „Mietrecht investitionsfreundlicher gestalten". Und zwar durch einen „Familienbonus für junge Familien mit Kindern" im Rahmen des Bausparens. Die kostenneutrale Lösung dafür hat er vor mehreren Wochen in einem Interview entwickelt, an das sich nun niemand mehr erinnert. Dort hatte er vorgeschlagen, von Mietern, die im Sinne einer „Fehlbelegung" eine ältere, denn nur die sind überhaupt noch erschwinglich, Sozialwohnung bewohnen, eine Sonderabgabe einzufordern. Eine Zwangsabgabe durch Abzug vom Lohn dafür, daß der Arbeiter keine Kinder hat oder sogar ledig ist! Kinderreiche Familien, die noch dazu auf ein Eigenheim sparen, gibt es unter den Lohnabhängigen eh immer weniger. Der springende Punkt ist, daß sich das – also ob Kinder vorhanden sind oder nicht – relativ leicht und „unproblematisch" feststellen und damit die Begründung für weitere Ausplünderung und hinterhältige Spaltung liefern läßt.

Krankenkassen brauchen Schonkost nicht zu zahlen

Über das Bundessozialgericht hat der Staat jetzt in einem Entscheid (Az. 3rk11/77) festgelegt, daß die Krankenkassen zur Bezahlung der Schonkost nicht verpflichtet sind, weil sie kein „medikamentenähnliches Mittel" sei. Die Behandlung verschiedener Krankheiten wie Zucker, Bluthochdruck und chronische Erkrankungen der Verdauungsorgane erfordert gleichzeitig Schonkost. Allein etwa eine Million Diabetiker müssen ausgesucht, besonders eiweißhaltig und mehrmals regelmäßig über den Tag verteilt essen. Das können sich die meisten gar nicht leisten. Der Zuschuß für den finanziellen Mehraufwand ist schon seit einigen Jahren von der AOK gestrichen worden. Damit werden – am Mindestzuschuß für Sozialhilfeempfänger von 30 DM monatlich berechnet – mindestens 324 Millionen jährlich an

AEG-Arbeiter kämpfen gegen Umbesetzungen und Entlassungen

Hamburg. Bei der AEG Schiffbau, Flugwesen und Sondertechnik (AEG N 4) arbeiten 3200 Arbeiter und Angestellte, davon rund 400 im Bereich Schiffbau. Dort will die Geschäftsleitung gegenwärtig größere Rationalisierungen durchsetzen. Es liegen wenig Aufträge vor und die Kapitalisten nutzen die Angst vor Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, um die Belegschaft zu spalten und die Ausbeutung zu verschärfen. So wollen sie Bedingungen schaffen, um mit dem Fregattenauftrag Anfang nächsten Jahres Höchstprofite zu machen.

Ende April sollten vier Arbeiter aus dem Werk Schenefeld (Schiffbau) in das Werk Wedel Industriestraße (Flugwesen und Sondertechnik) versetzt werden, wo Überstunden gefahren werden, weil der Bereich Marinetechnik (Kriegsproduktion) voll ausgelastet ist. In Schenefeld wurde in der Schlosserei gleichzeitig ein neues Fertigungsverfahren für die Herstellung von Schaltschränken eingeführt. Sie sollen nicht mehr geschweißt und lakkiert werden, sondern verschraubt und geklebt aus Fertigteilen. So werden Schweißer, Lackierer und Zuschneider eingespart.

Für die Arbeiter würde die Umsetzung nach Wedel längere Fahrzeiten und mehr Fahrgeld bedeuten. Lohnsenkung um 30%, da sie von Akkord auf Zeitlohn umgestellt werden und Einsatz in Schichtarbeit. So haben die Arbeiter gute Gründe, diese Versetzung strikt abzulehnen. Die Belegschaft, die Vertrauensleute und auch der Betriebsrat unterstützen sie dabei. Die Geschäftsleitung mußte mit Entlassungen drohen, die „Arbeitsfaulen" und „Unbequemen" würden rausfliegen, insgesamt 40 Montagearbeiter von der Baustelle auf der HDW und 40 Akkordarbeiter aus dem Werk Schenefeld. Die Arbeiter haben sich durch die Entlassungsdrohung nicht einschüchtern lassen, bis heute hat sich keiner nach Wedel versetzen lassen.

Am 5.6. sah sich die Geschäftsleitung gezwungen, den Forderungen der Belegschaft teilweise entgegenzukommen, und sie hat dem Betriebsrat folgende Vereinbarung vorgeschlagen: Fortzahlung des bisherigen Lohnes bei Umsetzung für einen Monat, für die weiteren Monate der zeitlich begrenzten Umsetzung Bezahlung eines 50%igen Lohnausgleichs. Außerdem soll Fahrgeld und leistungsunabhängige Akkordzulage vollständig weitergezahlt werden. Der sozialdemokratische Betriebsrat hat dieses Angebot angenommen und verspricht: „*Der Betriebsrat wird sich bemühen, die persönlichen Belastungen für jeden einzelnen so gering wie möglich zu halten. Aber auch wir meinen, daß es besser ist, für eine begrenzte Zeit eine andere Arbeit auszuführen, vielleicht auch an einem anderen Arbeitsplatz, statt Kurzarbeit zu leisten oder entlassen zu werden.*" Dadurch sollen die „Betroffenen" von der Belegschaft abgespalten und mit dem Argument „Arbeitsplätze sichern" Lohnsenkung gerechtfertigt werden. Damit soll insgesamt der Kampf gegen die Rationalisierungen im Werk Schenefeld unterdrückt werden.

Am selben Tag hat sich aber wieder ein Arbeiter geweigert, versetzt zu werden und Vertrauensleute brachten auf ihrer Sitzung die Forderungen aus ihren Abteilungen vor: Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit und Umsetzungen, Verbot der Überstunden, die im Werk Wedel und auch in Schenefeld (Prüffeld) „aus Termingründen" gemacht werden. Zusätzlich müssen die Kapitalisten fürchten, daß durch diese ihnen abgerungenen Zugeständnisse im Werk Wedel der Kampf um höheren Lohn neue Nahrung erhält. – (KJB-Metallzelle, Bezirk Hamburg-Unterelbe)



Mit Streik antworten die Arbeiter des Firestones-Konzern gegen die beabsichtigte Stillegung des Schweizer Werkes. In der BRD kämpfen die Arbeiter in der Kautschuk-Industrie gegen einen niedrigen Lohnabschluß. Die Arbeiter sind nicht bereit, die Kosten für die Konkurrenzschlacht auf dem Weltreifenmarkt zu tragen.

Dicke Profite der Automobilkapitalisten

In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind 1,1 Mio. Fahrzeuge neu zugelassen worden, das sind 3,5% mehr als im Vorjahr. Die Marktanteile der Automobilkapitalisten im April: VW/Audi 30,65%, Opel 21,1%; Ford 14,04%; Daimler Benz 4,13%. Der Marktanteil von Ford stieg um 2,16%, die höchste Steigerungsrate hatte Opel. Leicht rückläufig waren die Neuzulassungen bei Daimler Benz, die aber bei einem Auftragsbestand von 620000 PKWs, das ist das 1 1/2fache der Jahresproduktion von 1977, mit einem neuen Rekordprofit rechnen. 1977 hatte der Profit mehr als 1 Mrd. DM betragen. Grundlage des Höchstprofits der Automobilkapitalisten ist die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter in der Automobilindustrie über Rationalisierungen und Sonderschichten. Im 1. Quartal 1978 hat VW 6,83 Mrd. DM (plus 14%) umgesetzt und dabei einen Profit von 164 Mio DM (plus 24%) gemacht. Bei einer Jahresproduktion von 1,2 Mio Wagen bringt die 3,5%ige Preiserhöhung etwa 420 Mio. DM. Zieht man die Lohnerhöhung von 200 Mio DM ab, bleibt übers Jahr bei wenig steigenden Materialkosten ein Extraprofit von rd. 200 Mio. DM allein aus der Preiserhöhung. Allgemein erwarten die Automobilkapitalisten für 1978 eine erneute Steigerung der Neuzulassungen.

Noch mehr Sonderschichten in der Automobilindustrie

Am 31.5. wurde in Wolfsburg bei VW die erste von vier „freiwilligen" Sonderschichten gefahren. In der Halle 12 (Golf-Endmontage) mußte mit nur einem Band und halber Geschwindigkeit gefahren werden, da nur die halbe Besetzung da war. In Rüsselsheim haben die Opel-Ka-
war. In Rüsselsheim haben die Opel-Ka-
pitalisten den Arbeitern acht Sonderschichten aufgezwungen. Der Betriebsrat hat am 26.5. zugestimmt. Dafür soll es einen Tag zusätzlich Urlaub geben, aber nur die Julischicht ist in die Urlaubsregelung einbezogen. Nur 10% können sich beurlauben lassen. Die Geschäftsleitung wurde darauf verpflichtet, bis 31.3. keine „betriebsbedingte" Kündigung vorzunehmen und bis Ende Januar keine Kurzarbeit zu beantragen. Die Bayerischen Motorenwerke lassen ab dem 3.6. vier Sonderschichten fahren, die als „Nachholschichten" bezeichnet werden. Vier Tage Kurzarbeit und ein Tag Zwangsurlaub sollen dadurch doppelt hereingeholt werden. Die Träume der Automobilkapitalisten hat Porsche-Vorstandsvorsitzender Fuhrmann angedeutet. Auf der letzten Betriebsversammlung in Zuffenhausen hat er den Arbeitern drohend erklärt: die Japaner lieferten ebenfalls in die USA, seien aber um 40% billiger, weil die Löhne um 30 – 40% niedriger, die Leistungen sehr gut und die Anwesenheitsquote ausgezeichnet seien. Bei den Klöckner-Humboldt-Deutz-Motorenwerken in Ulm hat der Werksleiter Dr. Axmann auf der Betriebsversammlung am 24.4. die Umstellung von Zweischicht- auf Dreischichtbetrieb, Sonderschichten samstags und weitere Rationalisierungsmaßnahmen angekündigt.

Opel Bochum setzt Sonderschichten durch

Im Mai 1977 hatten 1100 Arbeiter bei Opel Bochum durch Streik geplante Sonderschichten verhindert und die Einigungsstelle gezwungen, diese abzulehnen. Im Herbst 1977 gelang es den Kapitalisten, mit der von der Regierung steuerfreien 400-DM-Prämie erneut Sonderschichten durchzusetzen. Jetzt, nachdem der Betriebsrat bei Opel Bochum zunächst am 26. Mai mehrheitlich Sonderschichten abgelehnt hatte, gab er nun am 9. Juni seine Zustimmung zu den acht von der Geschäftsleitung verlangten Sonderschichten. Die Köder, die die Opel-Kapitalisten für diese Zustimmung ausgelegt haben, sind die Zustimmung zu zehnminütiger Zusatzpause bei Hitze über 30 Grad, ein „Sonderbonus für das Urlaubsgeld", weil drei der acht Sonderschichten noch vor den Werksferien liegen, und zusätzlich ein Tag Urlaub zwischen Weihnachten und Neujahr. Hinzu kommt, daß der Betriebsrat Opel Rüsselsheim Sonderschichten schon zugestimmt hatte. Diese Spaltungsmanöver hat die Geschäftsleitung eingeleitet mit einer Unterschriftensammlung im Werk 2, versehen mit dem Hinweis, daß „es das Interesse von Belegschaftsmitgliedern an höherem Verdienst durch Überstunden gibt". Gezielt wurde diese Unterschriftensammlung nur im Werk 2 betrieben, denn hier arbeiten in der Hauptsache Arbeiter mit Zeitlohn und ist der Lohn am niedrigsten. In Werk 1, wo die Masse der Akkordarbeiter konzentriert ist, haben die Vertrauensleute fast einstimmig die Sonderschichten abgelehnt, weil schon jetzt die Arbeitshetze bei 630 Autos pro Schicht gegenüber 600 im Oktober des letzten Jahres unerträglich ist.

Streik bei Renault in Cléon

300 Francs Lohnerhöhung! Arbeitszeitverkürzung! Fünf Wochen Urlaub! Senkung des Rentenalters!

Cléon, 7. Juni. Um elf Uhr vormittags ist das Ultimatum des Gerichts verstrichen. Ein Gerichtsvollzieher kommt und stellt fest: Das Werk, das seit der Vorwoche von den Arbeitern besetzt gehalten wird, ist von ihnen nicht geräumt worden. Sichtbar weht die rote Fahne weiter über dem Hauptgebäude. Wird die CRS, die „Republikanische Schutztruppe", die Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, kommen? „Wenn sie kämen, würden sie einen Fehler machen", sagen die Arbeiter. In der Nacht zuvor ist das Preßwerk in Flins von CRS geräumt worden, aber hier stand auch nur diese eine Abteilung, nicht der ganze Betrieb im Streik. Anders in Cléon.

Die Eingänge des Werkes sind verrammelt, die Arbeiter haben Posten aufgestellt, einige fahren mit dem Fahrrad Patrouille. Auf dem Rasen sind eine ganze Batterie Feuerlöscher in Reih und Glied aufgestellt. Eine Reihe von Zelten, eine Tribüne, ein Versorgungs- und Lautsprecherzentrum, aus dem Lieder der revolutionären Arbeiterbewegung dröhnen.

Streik und Besetzung haben sich aus einem zweistündigen Warnstreik heraus entwickelt, zu dem die Gewerkschaften in der Vorwoche aufgerufen hatten, um gegen die Verschleppung der Tarifverhandlungen durch die Régie Renault, die staatliche Verwaltung dieses riesigen Monopolunternehmens, zu protestieren. Aus den Abteilungsversammlungen entwickelte sich ein Protestmarsch durch das Werk, dann wurden, zurückgekehrt, einige der Abteilungen für besetzt erklärt und die Arbeit nicht wieder aufgenommen, am nächsten Tag wurde das ganze Werk dichtgemacht und besetzt.

Was sind die wichtigsten Ziele und Forderungen des Kampfs? Eine ganze Gruppe von Arbeitern sammelt sich an. Übereinstimmend heben sie die niedrigen Löhne und die immer wüster gewordene Schinderei, vor allem an den Bändern, hervor. Zwar arbeitet weniger als die Hälfte in den unteren Lohnkategorien, viele verdienen mehr. Aber es werden gerade die Forderungen der am schlechtesten bezahlten Arbeiter (sehr viele von diesen sind Araber und Afrikaner) von allen hervorgehoben; denn duldet man die Ausbeutung der Arbeitskraft zu einem solchen Preis, hat man den Kapitalisten Tür und Tor geöffnet. Ein ungelernter Arbeiter am Band geht im Monat mit 2600 Francs netto nach Hause. Das sind weniger als 1200 DM. „Davon kannst du nicht leben, unmöglich", sagen alle. Seit zwei Jahren hat der Betrieb nicht mehr neu eingestellt, aber mit verringerter Belegschaft immer mehr produziert, gegenwärtig 5900 Getriebe und 3800 Motoren am Tag.

Die Wochenarbeitszeit ist offiziell 41 Std., 40 Min. in der Woche. Aber ein sehr großer Teil muß laufend Überstunden machen. Schicht arbeiten die allermeisten. Die Schichtzulage ist 100 Francs oder 45 DM – „im Monat, versteht du?", sagen sie und lachen, weil es ein Witz ist, aber ein schlechter.

Der Forderungskatalog, den die Gewerkschaften unter dem Druck dieser drängenden Arbeiterbewegung aufgestellt haben, ist geeignet, eine feste Grundlage für eine durchschlagende Kampfaktion zu bilden: 300 F. Lohnerhöhung für alle gleich, keiner unter 3000 F. Mindestlohn im Monat! 40-Stunden-Arbeitswoche sofort, mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, natürlich zu vollem Lohn! 5 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr! Verrentung mit 60 Jahren, für Frauen und Schwerarbeiter mit 55 Jahren! Keine Entlassungen! Keine Umsetzungen ohne Zustimmung der Betroffenen! Erweiterte Rechte auf Beratung und Versammlung der Arbeiter und der Gewerkschaften im Betrieb!

An diesem und an den folgenden Tagen kommt es in einer Reihe von anderen Renault-Werken zu mehrstündigen, teilweise ganztägigen Streiks. In Flins haben die Arbeiter an den Pressen, nachdem sie von der Polizei nachts herausgetrieben worden sind, am Morgen darauf die Inbetriebnahme weiterhin verhindert. Aber die Revisionisten und Reformisten, die die Führung in den beiden großen Gewerkschaftsverbänden CGT und CFDT haben, machen keine Anstalten, eine einheitliche Streikbewegung in allen Renault-Werken zu organisieren. Sie wollen „den Arbeitern die volle Initiative lassen", wie sie ihre Taktik nennen, die Initiative der Arbeiter zu zersplittern.

Dennoch ist die Bourgeoisie in Alarmstimmung. Schon die ersten Nachrichten über die Besetzung bei Renault haben die Aktienkurse an der Pariser Börse fallen lassen. Ein großer Streik bei Renault würde ohne Zweifel aus den im ganzen Land immer zahlreicher aufflackernden einzelnen Streikkämpfen gegen die Verelendung und die kapitalistische Rationalisierung von einem Tag auf den anderen eine reißende Streikbewegung machen. Die Regierung Barre hat eine „neue Wirtschaftspolitik" proklamiert, die nach den Worten des Wirtschaftsministers unter dem Motto steht: „Alles für die Industrie!" Das ist die innere Entsprechung und Bedingung der Expansionspolitik des französischen Imperialismus in Afrika und im Mittelmeer. Es geht um die Konzentration aller Mittel auf die Aufpäppelung schlagkräftiger Monopole, die in die mit der Fremdenlegion gehauene Bresche auch hineinspringen können. Die Régie Renault steht hier ganz vorne. Sie hat in der Ausbeutung der Arbeiter unbedingt internationales Format. 1977 hat sie pro tausend Beschäftigte 1628 Wagen produzieren lassen (zum Vergleich: 1368 bei VW und 851 bei Fiat) und sich auf allen Märkten einen wachsenden Anteil erobert.

Die Streikenden bei Cléon sehen sehr genau diesen Zusammenhang. Besonders heftig nickt ein afrikanischer Arbeiter, die CGT-Plakette auf der Brust, der die Diskussion verfolgt, mit dem Kopf. Alle sind sich einig: ob aus diesem Streik heraus oder erst *nach* den allgemeinen Betriebsferien, die in drei Wochen beginnen – noch in diesem Jahr wird es zu einem großen Kampf gegen die Politik der herrschenden Klasse kommen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Krankenkassenbeiträgen zur staatlichen Plünderung „freigesetzt".

Weniger Scheidungen mit dem neuen Gesetz

1976 wurden 108258 Ehen geschieden. Das ist die niedrigste Zunahme an Ehescheidungen seit Jahren (1,3%). In den Vorjahren seit 1971 stieg die Anzahl der Ehescheidungen jährlich zwischen 7 und 9%. Im Juni 1976 ist das neue Ehegesetz in Kraft getreten. Es vollstreckt die Absicht der Bourgeoisie, die Trennung von Mann und Frau unerschwinglich zu machen und die Zwangsehe einzuführen. Die Stagnation der Ehescheidungen ist nicht „anhaltendes Eheglück", sondern schlichtes Ergebnis der Verengung der Reproduktion der Volksmassen. Die bürgerliche Statistik, so voller Lügen sie ist, gibt eine Ahnung davon: So lag die Ziffer der Ehescheidungen zwischen 1951 und 1963 ganz niedrig, ebenso wie die Löhne, um dann rasch anzusteigen. Dieser Anstieg ist in jeder ökonomischen Krise in einen Rückgang der Zahl der Ehescheidungen übergegangen. Das war 1966 und 1973 so, und ist die neueste Entwicklung, die das neue Ehegesetz kräftig befördert.

Riesenplünderung schon ohne Zeittakt

Noch ist keineswegs ausgemacht, ob der beim Telefon geplante Zeittakt acht Minuten betragen wird oder beträchtlich weniger. Mit acht Minuten werde lediglich geprobt, hat die Bundesregierung der CDU/CSU-Fraktion auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt. Nur 400 Mio DM würden die neuen Zeiterfassungsgeräte kosten, hat die Regierung die Opposition beruhigt, die die Befürchtung geäußert hatte, der Vorschuß für die Plünderei möchte allzu hoch werden. 4,5 Mrd. DM Überschuß sind im Fernsprechdienst 1977 gemacht worden, großteils den Lohnabhängigen abgeknüpft. Die hohen Überschüsse im Fernsprechdienst hindern die Einführung des Zeittakts überhaupt nicht, meint die Regierung, schließlich muß Ausgleich für defizitäre Dienstzweige sein, z.B. für den Postzeitungsdienst. Wo kämen die Zeitungskapitalisten hin, wenn sie den Transport ihrer Waren selber zahlen müßten, statt sich ein Defizit von 615 Mio. DM zahlen zu *lassen*.

„Für das Recht der Kranken auf ihren Tod"

Weitere Regierungsrichtlinien forderten Gesundheitssenatoren, Juristen und Ärzte auf einer Tagung der „Humanistischen Union". Ihre Sorge: „Der bedenkenlose Einsatz aller Mittel bringt manche Menschen um ihr Recht auf eigenen Tod." Es müsse „der Wille des urteilsfähigen Kranken" und „der mutmaßliche Wille des bewußtlosen Kranken respektiert werden", der Arzt dürfe nicht unter dem „Erfolgszwang" stehen, „alle der Lebensverlängerung dienenden Mittel einzusetzen". Der „Humanismus" dieser Union kennt wahrlich keine Grenzen, und Kosten scheut er auch nicht, die einzusparen sind. „Finanzielle Möglichkeiten für Familienmitglieder, ihre Schwerkranken zuhause wie im Krankenhaus zu pflegen", sollten geschaffen werden. In jedem Fall sind sie kostengünstiger als die Unterbringung im Krankenhaus, wo die Einrichtung separater Sterbezimmer erheblich teurer käme.

Ehrenbergs Arbeitsschutzkonzept

Die „Kompetenzen zwischen Berufsgenossenschaften und der Gewerbeaufsicht" müßten „neu geordnet", vor allem müßten die „Aufsichtsdienste über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten wirtschaftlicher und effektiver" gestaltet werden, erklärte Ehrenberg auf dem Berufsgenossenschaftstag 1978. 25 Mrd. DM im Jahr betragen die Kosten für Arbeitsunfälle, mehr als 2 Mio. Berufsunfälle, davon 4469 tödlich, wurden 1977 gemeldet.

„Eine solche Belastung", so Ehrenberg, könne „sich der Staat nicht leisten". Seit Bestehen der Unfallversicherung (1884) ist es den Kapitalisten nicht gelungen, die Kosten für die in ihren Fabriken zerschundene und ruinierte Arbeitskraft auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Versäumnisse in der Unfallversicherung machten sich noch heute in der Kosten- und Rentenstatistik der Berufsgenossenschaft bemerkbar. So müßten heute noch rund 2000 Renten gezahlt werden für Unfälle, die sich in den Jahren zwischen 1885 und 1915 ereignet hätten, beklagte Ehrenberg diesen leidigen Zustand. Um damit endgültig Schluß zu machen, brütet Ehrenbergs Bundesanstalt über einem „neuen Arbeitsschutzkonzept".

Beim Abendgebet ist Telefonverbot

Eines der Gefängnisse, die als christliche Jugendwohnheime geführt werden, ist das Charlottenheim der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart. Zumindest von der städtischen Schule für medizinisch-technische Assistentinnen am Katharinenhospital ist bekannt, daß es den neuen Schülerinnen empfohlen wird. In „Gottes Namen" soll es ihnen später leichter von der Hand gehen, im Labor des Katharinenhospitals auf die Anträge auf Untersuchungen den Stempel „Wegen Überlastung nicht möglich" zu drücken.

Das Wohnen mit Essen bei kärglichster Zimmereinrichtung und mit je zwei Toiletten und zwei Duschen auf drei von vier Stockwerken kostet 420 DM. Immer noch viel zuviel, wo gar der Gemeinderat 160 DM Schulgeld monatlich von jeder Schülerin eintreibt, und das Geld für Bücher, Kittel usw. kommt noch dazu.

Nach den Schikanen in der Schule, etwa bei der Kontrolle der Pünktlichkeit, kommen die im christlichen Heim. Das Fallgitter am Tor wird ab 24 Uhr heruntergelassen, ab dann ist Aus- und Eingangsverbot. Im letzten Jahr hat es eine einzige Sondergenehmigung gegeben. Dreimaliger Gang zur Heimleiterin und „hochheiliges Versprechen", zur „Faust"-Aufführung und nirgends anders hinzugehen, waren notwendig, bis sie entschied, daß das Fallgitter bis 0.30 Uhr nur soweit runtergelassen wurde, daß man noch untendurchkriechen konnte.

Männerbesuch ist untersagt. Stehen die Schülerinnen abends am Fenster, um mit jemandem zu reden und so das christliche Heim etwas zu „beleben", kommt die Heimleiterin ins Zimmer, um das zu verbieten.

Das Essen ist Pflicht. Höchstens ein Essen am Tag darf man ausfallen lassen. Die Zeit fürs Abendessen ist am engsten terminiert, von halb sieben bis sieben Uhr. „Pünktliches Erscheinen ist erwünscht", denn da findet das gemeinsame Abendgebet statt. Telefongespräche werden in dieser Zeit nicht an die Schülerinnen weitervermittelt, auch wenn sie nicht mitessen. Beim Abendgebet herrscht absolutes Telefonverbot.

Ginge es nach diesen christlichen Aufpassern an der Leine des bürgerlichen Staates, so hätten die Schikanen und die Gehässigkeit keine Grenzen. – (S-Red.)

denn da findet das gemeinsame Abendgebet statt. Telefongespräche werden in dieser Zeit nicht an die Schülerinnen weitervermittelt, auch wenn sie nicht mitessen. Beim Abendgebet herrscht absolutes Telefonverbot.

Ginge es nach diesen christlichen Aufpassern an der Leine des bürgerlichen Staates, so hätten die Schikanen und die Gehässigkeit keine Grenzen. – (S-Red.)

Ertl erfreut über mehr hausgemachtes Eingemachtes im Wert von 500 Mio. DM

Kapitalistische Konservenherstellung: Weitgehende Vernichtung des Nährwertes

Die Bourgeoisie propagiert und verhandelt in ihren Zeitschriften gegenwärtig wieder verstärkt die Tatsache, daß viele Familien sich einen Garten angeschafft haben und einkochen. Ertl stellt anläßlich der Eröffnung der Einmachsaison 1978 fest, daß 12 Millionen im Wert von 500 Mio. einkochen, daß 1977 57% aller Haushalte „planvoll und bewußt für Krisen- und Notzeiten Vorräte anlegen". Ertl findet das erstaunlich und erfreulich.

Gemüsesorte	Gemüse-füllgewicht	DM
Junge Erbsen, fein, mit ganzen Karotten, mittelgroß	450 g	2,58
Haushaltsmischung (Palerbsen)	480 g	0,98
Junge Erbsen, mittelfein, mit Möhren	560 g	0,89
junge Erbsen, sehr fein, mit Möhren	560 g	1,28
frische Erbsen, in Schoten	500 g	1,48
tiefgefrorene Erbsen	500 g	3,00-3,70
Möhren, billigste Dose	500 g	0,75
Sonnen-Bassermann	215 g	1,58
frische Möhren, Handelsklasse 2 ...	500 g	0,69
Bohnen billigste Dose	500 g	1,38
Sonnen-Bassermann	450 g	2,88
frische Bohnen	500 g	2,48

Für die Arbeiter und Volksmassen ist aber gerade „die Steigerung der Hausgärten um 200000 jährlich, aus denen 80% des Einmachobstes kommen" (Hamburger Abendblatt) Ausdruck ihrer verschlechterten Reproduktionsbedingungen. Der niedrige Lohn und die Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre zwingen dazu – wollen sie nicht minderwertiges Obst und Gemüse essen –, sich selbst zu versorgen und dazu viel Zeit zu investieren.

Es ist ein Zeichen dafür, wie weit es der Bourgeoisie schon gelungen ist, die Reproduktion der Arbeiterklasse zu verschlechtern. Frisches Gemüse und Obst sind unerschwinglich. Gemüse und Obst in Dosen und Gläsern sind entweder teuer oder schmecken nach nichts, einfrieren ist ebenfalls teuer für die Volksmassen. Ein Preis- und Qualitätsvergleich macht dies deutlich. Wir haben dazu in einem großen Supermarkt Kiels die Preise für einzelne Gemüsearten untersucht.

Karotin- und Vitamin C-Verluste in Prozent

	Karotin-verluste	Vitamin C-verluste
Industrie	0-19%	41-68%
Haushalt	0-15%	17-87%
ohne Kochwasser		50%
mit Kochwasser		25%
Dünsten		34%

Gemüse und Obst spielt für die Ernährung eine wichtige Rolle, weil sie den Körper mit wichtigen Nährstoffen versorgen. Dazu gehören u.a. Vitamin A, B1, B2, B6. Die DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) empfiehlt daher eine regelmäßige Zufuhr von 250-300g Kartoffeln, 250g Gemüse und 200g Obst pro Person und Tag. Die Zubereitung von frischem Gemüse erhält die Nährstoffe in größerem Maße als die Konservierung in Dosen. Dazu eine Tabelle der „Ernährungsumschau" 10/76:

Beim Einkochen liegen die Vitaminverluste etwa gleich hoch wie bei den Konserven, aber die Qualität ist wesentlich besser. Es wird gute Qualität verwandt, und man schmeckt auch noch im Winter, daß man Gemüse auf dem Teller hat. Insgesamt ist es kein Fortschritt, selbst einzukochen, da sehr viel Zeit und Arbeit dafür verwandt werden muß und es für industrielle Verfahren von der Technik her möglich ist, wesentlich schonender Gemüse und Obst zu behandeln.

Die Arbeiter und Volksmassen merken jedoch nichts davon. Was sie auf dem Teller haben, ist im wesentlichen Pampgemüse. Die meisten Konservenfabrikanten haben Anbauverträge mit Bauern, die das Risiko für die Ernte allein tragen. Hauptmerkmal für den Anbau von Gemüse ist nicht die Qualität, sondern nur der Ertrag und die Eignung für die maschinelle Produktion. So sind z.B. keine Nährstoffgehalte in den Sortenbeschreibungen der Züchter angegeben, sondern Wuchshöhe, wieviel Schoten in einer Pflanze, Reifedauer und wie geeignet fürs Dreschen. Treten bei der Verarbeitung Störungen an der Maschine, also längere Liegezeiten der Rohware auf, so wird die Qualität weiter verschlechtert. Durch Arbeitshetze an den Fließbändern kommt es häufiger vor, daß Schmutzteile und schlechte Ware in die Dose gelangen, wodurch die Sterilisationszeiten länger werden, was wieder zu Verlusten des Nährstoffgehaltes führt. Im Produktionsverfahren wird aus „produktionstechnischen Gründen", sprich Kostengründen, das Blanchierwasser (zum Vorkochen) selten ausgewechselt (einmal am Tag in einer Konservenfabrik in Holstein), so daß sich Bakterien bilden, die die Ware infizieren und wieder höhere Sterilisationszeiten nötig machen, was dann wieder dazu führt, daß noch mehr Nährstoffe kaputt gehen.

Während der Saison, z.B. bei Erbsen und Karotten im Juli, Bohnen im August/September, wird die Produktion zum größten Teil von Aushilfskräften getragen. Meist Frauen, die zur Zeit einen Hungerlohn von 6,47 DM kriegen, 6,98 DM die Festangestellten.

Die Arbeiterklasse muß die dauernden Lohnsenkungen stoppen und einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag erkämpfen. Ihr Lohnstandard deckt den Hintergrund des Selber-Einmachens auf. Der Selbstanbau von Gemüse und Obst und das Einkochen, über den die Bourgeoislumpen so jubeln, ist nichts als ein verzweifeltes Mittel der Arbeiterfamilien, sich gegen diese zunehmende Verschlechterung zur Wehr zu setzen. – (Bezirk Holstein)

BASF will ab 1981 keinen Ammoniak mehr in den Rhein leiten

Mit dem neuen Abwasserabgabegesetz wollen sich die Kapitalisten die Abwasserkosten durch die Massen zahlen lassen

Am 1. Januar 1981 soll ein bundeseinheitliches Abwassergesetz in Kraft treten, das die verschiedenen bestehenden Ländergesetze ablöst. Mit die-

klärung hervorgetreten, daß sie ab 1981 kein Ammoniak mehr in den Rhein leiten will. 3 Mio. Kubikmeter Wasser entnimmt die BASF täglich

grund. Gewässerverunreinigung, giftig für Fische und Plankton. Mensch: Glottis- und Lungenödem, Gefahr bleibender Augenschäden. Erhöhter

den Reinigungsanlagen (Wäscher) von Ammoniak befreit. In dieser zentralen Waschanlage wird durch Zugabe von stark verdünnter Salpetersäure das

BASF will ab 1981 keinen Ammoniak mehr in den Rhein leiten

Mit dem neuen Abwasserabgabegesetz wollen sich die Kapitalisten die Abwasserkosten durch die Massen zahlen lassen

Am 1. Januar 1981 soll ein bundeseinheitliches Abwassergesetz in Kraft treten, das die verschiedenen bestehenden Ländergesetze ablöst. Mit diesem Abwassergesetz will sich die Bundesregierung eine neue Quelle der Ausplünderung der Massen erschließen. Der „Länderausschuß Wasser" hat zur Vorbereitung des Gesetzes eine Aufstellung mit den empfohlenen Höchstwerten von Giftkonzentrationen im Abwasser herausgegeben:

Höchstwerte an Giftkonzentration im Abwasser
Empfehlung „Länderausschuß Wasser"

absetzbare Stoffe	0,3 ml/Liter
pH-Wert	6,5–9,0
Gesamtchrom	2,0 mg/l
Kupfer	1,0 mg/l
Nickel	3,0 mg/l
Cadmium	3,0 mg/l
Eisen	2,0 mg/l
Cyanide (durch Chlor zerstörbar)	0,1 mg/l
Freies Chlor	0,5 mg/l
NH_4 (Ammonium-Ion)	20 mg/l
Nitrite	30 mg/l

Im April weist die Zeitschrift „Chemische Industrie" ihre Leser darauf hin, daß es höchste Eisenbahn ist, Vorkehrungen für das Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu schaffen: „Nach den technischen Erfahrungen der Praxis muß der, der keine oder nur geringe Abwasserabgaben zahlen will, mit dem Bau oder Endausbau seiner Abwasserbehandlungsanlagen beginnen, wenn er klärtechnisch optimal am 1.1.1981 arbeiten will."

Darüberhinaus gibt die Zeitschrift der Chemiekapitalisten noch folgende sachdienliche Hinweise zur Vorbereitung auf das neue Gesetz: „Der Einleiter muß sich seine Höchstwerte so festlegen lassen, daß sie meßtechnisch nicht überschritten werden können, und zwar für alle Parameter des Abwasserabgabegesetzes (AbwAG ... Der Betreiber (einer eigenen Abwasserbehandlungsanlage, d. Red.) kann auf die zusätzlichen Kontrollmessungen verzichten, d.h. er zahlt die Abgabe aufgrund der ursprünglichen behördlichen Feststellungen ... Wer diskontinuierlich arbeitende Betriebe hat und nicht messen lassen will, kann sich einschätzen lassen (§ 6 AbwAG)." Die Tore für alle möglichen Ausnahmeregelungen stehen für die Kapitalisten also weit offen.

Kaum waren die Chemiekapitalisten durch ihre Verbandszeitung an den 1.1.81 erinnert worden, da ist die BASF-Geschäftsleitung mit einer Erklärung hervorgetreten, daß sie ab 1981 kein Ammoniak mehr in den Rhein leiten will. 3 Mio. Kubikmeter Wasser entnimmt die BASF täglich dem Rhein. Einen großen Teil davon führt sie als Abwasser wieder zurück. „Charakteristisch für unser BASF-Abwasser ist der hohe Nitratgehalt mit rund 200 Milligramm/Liter", schreibt ein Hubert Suter in einer BASF-Schrift zum „Umweltschutz aus industrieller Sicht". Dieses Nitrat im Abwasser, das damit den zulässigen Höchstwert um 170 mg/l überschreitet, fällt vor allem bei der Ammoniak- und Düngemittelproduktion, die einen großen Teil der chemischen Produktion der BASF ausmacht, an. Jahrzehntelang hatten die BASF-Kapitalisten keine Probleme, dieses Nitrat, das in Verbindung mit anderen Abwasserbestandteilen Ammoniak bildet, tonnenweise in den Rhein zu leiten, auf dessen Wasser nach Angaben desselben Hubert Suter 32 Millionen Menschen für die Trinkwasserversorgung angewiesen sind.

Über die Wirkung von Ammoniak im Abwasser heißt es in „Merkblätter gefährlicher Arbeitsstoffe": „Trinkwassergefährdung nur bei Auslaufen sehr großer Mengen in den Untergrund. Gewässerverunreinigung, giftig für Fische und Plankton. Mensch: Glottis- und Lungenödem, Gefahr bleibender Augenschäden. Erhöhter Blutdruck und Infektionsbereitschaft."

Daß sie die Hauptverantwortlichen für die Verwandlung des Rheins in eine Kloake sind, stört die BASF-Kapitalisten herzlich wenig. Seit je betrachten sie den Rhein als ihr Eigentum, in den sie hineinkippen können, was sie wollen. Was sie stört, ist die nutzlose Vergeudung wertvoller Roh- und Grundstoffe für die chemische Produktion. Die 17000 t Nitrat, die sie jährlich mit 8,5 Mrd. Kubikmeter Schmutzwasser in den Rhein geleitet haben, können z.B. bei 100-prozentiger Ausfällung und Rückgewinnung in 21986 Tonnen Ammoniumnitrat umgewandelt werden, das für die Düngemittelproduktion wiederverwendet werden kann.

Bei der Ab*luft* aus der Düngemittelproduktion, die ebenfalls Ammoniak enthält, haben die BASF-Kapitalisten gerade eine Methode zur Rückgewinnung von Ammoniak entwickeln lassen. Stolz verkünden sie in der BASF-Information vom 6. April: „Abluft aus der Düngemittel-Produktion wird in den Reinigungsanlagen (Wäscher) von Ammoniak befreit. In dieser zentralen Waschanlage wird durch Zugabe von stark verdünnter Salpetersäure das Ammoniak aus der Abluft herausgewaschen, in Ammoniumnitrat umgewandelt und in die Produktion zurückgeführt. Durch dieses Recycling-Verfahren werden jährlich 600 t Ammoniak zurückgehalten."

Nach demselben Prinzip läßt sich das Ammoniumsulfat auch aus dem Ab*wasser* zurückgewinnen, nur eben nicht 600 t pro Jahr, sondern nach dem jetzigen Abwasserausstoß über 20000 t.

Daß die BASF-Kapitalisten sich in den letzten Jahren mehr und mehr für den Umweltschutz erwärmen, versteht man jedoch erst völlig, wenn man weiß, daß der § 7d des Einkommenssteuergesetzes den Kapitalisten die Möglichkeit gibt, Investitionen auf ihr fixes Kapital zur Rückgewinnung teurer Rohstoffe als Sonderabschreibung zu deklarieren, sofern sie ihr bloß den Namen „Umweltschutzinvestition" umhängen. 39 Mio. hat allein die Landesregierung von Rheinland-Pfalz im Jahre 1977 auf diesem Wege den Kapitalisten zugeschossen.

Das ist die Entschädigung, die die Landesregierungen den Kapitalisten zahlen für ihre Anstrengungen, die Möglichkeiten der Ausplünderung der Massen weiter auszudehnen. So haben die Städte Ludwigshafen und Frankenthal die Kläranlage, die die BASF 1974 in Betrieb genommen hat, dazu genutzt, den Massen für den Kubikmeter Abwasser 30 Pfennig mehr abzuknöpfen. Genauso sicher ist die Absicht der Bundesregierung, mit dem vereinheitlichten Abwasserabgabegesetz die Massen noch stärker für die Abwasserkosten der Kapitalisten blechen zu lassen: „Kleineinleitungen von haushaltsabwasserähnlichen Schmutzwässern können pauschaliert werden." (§ 8 AbwAG) Damit sind die kleinen und mittleren Bauern gemeint, die sich keine eigene Kläranlage leisten können. Und: „Die abgabepflichtigen Gemeinden werden die Abgabe auf die Kanalisationsbenutzer abwälzen. Wie die Gemeinden ihre Abgaben umlegen, ist noch offen." (Chemische Industrie 4/78)

Ein Sprung in der Ausplünderung der Volksmassen mittels der Gebühren für die Abwasserableitung ist der heiße Wunsch der Chemiekapitalisten. Ihn auszuführen, war Maihofer allemal gut genug. – (Mi-Red./Bezirk Ludwigshafen/Pfalz)

Änderung des Immissionsschutzgesetzes

In der letzten Woche haben der Minister Lambsdorff und der gewesene Minister Maihofer das „Gesetz zur Änderung des Immissionsschutzgesetzes" vorgelegt. Vorbereitet wurde diese Änderung durch das Oberverwaltungsgericht in Münster, das in einem Urteil den Ausbau des Kohlekraftwerks Voerde, gegen den die umliegenden Bauern und die Arbeiter in Voerde einen jahrelangen Kampf geführt hatten, untersagt hat. Die in der „Technischen Anleitung Luft" (TAL) angegebenen Werte waren für das Gericht keine genügend „scharfe Grenze". Ein nicht zu übersehender Wink für die Bundesregierung, durch gesetzliche Regelung der bislang nur durch die Verwaltungsvorschrift TAL festgesetzten Grenzwerte die Rechtssicherheit wiederherzustellen. Der Novelle kann man die letzten Züge Maihofers ansehen. Sie ist hinsichtlich der Beseitigung aller Schranken für die Kapitalisten, die alle unbrauchbaren Abfälle in die Luft pulvern wollen, ebenso hemmungslos wie im Betrug der Massen plump. Für neun Zehntel des Bundesgebietes sollen nach der Novelle etwas niedrigere Immissionswerte gelten, als in der TAL festgelegt, während für ein Zehntel der Fläche der BRD die Höchstwerte gelockert werden. Daß sich diese Fläche aus dem Ruhrgebiet, dem Rhein-Main-Gebiet, also den größten Industriezentren in der BRD zusammensetzen wird, ist noch nicht alles: „Durch Ausnahmeregelungen wurde dafür gesorgt, daß auch in der heilen Welt mit den strengeren Grenzwerten luftverunreinigende Industrien gebaut werden dürfen, wenn daran ‚öffentliches Interesse' besteht." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Lambsdorff und Maihofer haben sich jedoch nicht auf die Novelle geeinigt, ohne neue Maßnahmen ins Visier zu nehmen: „Möglicherweise wird die Liste der „Gesundheitswerte" in der ‚TA Luft' um zwei oder drei Substanzen ergänzt. In der Diskussion sind Blei, Cadmium, Arsen und Benzpyren." Den Bourgeois dauert die von ihnen angefachte „Diskussion" um die „Umweltbelastung durch Autofahrer" und eine entsprechende „Umweltschutzabgabe für Autofahrer" schon zu lange, als daß jetzt nicht langsam Taten fällig wären. – (Z-Red.)

Der Atompfaffe Bode baut einen Schafstall und einen Backofen

Vor zwei Jahren hatte der Atompfaffe Bode aus Bremen mit wehenden Rockschößen auf dem Bauplatz in Brokdorf Verhandlungen mit dem Polizeioffizier geführt. Bekanntlich hat sich die Bewegung von diesen Pfaffen nicht davon abhalten lassen, große Kämpfe gegen Kernkraftwerke durchzuführen. Die Gewaltlosigkeit sitzt tief bei den Schwarzberockten. Gegen die Grohnde-Prozesse weiß Bode nichts einzuwenden. Es sei doch ganz gut, wenn die Gefängnisse voll werden mit jungen Leuten. Wenn der Staat so viel Geld hätte, von ihm aus gerne. Im übrigen hofft er darauf, daß sich die Gefängnistore wieder von alleine öffnen würden, denn die jungen Leute bräuchte man ja auch, um die Volkswirtschaft in Gang zu halten.

Um den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu verhindern, schlägt er der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm vor, sich rasch in den Besitz von 1 bis 2 Quadratmetern Boden des Grafen Bernstorf zu setzen, für 100 bis 200 DM je Quadratmeter. Von den Bauern hält er sowieso nichts. Intellektuelle und Handwerker seien berufen, die Menschheit zu retten durch die sogenannte „Grüne Revolution". Umkehren müßten die jungen Menschen, weg von Geld und Auto, hin zu Erde und Tieren, Gründung von landwirtschaftlichen Kommunen mit Handarbeit und Handwerk. Er geht schon mit gutem Beispiel voran und fängt an, einen Backofen zu bauen in seiner Gemeinde, und baut sich einen Schafstall in seinem eigenen Garten, der groß genug ist für zwei Schafe.

Drei Ermittlungsverfahren hatte der Pfaffe Bretzke aus Grohnde am Hals, u.a. weil er die Polizeisperre bei dem Marsch auf das KKW Grohnde zum Rückzug aufgefordert hatte. Sein Vorschlag an die Bewegung gegen das Energieprogramm ist von gleicher Couleur, jedoch raffinierter und damit um so gefährlicher: Er wettert gegen den undemokratischen Staat, gegen Polizeispitzel, die auf ihn angesetzt waren, und fordert die Verwirklichung des Grundgesetzes und der Grundrechte – wer tut das nicht von den Grünen, Bunten, Liberalen, Sozialdemokraten?

Die Verdichtung des Arbeitstages wird immer unerträglicher

Interview mit einem IG-Metall-Vertrauensmann des Bremer Vulkan

In der Werftindustrie herrscht Überproduktionskrise. Für die Bourgeois sind „fehlende Aufträge" die Ursache. Tatsächlich haben sie im Boom des Großtankerbaus die Ausbeutung der Werftarbeiter derart gesteigert, daß eine Überakkumulation von Kapital eintrat; die erweiterten Werftkapazitäten nicht ausgelastet sind, bereits gebaute Schiffe nicht in Fahrt kommen, Arbeiter überzählig gemacht wurden. Über Entlassungen haben die Kapitalisten unter den Werftarbeitern jetzt eine Lage geschaffen, die es ihnen erlauben soll, bisherige Schranken der Ausbeutung niederzureißen. Einführung neuer Maschinerie einerseits, *sprunghafte* Verdichtung des Arbeitstages mittels Akkordsystem andererseits. Aus der Überproduktionskrise von Kapital kommen die einzelnen Kapitale nur durch die Vernichtung eines Teils der konkurrierenden Kapitalien heraus. Vernichtet aber werden die „Schlußlichter" im Wettbewerb der besten Schweißauspresser. Kampf um das Verbot der Akkordarbeit ist in dieser Lage für die Werftarbeiter unabdingbares Gebot.

Welche Entwicklung hat der Akkordlohn in den letzten Jahren gehabt?

„1967 lag der Akkorddurchschnitt in der Schlosserei bei 127 bis 130%. Ich kann mich an eine Betriebsversammlung erinnern, wo der damalige Direktor Schiff ausrief, ‚ihr könnt so hoch abgeben, wie ihr wollt', denn früher wurde durch die Vertrauensleute genau auf gleich hohe Akkordabgabe aller Arbeiter geachtet. Es begannen einzelne, höher abzugeben, und bald zogen die ganzen Branchen nach. Heute ist der Durchschnitt in der Schlosserei 138%. Eingeführt wurde die Akkordarbeit mit 115%. Die niedrigen Tarifabschlüsse – insbesondere Ende der sechziger Jahre, was ja dann zu den Septemberstreiks 1969 führte – haben dazu geführt: Wo der Lohn nicht kollektiv gehalten und gesteigert werden konnte, da suchten die Arbeiter individuell nach einem Ausweg durch Mehrarbeit und höhere Akkordabgabe. So wurde ein immer größerer Lohnteil tariflich nicht abgesichert und wird dauernd angegriffen. Zum Beispiel ist jetzt der Schlosserdurchschnitt um ganze 2% innerhalb eines Monats gefallen. Mit einer Dekkenkonstruktion sind einige Kolonnen völlig versackt und erst nach etlichen Versammlungen und Märchen konnten sie für diese Arbeit überhaupt 128% erhalten.

Als die ersten Stornierungen von Aufträgen kamen, haben sie versucht, sämtliche ‚Bank'-Stunden der Kolonnen zu kassieren. Eine Arbeit bringt guten Akkord, dann wieder machst du Verlust. Über die Lagerhaltung einer bestimmten Zahl von Akkordscheinen in der ‚Bank', wofür die Arbeit bereits verrichtet war, konnte so immer ausgeglichen und ein einheitlicher Akkordsatz über den ganzen Monat gehalten werden. Auf einmal haben die Kalkulatoren dann die Tür am Aufgang an der Ausrüstungspier verschlossen, kein Arbeiter sollte mehr aufs Schiff gelassen werden, um sämtliche bisherigen Akkordscheine zu streichen, die gemachte Arbeit zu überprüfen und für die noch ausstehende Arbeit neue Akkordscheine auszustellen. Tausende von Akkordstunden wären so unbezahlt verrichtet worden. Den Ausrüstungsgewerken ist es gelungen, durch den Abbau vieler Teile, die paßten, wo die Halter schon montiert waren usw., neue Akkordscheine zu erhalten. Also auch für Arbeiten, die eigentlich schon erledigt waren. Im Schiffbau hingegen konntest du eine geschweißte Naht wohl wegbrennen, aber was hat dir das genützt. Die ja schon gemachte aber noch nicht bezahlte Arbeit war für die Katz, denn alle Akkordscheine in der ‚Bank' verfielen. Seitdem sind einzelne Kolonnen nie wieder auf den grünen Zweig gekommen."

Wie sind die Vorgabezeiten festgelegt?

„Vorgabezeiten können geschätzt oder durch Zeitaufnahme festgelegt, gestoppt sein. Meistens sind sie geschätzt. Der Akkordschreiber der Kolonne und der zuständige Kalkulator handeln für die jeweilige Arbeit einen Preis aus. Oft heißt es, ‚fang man schon mal an, dann schauen wir uns das an', und dann kommt hinterher der dicke Hammer. Besonders schlimm werden die Preise bei Serienschiffen: Kommst du mit dem Preis für das erste noch hin, so wird der Preis für das zweite gesenkt – ‚beim zweiten läuft es doch besser, ihr wißt doch jetzt bescheid', heißt es – und die Preise für das dritte, vierte oder fünfte Schiff sind dann reine Almosen. Bei den Tischlern hat es sich gezeigt, wie du mit den ausgehandelten Preisen reinfallen kannst. Nur 132 bis 135% geben sie im Durchschnitt ab. Jahrelang hat man ihnen die Zeiten für alle möglichen Arbeiten gekürzt, nur nicht für das Blindholz (Stütz- und Balkenhölzer etc., Red.). So war es dann gang und gäbe, die Akkordkürzungen durch das Verschreiben von immer mehr Blindholz zu kompensieren, bis dann das Akkordbüro drangegangen ist, die Meterzahl des Blindholzes zu kontrollieren. Dann saßen sie da mit niedrigen Akkorden, die sie ‚ja früher auch gut geschafft hätten', wie die Kalkulatoren höhnisch vermerkten.

Bei den gestoppten Vorgaben ist die Sache klar: Jeder hilft dir, solange gestoppt wird, Meister, Arbeitsvorbereiter. Nichst brauchst du zu suchen. Danach aber, wenn sie ihre Zeiten im Kasten haben, hilft dir keiner. Alles kannst du selbst heranschleppen. Außerdem die Wege. Die wirklichen Zeiten kommen beim Stoppen nicht vor. Kommt man mit den Zeiten nicht hin, so kannst du mit dem Verlangen nach Zeitaufnahme nichts erreichen, mußt mit dem Kalkulator handeln, ihn belügen oder sonst was – oder die Kolonnen kämpfen."

Wie treibt Euch der Akkord zu immer neuen Spitzenarbeitsleistungen?

„Die laufenden Vorgabezeitkürzungen und die sogenannte ‚Humanisierung der Arbeit'. Ein Kranführer bei den Brennmaschinen wurde wegrationalisiert und die Maschinenbrenner fahren den Kran flurgesteuert selber, wofür sie ganze dreieinhalb Stunden wöchentlich mehr erhalten haben. Alles muß du selber machen, der Leerlauf fällt weg und du bist ununterbrochen nur noch am malochen. Und dann die niedrigen Tariflöhne vor allem. Mit jeder Tariflohnsenkung wächst der Zwang, noch höhere Akkorde abzugeben, genau, wie noch mehr Überstunden zu machen. Deshalb steigt die Akkordabgabe in der Tendenz auch, weil der Tariflohn laufend sinkt. Aber wohin das führt, siehst du daran, daß der jährliche Stundendurchschnitt je Arbeiter vor kurzem noch 1900 betrug, inzwischen noch ganze 1800. Und das bei gesunkener Arbeiterzahl und gestiegenem Krankenstand. Die Akkordarbeit ist inzwischen schon so verdichtet, daß du es gar nicht mehr schaffst, so wie vor einiger Zeit Überstunden zu machen. Und jetzt in den letzten Monaten haben sie fast überall die Überstunden abgesetzt. Du bist aber auf sie angewiesen. Was anderes, als noch mal so stark ranzuklotzen und noch höhere Akkorde abzugeben, bleibt dir übrig, wenn du diesen Teufelskreis des sinkenden Lohnes nicht mit Streik durchbrichst. Ein Heer von Frührentnern werden wir sonst bald beweinen können."

Was muß heute getan werden?

„Seit 1972 ist für uns der Manteltarif offen und wird verhandelt. Jetzt liegt auch vom DGB die Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf dem Tisch, wir haben bereits wiederholt – auch als Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag – dazu die Forderung nach dem Verbot des Akkordsystems und aller akkordähnlichen Systeme erhoben. Man muß das jetzt verwirklichen. An der Paneel-Schweißstraße sind letzte Woche die Akkorde von 138 auf 107% nach Zeitaufnahmen heruntergedrückt worden. Das hat die Kolonne sich nicht gefallen lassen. Sie ist zum Betriebsrat marschiert und hat das alte Geld gefordert. Rückwirkend kriegen sie jetzt nochmal ihren bisherigen Akkorddurchschnitt gezahlt, aber was wird im nächsten Monat? Aufgeschoben ist nicht aufgehoben und natürlich haben etliche Angst um ihren Arbeitsplatz und neigen nicht gerade zum Kampf. Aber das ist doch kein ‚Platz für Arbeiter' mehr, wo du statt 138% nur noch 107% gezahlt kriegst. Das ist doch reine Knüppelei, die keiner aushält. Ich hab schon damals, als das mit der 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich begann, gesagt, schön und gut, aber wenn du dann in diesen 7 Stunden doppelt soviel wie vorher ranklotzen mußt, dann ist das für den Arsch. Schranken gegen die ungeheure Auspressung der Arbeitskraft und Vernutzung des Lebens der Arbeiter kann man nur ziehen, wenn man sowohl die Beschränkung der Arbeitszeit wie der Arbeitsintensität durchsetzt. In den Manteltarifverhandlungen heißt es, weil die Vorschläge schon auf dem Tisch wären, könne man keine Forderung mehr ‚nachschieben'. Das wird aber unbedingt nötig sein. Die Kapitalisten sind wirklich dabei, *sprunghaft* die Ausbeutung zu verschärfen, wenn man ihnen keinen Riegel vorschiebt. – (Z-Red.)

4,3% und ein Pfennig sind ein Hohn

Abschluß in der Kautschukindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein / Vertagung in Niedersachsen

Am 8. Juni hat die Tarifkommission der IG Chemie Papier Keramik für die Kautschukindustrie in Hamburg und Schleswig-Holstein einem Abschluß von 4,3% mehr Lohn und Gehalt ab 1. Juli zugestimmt. In den Lohngruppen I, II, III, VI und VII gibt es zusätzlich einen Pfennig mehr in der Stunde; die Lohngruppen IV und V, in denen z.B. bei Phoenix der größte Teil der Arbeiter eingestuft ist, bekommen diesen Pfennig nicht. Dazu kommt eine einmalige Zahlung von 20 DM zum Jahresende als Ausgleich dafür, daß die im neuen Manteltarifvertrag festgelegten arbeitsfreien Tage vor Weihnachten und Neujahr in diesem Jahr auf einen Samstag bzw. Sonntag fallen. Die Auszubildenden bekommen 25 DM mehr in allen vier Lehrjahren. 50 bis 70 DM brutto, netto zwischen 25 und 40 DM im Monat bedeutet dieser Abschluß, ein weiterer Schritt in Richtung Verelendung der Kautschukarbeiter und verstärkter Zwang zur Akkord- und Schichtarbeit. In Niedersachsen sind die Verhandlungen vom 9. Juni auf den 21. vertagt worden.

Die Erhöhung von Lohn und Gehalt wurde für Hamburg und Schleswig-Holstein bei den Manteltarifverhandlungen so nebenher gleich mitverhandelt. Eine Forderung haben die Sozialdemokraten gar nicht erst aufgestellt und dann am Donnerstag blitzartig abgeschlossen, nachdem sie noch im Mai erklärt hatten: „Das Angebot der Arbeitgeberseite, den Chemieabschluß (4,3%) mit einem kleinen Tupfer für die Handwerker (Lohngruppe 6 und 7 plus 1 Pfennig) und für Auszubildende in allen vier Ausbildungsjahren 25 DM lehnen wir jedoch strikt ab."

Begründet haben die Sozialdemokraten diese kräftige Lohnsenkung mit der „wirtschaftlichen Situation in der Kautschukindustrie". Am Mittwoch, einen Tag vor dem Abschluß, hatte der Vorstand der Phoenix auf der diesjährigen Aktionärsversammlung zur Exportoffensive geblasen. Der gegenwärtige Anteil von 12% der Produktion, der exportiert wird, soll nach Planung der Phoenixkapitalisten rasch gesteigert werden, vor allem bei technischen Gummiwaren, wo sie sich bessere Konkurrenzbedingungen versprechen als auf dem Reifenmarkt. Der Umsatzanteil der Reifen ist bereits auf unter 30% gesenkt worden.

Funktionieren können die Expansionsabsichten der Phoenixkapitalisten nur, wenn sie die Ausbeutung der Arbeiter noch steigern und den Lohn noch weiter senken können. Dieser 4,3%-Abschluß, den sie mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze schnell über die Bühne bringen konnten, ist da für sie von großer Bedeutung. Er schafft durch Lohnraub eine gute Grundlage, die Akkordhetze zu steigern und die Schichtarbeit auszudehnen. Er zeigt aber auch, daß die Kautschukkapitalisten zu noch größeren Lohnsenkungen ausholen. Dadurch, daß sie den Lohngruppen IV und V/2, wo die meisten Arbeiter sind, den einen Pfennig zusätzlich nicht zahlen, erreichen sie zweierlei. Einmal vertiefen sie die Kluft zwischen Lohngruppe V/2 und Lohngruppe VI und VII, d.h. sie schmieren die Antreiber, zum anderen wollen sie die mittleren Lohngruppen auf das Niveau der Lohngruppen I bis III herunterdrükken, um so umfassend den Lohn weiter senken zu können.

Für die Arbeiter kommt es darauf an, die Verschärfung der Akkordarbeit und die Ausdehnung der Schichtarbeit, womit die Kapitalisten sofort nachsetzen werden, zu verhindern und damit Vorbereitungen zu treffen, den weiter beabsichtigten Lohnsenkungen der Kautschukkapitalisten entgegenzutreten. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Bundeskabinett beschließt Lohnsenkung für Beamtenanwärter

„Die neuen Anwärtergrundbeträge" sollen „auf den Nettoförderungssätzen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes und des Graduiertenförderungsgesetzes aufbauen, die in Brutto-Bezüge umgewandelt und zur Abgeltung der Besonderheiten der Anwärterverhältnisse um einen sozial gestaffelten Dienstrechtszuschlag erhöht werden", so in dem letzten Werk des inzwischen abservierten Innenministers Maihofer, dem 7. Besoldungserhöhungsgesetz, das am 23.6. vom Bundesrat verabschiedet werden soll. Der bürgerliche Staatsapparat ist einer der größten Ausbilder. Bei Angestellten und Arbeitern ist der öffentliche Dienstherr an die geltenden Tarife gebunden. Seine Beamten für alle Laufbahnen von der einfachen bis zur gehobenen Laufbahn bildet er sich nach eigenen Gesetzen und Richtlinien aus. Einen Anspruch auf Bezahlung gibt es sozusagen nicht. Es gibt lediglich die „Fürsorgepflicht" des Staates gegenüber seinen Bediensteten.

Die Beamtenanwärter auf eine Art BAFöG setzen und so einen gewaltigen Druck auf das Lohnniveau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auszuüben, dafür will der öffentliche Dienstherr sorgen.

Jetzige Bezüge nach Eingangsamt A5 (mittlere Laufbahn) sind:
794 DM vor dem 26. Lebensjahr
905 DM nach dem 26. Lebensjahr
Plan nach dem 7. Besoldungserhöhungsgesetz:
782 DM vor dem 26. Lebensjahr
892 DM nach dem 26. Lebensjahr

Jetzige Bezüge nach Eingangsamt A9 (gehobene Laufbahn):
936 DM vor dem 26. Lebensjahr
1066 DM nach dem 26. Lebensjahr
Plan nach dem 7. Besoldungserhöhungsgesetz:
869 DM vor dem 26. Lebensjahr
998 DM nach dem 26. Lebensjahr

Seit zwei Jahren arbeitet der Dienstherr an der Durchsetzung der Senkung der Anwärterbezüge, und seitdem gibt es unter den Anwärtern Kampf dagegen. Handhabe ist das Beamtenrecht, Demagogie die Begründung: „Mit der Neuregelung soll die Möglichkeit geschaffen werden, ohne Erhöhung des finanziellen Aufwandes die Zahl der Ausbildungsplätze insbesondere für Ausbildungsgänge zu erweitern, in denen der öffentliche Dienst ein Ausbildungsmonopol besitzt und die für eine Beschäftigungsmöglichkeit auch außerhalb des öffentlichen Dienstes geeignet sind. Die hierfür freiwerdenden Mittel betragen nach dem vollen Wirksamwerden der Neuregelung, d.h. nach dem Ausscheiden der vorhandenen Anwärter, jährlich ca. 230 Mio. DM."

Zusätzliche Spaltung verspricht sich der Dienstherr davon, daß die jetzt beschäftigten Anwärter von der Kürzung nicht betroffen werden sollen. Doch die sofortigen Reaktionen aus den Gewerkschaften und den Betrieben des öffentlichen Dienstes zeigen, daß die Spaltungsmanöver nicht so leicht verfangen, wie der Dienstherr sich erhofft hat. Die ÖTV und der DGB haben den Gesetzentwurf abgelehnt, die GEW Hamburg hat in einem Schreiben an Klose, Senator Steinert und an alle Hamburger Abgeordneten die Kürzungspläne zurückgewiesen. Der Referendarkongreß der GEW Schleswig-Holstein, die Personalversammlung der Referendare in Celle, der Ausbildungspersonalrat der Lehrerreferendare in Bremen, die Mitgliederversammlung der GEW Neukölln in Westberlin haben sich in Beschlüssen gegen die Kürzung der Anwärterbezüge ausgesprochen und Kampfmaßnahmen beraten. Der Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher der GEW Hannover-Stadt führt gegen die Kürzung eine Unterschriftensammlung unter allen Lehrern durch. Auf ihrem Bundesjugendtag hat die Deutsche Beamtenjugend ein Telegramm an die Bundesregierung geschickt gegen die Pläne, die Bezüge der Anwärter auf das Niveau der Ausbildungsförderung zu senken. – (Bezirk Hannover)

Krach der Imperialisten um Frachtratenhöhen

Verhandlungen zwischen den US-Imperialisten und 13 „westlichen Schiffahrtsnationen", angeführt von Großbritannien und Japan, endeten in der letzten Woche ergebnislos. Hauptgegenstand war das sogenannte „Anti-Rabatt-Gesetz", das kurz vor der Verabschiedung im Kongreß steht. Das Gesetz sieht vor, daß alle Schiffe, die US-Häfen anlaufen, sich an US-Gesetz halten müssen. Diese Gesetze sehen ein Verbot der Rabattnachlässe auf Frachtpreise vor. Solche Rabattnachlässe sind nach den Gesetzgebungen der meisten westeuropäischen Länder und Japans nicht illegal. Im Gegenteil versuchen sie, darüber in den Seeverkehr mit der amerikanischen Ost- und Westküste weiter einzubrechen und der US-Handelsflotte angestammte Routen und Geschäfte abzujagen. Die US-Imperialisten sehen dem nicht tatenlos zu, ist die Handelsschiffahrt an der Ost- und Westküste doch ihr Ausgangspunkt, auf den Schiffsrouten der ganzen Welt auftrumpfen zu können. Die Beziehungen der 13 Länder, Mitglieder der Konsultativen Schiffahrtskonferenz, zu den USA seien „unbefriedigender jetzt, als jemals zuvor", sagte der britische Staatssekretär Lanchin, der an den Verhandlungen teilnahm. Schwedische, japanische und griechische Tanker- und Frachterbesitzer wollen ein Kartell „zur Verbesserung der Frachtraten" bilden. Verhandlungen werden im Moment geführt. Ende Juli soll das Tankerkartell unter dem Namen „International Tanker Services" operieren, das Datum für das Frachtkartell steht noch nicht fest.

Rumänien: Selbständigkeit in Schiffsbau und Schiffahrt

Im Mai haben vier neue Frachter der rumänischen Hochseeflotte ihre Jungfernfahrt angetreten, darunter zwei, die Erzeugnisse der Hüttenindustrie Rumäniens in die USA und Kanada exportieren. Drei weitere Frachter, im Bau auf den Werften in Galatz und Braila, sollen bald vom Stapel laufen. Rumänien betreibt im Rahmen seines Schiffsbau- und Dringlichkeitsprogramms den raschen Ausbau seiner Werftindustrie. Es verfügt bereits über eine Flotte von 120 Seeschiffen; ihre Kapazität soll sich bis 1980 auf 3,6 Mio. t mehr als verdoppeln und 1990 11 Mio. tdw erreichen. Mit diesem Programm wurde 1977 erreicht, daß die rumänische Schiffsbauindustrie den gesamten internen Bedarf an Transport- und Spezialschiffen deckt. Es ist damit zugleich eine Absage an die Zulieferarbeit für die Sozialimperialisten, die beispielsweise 1976 der DDR von 69 gebauten Schiffen 42 weggeraubt haben. In Mangalia wurde in den letzten Jahren eine neue Schiffswerft für Großtonnageschiffe gebaut, „wo zugleich mit den Arbeiten auf der Baustelle auch das erste Schiff gebaut wurde" – 1977 lief das erste Schiff der neuen Erzfrachterserie mit 55000 t vom Stapel, es sollen Erzfrachter mit 120000 t für größere Entfernungen folgen, womit die Selbständigkeit im Im- und Export erhöht wird. In Konstantia lief auf der dortigen Werft das bisher größte Schiff 1977 vom Stapel, der Erdölfrachter mit dem Namen „Unabhängigkeit". Im Rahmen des Dringlichkeitsprogramms sollen von 1978 bis 1980 bereits 80% der installierten Schiffsmotoren von rumänischen Fachbetrieben hergestellt werden.

Westafrikanische Staaten fordern gleichen Seehandelsanteil

Seit über drei Jahren führt die Seefahrtkommission der westafrikanischen Länder, der inzwischen 19 Staaten angehören, einen hartnäckigen Kampf um eine gleichmäßige Aufteilung des Stückgutverkehrs auf die Reedereien der beteiligten Länder und die Festsetzung der Frachtraten durch Verhandlungen zwischen den Staaten. Sie stützt sich dabei auf eine Konvention der Vereinten Nationen von 1974, die diese Forderungen als Prinzip des Weltstückgutverkehrs festlegt. Durch den Zusammenschluß der Länder haben die „Continental/West Africa Conference" und die „United Kingdom West Africa Line" Frachtratenerhöhungen seit 1975 nicht mehr mit der geplanten Regelmäßigkeit durchsetzen können. Die imperialistischen Reeder klagen über mangelnde Einheit in der EG. Neben den USA waren unter den sieben Stimmen gegen die Konvention aus der EG nur Großbritannien und Dänemark. Frankreich, das sich Hoffnungen macht, durch „Zusammenarbeit" seine Stellung in Westafrika auszubauen, Belgien und die BRD, die ihm seine Stellung streitig machen wollen, waren unter den 72 Stimmen für die Annahme der Konvention. Massiver Druck durch die EG konnte die Ratifizierung durch die Parlamente dieser Länder verhindern. Der zähe Kampf der westafrikanischen Länder für die Durchsetzung der Konvention in ihrer Region ist ein bedeutender Schritt zu ihrer weltweiten Durchsetzung.

ABM – derartige Maßnahmen hat es schon nach dem 1. Weltkrieg gegeben

Ravens am 30.5. im Regionalfernsehen: Es kommt darauf an, „die Sozialdienste wirklich zu stärken, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können." Albrechts Anwort darauf – ein Verweis auf die Einrichtung von Sozialstationen: „Sie (die SPD, Red.) diskutiert eigentlich nicht ein anderes Konzept von Beschaffung von Arbeitsplätzen." Das war in der heißen Wahlkampfphase, jede der bürgerlichen Parteien darauf bedacht, ihre Unentbehrlichkeit für die Kapitalisten darzulegen.

Mit 18,7 Mrd. DM ist der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit angesetzt. 3,2 Mrd. DM für Aufgaben im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, 1,8 Mrd. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeit.

8100 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat es im Mai 1978 allein im Landesarbeitsbezirk Niedersachsen/Bremen gegeben. Das sind 2600 mehr als ein Jahr zuvor. Über das Jahr 1976 gab es in diesem Bezirk 94 515 ABM-Beschäftigte, das macht einen Durchschnitt von 3938 monatlich. Sie wurden wie folgt eingesetzt: 1485 zu Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließungen sowie Hochbau; 908 im Bereich Versorgungsanlagen, 529 im Verkehrswesen, 462 in der Landwirtschaft, im Garten- und Landschaftsgartenbau; 381 in Büro und Verwaltung; 65 in der Forstwirtschaft; 58 zu Küstenschutz und Landgewinnung; 43 unter Sonstiges und 7 in der Sozialpflege.

Dreist wagt die Bourgeoisie den ideologischen Vorstoß, offen propagiert sie ihr großes Vorbild: „Die anhaltende Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß wieder verstärkt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen notwendig geworden sind. Derartige Maßnahmen hat es schon nach dem 1. Weltkrieg (unter anderem Namen) gegeben; der Maschsee in Hannover ist 1932 auf diese Weise entstanden." (Statistisches Sonderheft 4/77 über *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* vom *Landesarbeitsamt* Niedersachsen/Bremen)

Postbeamte gegen Kürzung des Ortszuschlags

Westberlin. Am Donnerstag, dem 1. Juni 78, versammelten sich 50 Beamte aus dem Fernmeldeamt 4 in Tempelhof, um eine Kundgebung gegen die geplante Kürzung der Erhöhung der Ortszuschläge von 4,5% auf 3,5% durchzuführen. Die Kundgebung wurde auf der Treppe vor dem Fernmeldeamt um ca. 12 Uhr durchgeführt, also während der Arbeitszeit. Auf einem Transparent wurde die Kürzung des Ortszuschlags angegriffen.

11000 Unterschriften gegen Ausweisung der Koreaner

Hamburg. Von einer koreanischen Krankenschwester im AK Barmbek wurde berichtet, daß bereits 11000 Unterschriften gegen die Ausweisung koreanischer Arbeiter und Angestellter aus der BRD in ganz Westdeutschland gesammelt wurden.

Verfahren wegen Landfriedens-

Verfahren wegen Landfriedensbruch eingestellt

Am 1.7.1977 erhöhte der Senat von Westberlin die Fahrpreise um durchschnittlich 23%. Eine Monatskarte wurde um 7 DM auf 35 DM teurer. Am 1.7.1977 demonstrierten etwa 1000 Menschen, in der Hauptsache Lehrlinge und Schüler, gegen die Erhöhungen. Die Polizei traute sich nicht, den Demonstrationszug während der Demonstration anzugreifen. Nach Schluß der Demonstration haben Zivile bei Abmarsch der Demonstranten im U-Bahnhof Kurfürstendamm eine Schlägerei begonnen unter dem Vorwand, eine Schülerin hätte mit Filzschreiber eine Parole gegen die Fahrpreiserhöhungen an die Bahnhofswand geschrieben. Bei der Auseinandersetzung wurden bei der Festnahme der Schülerin wurden drei weitere Genossen festgenommen.

Die Anklage wurde auf Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Gefangenenbefreiung konstruiert, so daß das Gericht eine Gefängnisstrafe verhängen sollte. Schon am ersten von drei angesetzten Prozeßtagen zeichnete sich ab, daß die Anklage ihre Zivilpolizisten als Zeugen nicht gut genug präparieren konnte. Als die Zeugen der Anklage auch noch anfingen, die Angeklagten dauernd zu verwechseln, wollte der Staatsanwalt erst mit 2000 DM Geldstrafe aus dem Verfahren heraus, bis er schließlich der Einstellung des Verfahrens zustimmen mußte. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Vor Gericht hatten die Angeklagten die ständig steigenden Raubzüge auf den Lohn nachgewiesen und gezeigt, daß die Fahrpreiserhöhungen 1977 den Betrag eingebracht haben, der in Westberlin den Kapitalisten 1977 durch Halbierung der Lohnsummensteuer geschenkt wurde. Dabei wurden die Angeklagten durch die Zeugen und durch Erklärungen von Kollegen unterstützt.

Die Predigt der „Solidarität" läutet die nächste Beitragserhöhung ein

CDU-Kundgebung gegen die Rentenreform der Bundesregierung

Die CDU hat zu einer Großkundgebung gegen die Rentenpläne der Bundesregierung in der Ruhrland-Halle in Bochum aufgerufen, zwei Tage vor Verabschiedung dieser Pläne im Bundestag. Im ganzen Ruhrgebiet hat sie dafür mobilisiert und die Teilnehmer mit Bussen herantransportiert. So viele wie geplant werden es dann doch nicht. 800 bis 900 kommen. Unter ihnen viele alte Arbeiterinnen und Arbeiter.

In der Halle auf dem Podium sitzen die „Sozialpolitiker" der CDU: Der Generalsekretär Geissler, der Vorsitzende der Sozialausschüsse Blüm, der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Köppler, der Professor Biedenkopf, Vorsitzender der CDU von Westfalen-Lippe, und Rudi Nickels, Mitglied des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

Die CDUler ziehen kräftig vom Leder gegen die Regierung. Wortbruch, soziale Demontage, Betrug an den Rentnern, Ehrenberg als „Lügenberg" – jeder Angriff auf die Regierungspolitik findet starken Beifall. Der Haß auf die Bundesregierung ist groß bei den Teilnehmern der Kundgebung. Worin der Verrat der Regierung besteht, darüber ist die Einheit zwischen den Rednern und der Versammlung schon geringer. Die finsterste Tat der Sozialdemokraten – so Geissler – sei der Angriff auf die „Bruttolohnbezogenheit" der Rente und damit der Angriff auf die Rentenformel, Adenauers „größtes sozialpolitisches Reformwerk der Nachkriegsgeschichte", „das beste Rentensystem der Welt". Der Beifall ist gedämpfter. Zuviel Erfahrungen liegen vor mit dieser Rentenformel, die es ermöglicht hat, ein Minimum an Lebensstandard für die Rentner mit einem Maximum an Spaltung und bürokratischer Schikane zu verbinden.

Auch der Vorschlag, den Rentnern einen Beitrag zur Krankenversicherung abzunehmen und so die Versicherung zu sanieren, stößt auf Zweifel. Viele werden sich daran erinnern, was sie nach den letzten Reformen schon für Rezepte und für Medikamente, die es auf Rezept nicht mehr gibt, haben zahlen müssen.

Wo sich über solche Vorschläge Ernüchterung breitzumachen droht, müssen andere Register gezogen werden. Also werden in jedem Beitrag mächtige Hymnen gesungen auf den „Generationenvertrag" und die „Solidarität zwischen jung und alt". Es gelte „die Würde des alten Menschen" zu verteidigen, der im Arbeitsprozeß nichts mehr leisten könne. „Auch diese Bürger haben einen Rechtsanspruch auf die Solidarität derjenigen, die noch leistungsfähig sind und die durch ihre Beiträge dazu beitragen können, daß die älteren Mitbürger einen sicheren, von der Willkür freien Lebensabend haben." (Geissler)

Das seien „die Grundlagen des Zusammenlebens in unserem Volk". Nach dieser Vorbereitung kann es dann Rudi Nickels wagen, im Namen des DGB den prosaischen Kern dieser Predigten zu enthüllen: Um das Loch in der Rentenversicherung zu stopfen, sei es erforderlich, nicht erst – wie von der Regierung vorgesehen – ab 1981, sondern schon 1979 die Beiträge zur Rentenversicherung zu erhöhen. „Wir sind bereit", ruft er aus, „die 0,25 Prozent Beitragserhöhung auf uns zu nehmen, damit wir den Alten und Kranken sagen können: Wir sind bereit, den Generationenvertrag einzulösen!"

Die Arbeiterklasse soll sich also nicht etwa zusammenschließen und von den Kapitalisten einen Lohn fordern, der die Erhaltung der ganzen Klasse sichert, also auch den Unterhalt der alten Arbeiter. Sie soll nicht etwa die Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten verlangen. Sondern die jungen und die alten Arbeiter sollen sich um die Bestandteile einer Lohnsumme streiten, die eben nicht ausreicht, beide zu ernähren.

„Gleichmäßige Verteilung der Lasten", so nennen das die christlichen Reaktionäre auf dieser Kundgebung, ebenso wie es die Sozialdemokraten im DGB nennen. Dabei ist bei dieser Betrachtung noch vorausgesetzt, daß das, was die in Beschäftigung stehenden Arbeiter in die Rentenversicherung zahlen, tatsächlich den Rentnern zugutekommt und nicht auf verschiedenen Wegen in die Taschen der Kapitalisten wandert.

„Wir wollen keinen Klassenkampf der Generationen. Wir wollen den großen Generationenvertrag der Rentenversicherung erhalten", tönt Norbert Blüm und meint: im Namen der Solidarität und christlichen Barmherzigkeit dem einen die Abzüge vom Lohn erhöhen, dem anderen durch Krankenversicherungsbeiträge die Rente kürzen, so einen Spaltkeil zwischen die Arbeitergenerationen treiben.

Die christliche Reaktion wittert die Chance, ein Spaltungsmanöver zu starten, das sich gewaschen hat. Die Kundgebungsredner appellieren mehrfach und ausdrücklich an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, gegen die Regierung Front zu machen. Verteidigt werden soll die bisherige, durch und durch spalterische und schikanöse Rentengesetzgebung. Nachher wird bei dem ganzen herauskommen, daß der Rentenkürzung noch die von der christlichen Opposition mit ihren Predigten von den „Solidarbeiträgen" der jungen Generation eingeleiteten Beitragserhöhungen hinzugefügt werden.

Die Gewerkschaftssozialdemokraten haben diesen Manövern Tür und Tor geöffnet. Unter der einfachen Forderung nach einer einheitlichen Erhöhung der Renten und der Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten kann der christlichen Reaktion der Wind aus den Segeln genommen werden. – (Mi-Red.)

Hier holen sich die Kapitalisten ihre Legitimation für Betriebsunfälle

Immer häufiger ist in der letzten Zeit zu hören, daß riesige technische Anlagen in die Luft gehen, wie z.B. im letzten Jahr ein Dampfkessel der Firma Blohm und Voss Hamburg, oder daß solche Unfälle passieren wie in Hannover mit einer Überdruckkammer, in der 16 Menschen ums Leben gekommen sind. Bei Blohm und Voss wären 40 Menschen zu Wellfleisch verbrüht worden. Einen wesentlichen Faktor in der kapitalistischen Technologie spielt der Technische Überwachungsverein (TÜV). Er schreibt: „Wir wollen den Dingen auf den Grund gehen ... wir sind aber nicht nur neugierig, wir wollen auch helfen bei Schadens- und Werkstoffuntersuchungen. Diese Neugier hat Methode." (aus TÜV-intern)

Die Methode der Tätigkeiten des TÜVs ist begründet in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen vom Bund. Wie sehen solche Gesetze aus? Z.B. die Dampfkesselverordnung besagt, daß Dampfkessel in Abständen (einmal jährlich äußere, dreimal jährlich innere, neunmal jährlich Wasserdruckuntersuchung) vom TÜV geprüft werden müssen auf ihren sicherheitstechnischen Zustand. Wer macht jetzt die Gesetze? Offiziell heißt es, der TÜV als neutrale Instanz mit dem Staat zusammen. Wie neutral dieser TÜV aber ist, kann man schon anhand der Vorstandsmitglieder in Hannover sehen, die die Politik des Betriebes bestimmen. Da sitzt z.B. Dipl.-Ing. Heinz Werner, Direktor der Conti AG, drin, Dr.-Ing. K. Geißler, Direktor der Kabelmetal, Dr. Krohn, Vorstandsmitglied der VW AG, Ing. Stähler, Vorstandsmitglied der Peine-Salzgitter AG. Die Liste läßt sich mit zwölf weiteren Kapitalistenvertretern an das maßgeblichen hannoverschen Großbetrieben vervollständigen. Das ist die neutrale Instanz TÜV. Beliebig entsenden sie ihre Vertreter in die Gesetzesausschüsse. So entstehen also Gesetze und Verordnungen für die Überprüfung technischer Anlagen. Teilweise werden diese Gesetze noch umgangen, indem große Kapitalisten ihre eigenen Betriebsingenieure einsetzen, die ihnen dann den Segen für ihre Produktionsanlagen auf der Lohnarbeiterbasis geben müssen.

die Gesetze? Offiziell heißt es, der

Die Ingenieure selbst werden von den Abteilungsleitern im Überwachungsbezirk eingesetzt. Offiziell soll die Grundlage ihrer Tätigkeit das einzelne Gesetz sein. Schlimm genug ist das schon bei den Gesetzen, die die Kapitalisten selbst ausgearbeitet haben. Tatsächlich ist es aber so, daß die Anweisungen der Abteilungsleiter und -direktoren befolgt werden müssen. In Hannover läuft das z.B. so, daß die TÜV-Kollegen von den Abteilungsleitern vom Betreiber zu Betreiber gehetzt werden, wo sie kaum Zeit haben, eine genaue Prüfung vorzunehmen. Da kann es schon mal passieren, daß ein Riß in der Kesselwand übersehen wird, daß ein schadhafter Seilaufzug nicht erkannt wird. Die Folgen haben die Kollegen dann zu tragen, weil sie, wie es in der „Dienstanweisung für Mitarbeiter" heißt, ihren allgemeinen Pflichten nicht nachgekommen sind. Genau diese Dienstanweisung bildet die Grundlage für die Gängelung der Beschäftigten, denn sie legt fest: „... alle Mitarbeiter haben die ihnen zugewiesenen Aufgaben nach den Weisungen des Geschäftsführers und ihrer Vorgesetzten ... gewissenhaft zu erledigen." Dort ist dann ebenfalls die disziplinarische Untersuchung geregelt.

zelne Gesetz sein. Schlimm genug ist

So sieht die Methodik der „neutralen Instanz" TÜV aus, so lassen die Kapitalisten ihre Betriebssicherheit legitimieren. – (Bezirk Hannover)

gitimieren. – (Bezirk Hannover)

Eine Lücke soll geschlossen werden

Über Zwangsberatung in der Schule reibungslose Zufuhr von der Schule in die Fabriken

In diesem Jahr werden rund 630000 Schüler aus der Schule entlassen. 630000 junge, unverbrauchte Arbeitskräfte für die Ausbeutung in den Fabriken? Nein, die Zufuhr klappt noch nicht so. Zwischen dem Zuchthaus Schule und dem Zuchthaus Fabrik existiert eine Lücke. Nämlich, wie die Schüler reibungslos und schnell in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingegliedert werden können entsprechend den jeweiligen Erfordernissen. Die Schüler unterwerfen sich nicht dem Zwang, einen Beruf zu erlernen, der zu schneller Ruinierung der Arbeitskraft führt, schlecht bezahlt noch obendrein. Warum Bäcker, Fleischer werden, wenn sie Kfz-Mechaniker werden wollen? Die Bourgeoisie nennt das: „Jugend zwischen Angst, Träumen und Hoffnung – Manche Jugendliche wählen ihre Arbeitslosigkeit selber." Das wurmt sie, nicht wegen der kleinen Fleischer und Bäcker, die noch Auszubildende suchen und keine finden, nein, es trifft sie, daß die Jugendlichen nach der Schule tatsächlich noch die „Wahl" haben, sich nicht ausbeuten zu lassen, sondern dann eben lieber arbeitslos sind und Sozialhilfe bekommen, wo der Unterschied zum Lehrlingslohn sowieso kaum zu merken ist.

Das Arbeitsamt taugt nicht zur Schließung dieser Lücke, es macht nur Beratung, und daran braucht sich der Jugendliche nicht zu halten. „Da die Inanspruchnahme der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung grundsätzlich freiwillig ist und – von Leistungsempfängern einmal abgesehen – keinerlei Möglichkeit besteht, der persönlichen Einladung, die Beratung und Vermittlung in Ausbildungsstellen und auf Arbeitsplätze in Anspruch zu nehmen, zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, kann es naturgemäß nicht ausbleiben, daß in dem einen oder anderen Fall Jugendliche darauf verzichten, das Arbeitsamt aufzusuchen" (Neue Westfälische Zeitung). Es verzichten viele. Deshalb ist auch der „Karten-Versuch" fehlgeschlagen, der in Baden-Württemberg probeeingeführt worden war: Die Jugendlichen mußten diese Karte ausfüllen und sich damit bei einem Kapitalisten verpflichten. Der Nachteil war auch, daß der Kapitalist ebenfalls gebunden war an seine Zusage und ihm das das eigene Aussieben bei verschiedenen Bewerbern verlorenging.

Der Dreh, die Lücke zwischen Schule und Fabrik zu schließen, scheint gefunden zu sein. „Die Schaffung der Schul- und Stundenberatung durch Verträge der Arbeitsverwaltung mit der Kultusministerkonferenz und den Hochschulen (im Hause des Herrn Kultusminister) steckt im Versuchsstadium", verkündet die „Süddeutsche Zeitung" am 3.6.1978. Jeder Schüler zwangsverpflichtet, während seiner Schulzeit an derartigen Beratungen teilzunehmen, das ist dann tatsächlich ein weiterer Schritt in Richtung Arbeitszuweisung und Zwangsarbeit, was die verschiedenen Lehrgänge zur „Erlangung der Berufsreife" oder der „Eingliederung ins Berufsleben" und dem Berufsgrundbildungsjahr bisher noch nicht vermocht haben. Von der „freien Berufswahl" bleibt dann nur noch die „freie" Entscheidung, sich der Beratung und Zuweisung zu unterwerfen oder sich der Zwangsarbeit zu fügen. Das ist dann das vielgepriesene „Recht auf einen Ausbildungsplatz", das mit großem Propagandageschrei in der bürgerlichen Presse verlangt wird. Die Zuführung der „Azubis" unter das Kapitalistenkommando, Azubis-Mulis, so rechtlos wollen sie die Jugend der Arbeiterklasse bekommen. – (N-Red.)



4000 haben am 10.6.78 in Hannover unter den Parolen „Sofortige Rücknahme der Terrorgesetze!", „Uneingeschränkte Demonstrations-, Organisations- und Versammlungsfreiheit – Streikrecht!", „Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!", „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo!", „Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung!" demonstriert. Während der gesamten Demonstration wurden diese Parolen gerufen und Zwischenkundgebungen gehalten. Rund 50 Bürgerinitiativen aus ganz Westdeutschland hatten zu der Demonstration aufgerufen und sich daran beteiligt. Mit einer Diskussionsveranstaltung am Freitag, 9.6., im Audi-Max der TU Hannover hat das Aktionswochenende der Bürgerinitiativen in Hannover begonnen, es wurde dort für die Demonstration mobilisiert. J. Scheer, Hopfenmüller u.a. ist es nicht gelungen, die Mehrheit der Teilnehmer der Veranstaltung und der Demonstration für die Verteidigung der Grundrechte und Selbstanzeigeaktionen usw. zu gewinnen.

Zupachten von Land – Zwang der Konkurrenz

Pachtrecht fördert die Konzentration von Land in Händen der Großbauern

30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Bundesrepublik sind Pachtland. Davon entfallen auf reine Pachtbetriebe 30%, der Rest auf Zupachtbetriebe. Diese Ergebnisse der Landwirtschaftszählung von 1971 zeigen eine deutliche Zunahme gegenüber 1960, wo 14,7%, und gegenüber 1949, wo rund 12% in der offiziellen Statistik als Pachtland ausgewiesen sind.

Die Untersuchung der prozentualen Entwicklung über einen kurzen Zeitraum von 1974 zu 1977 macht bereits deutlich, daß die mittleren und großen landwirtschaftlichen Betriebe weitaus mehr an neuem Pachtland dazupachten, als dies bei den kleinen Betrieben der Fall ist. Diese Entwicklung, wenn auch für die Bourgeoisie quantitativ ungenügend, entspringt ihrem Bestreben, mittels Pachtgesetzgebung solchen Betrieben Land zukommen zu lassen, von denen sie sich langfristig hohe Erträge und rationelle Betriebsweise erhofft, während die kleinen und Teile der mittleren Bauern ohne Aussicht auf Pacht in der Konkurrenz nicht bestehen können.

Die Einführung von Maschinerie in großem Maßstab in den letzten 20 Jahren hat in der Landwirtschaft eine Konzentration des Bodens zur Folge gehabt. Der Kauf landwirtschaftlicher Maschinerie, insbesondere bei Bodenerzeugnissen, lohnt sich für den Bauer nur, wenn er sie effektiv auf größtmöglicher Fläche einsetzen kann. Ist er nicht in der Lage, Land zuzukaufen oder zu pachten, kann er die meist mit Krediten gekauften Maschinen nicht bezahlen oder neue notwendige Maschinen anschaffen. Das bedeutet in den meisten Fällen Aufgabe und Verkauf des Landes.

Das Angebot von Land zum Verkauf oder zum Verpachten ist in den letzten Jahren rapide zurückgegangen, während die Nachfrage stieg. Dies ist eine unmittelbare Folge der Stagnation des sogenannten Strukturwandels, des verminderten Rückgangs an Betrieben bis 30 ha. Die steigende Nachfrage gegenüber dem rückläufigen Flächenangebot führte seit 1973 zu beachtlichen Ausgaben für Pachten.

Entwicklung der Ausgaben für Pachten im Vergleich zur Gewinnentwicklung (aus Agrarbericht 1974 bis 1978) am Beispiel der Marktfruchtbetriebe in Niedersachsen in der Größenordnung von 20-50 ha.

Jahr	Gewinn	Steigerung (in %)	Ausgaben für Pachten	Steigerung (in %)
1973/74	25585 DM		2623 DM	
1974/75	28268 DM	10	3089 DM	18
1975/76	37078 DM	31	5885 DM	90
1976/77	38891 DM	5	6157 DM	4,6

In Schleswig Holstein z.B. sind die Pachtpreise von 1974 bis 1975 im Durchschnitt des Landes um 10% auf 331 DM je ha gestiegen. Es sind aber auch Einzelfälle bekannt geworden, in denen weit über 1000 DM je ha gezahlt wurden. Daß solch hohe Pachtpreise nur von kapitalkräftigen Betrieben gezahlt werden können, liegt auf der Hand. Daraus läßt sich die unverhältnismäßig hohe Zunahme von Pachtland der Betriebe über 30 ha gegenüber den Betrieben unter 30 ha erklären.

Neben der Regulierung auf dem Bodenmarkt selber, der sich nach den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz vollzieht, greift der Staat mit Reglementierungen ein. Das Pachtrecht ist eins dieser Mittel. Das Pachtrecht regelt die Länge der Verträge, benennt Schutzrechte für die Pächter und verpflichtet den Verpächter zur Anzeige eines abgeschlossenen Vertrages. Die Landwirtschaftsbehörde kann einen angezeigten Vertrag beanstanden, wenn „keine ordnungsmäßige Bewirtschaftung vorliegt, unzureichende Erträge zu erwarten sind oder eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung eintreten würde". Damit kann sie z.B. einem Bauern die Pachtung verweigern, der aufgrund einer zu großen Zerstückelung seiner Ländereien durch Anpachtung weit auseinanderliegender Flächen dem Flurbereinigungsgesetz entgegenwirkt und einem Bauern am Ort, der ebenfalls pachten will, das Land zusprechen. Voraussetzung allerdings ist, daß dieser Bauer einen leistungsfähigen Hof besitzt.

Das festzustellen war die Landwirtschaftsbehörde bisher ungenügend in der Lage. In der Novellierung des Pachtgesetzes fordert deshalb die Bundesregierung die Einführung einer Betriebsbeschreibung zu Beginn und am Ende der Pacht und die Verlängerung der Kündigungspflicht auf unbestimmte Zeit von vorher 9 bzw. 18 Jahren. Diese Verlängerung ist auf die veränderte Situation in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die hohen Investitionen auch auf dem Pachtland, z.B. in Ställe, Wohnhäuser, Verarbeitungsanlagen etc., sind durch kurzfristige Verträge nicht genügend abgesichert. Andererseits bietet der unbefristete Vertrag dem Verpächter einen abgesicherten Zins auf das Land auf lange Sicht. Die Besitzer dieses Pachtlandes, das bis 1985 nach vorsichtigen Schätzungen der bürgerlichen Agrarwissenschaftler auf 50% der landwirtschaftlich genutzten Fläche sich ausdehnt, sind zu 15% der Staat und der Rest Großbauern, die zusammen mit den Banken und den Industriekapitalisten, insbesondere der landwirtschaftlichen Weiterverarbeitungsindustrie, mit dem enteigneten Land Tausender ehemaliger Klein- und Mittelbauern ihr Bodenspekulationsgeschäft betreiben und den stets wachsenden Zins einkassieren. – (N-Red.)

Anteil des Pachtlandes an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Größenklassen der Betriebe

Betriebsgröße (ha)	1973/74	1976/77	Änderung (in %)
unter 10	17,8%	17,9%	0,6
10-20	27,5%	27,1%	- 1,45
20-30	32,8%	33,2%	1,2
30-50	33,7%	36,4%	8,0
50 u. mehr	30,0%	37,5%	25,0

Mit Raps-Neuzüchtung ist das Soja-Monopol der USA durchbrochen

Umstellung auf Druck der Ölmühlenkonzerne hat etliche Kleinbauern die Existenz gekostet

In den letzten Wochen konnte sich der Besucher in Schleswig-Holstein an den riesigen gelben Blütenmeeren erfreuen. Es handelt sich dabei um den Raps, die bedeutendste Ölfrucht in Nord- und Mitteleuropa. Er wird verwendet für die Herstellung von Margarine, Speiseölen und Ölkuchen (eiweißhaltiges Kraftfutter). In Schleswig-Holstein sind 60% der westdeutschen und 10% der EG-Anbauflächen konzentriert. In den letzten Jahren ist der Rapsanbau beständig ausgedehnt worden und erreicht 1978 mit 58 300 ha fast wieder den Stand von 1974 mit 59 600 ha. Das ist von ziemlicher Bedeutung für die westdeutschen Kapitalisten, hatten sie doch 1974/75 die Bauern zur Umstellung ihrer Rapsproduktion gezwungen auf erucasäurearme bzw. -freie Sorten. Den westdeutschen Imperialisten ging es dabei darum, das Monopol der US-Imperialisten zu durchbrechen, das diese innehatten mit der Produktion von Soja. Gegenüber dem Sojaöl ist das aus konventionellen Rapssorten gewonnene Rüböl von minderer Qualität. Es enthält zu 50 bis 60% Erucasäure, eine langkettige Fettsäure, die, übersteigt das Rüböl einen bestimmten Anteil, die Streichfähigkeit der Margarine erheblich mindert. Nach Gewinnung des Öls verbleibt das Rapsschrot, eine eiweißhaltige Masse, die als Kraftfutter verwertet werden kann. Das Schrot der herkömmlichen Rapssorten enthält das Schildrüsengift Glucosinolat, das das Wachstum des Viehs hemmt.

Jetzt, drei Jahre nach der unter dem Druck der Ölmühlenkapitalisten durchgeführten Umstellung auf die neuen Sorten, jubeln die westdeutschen Bourgeois über ihren Erfolg. „Mit dem Produkt Sinola, verankert in der Kette von Saatgut bis zur Verarbeitung, steht erstmals ein hochwertiges Planzenöl aus deutschen Landen zur Verfügung. Damit avancierte der Raps zum Qualitätsprodukt und überrundete dabei nach Meinung von Fachleuten sogar andere Planzenöle, z.B. Soja." (Bauernblatt, 18.2.1978) Welche Bedeutung die Umstellung auf erucasäurearme Sorten bei gleichzeitiger Ausweitung des Anbaus für die Margarine- und Futtermittelkapitalisten hat, zeigt der Selbstversorgungsgrad der BRD:

Ölfrüchte und Saaten	
1972/73	24%
1973/74	28%
1974/75	27%

Pflanzliche Fette und Öle	
1972/73	keine Angabe
1973/74	24%
1974/75	23%

Ölkuchen	
1972/73	5%
1973/74	6%
1974/75	7%

Dazu ein Schreiberling in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Soja ist seit vielen Jahren in der Form von Sojaschrot sehr bedeutend für die Viehfütterung und damit für die Nahrungsmittelproduktion ... Als die Vereinigten Staaten von Amerika den Export dieses Eiweißkraftmittels im vorigen Jahr sperrten, kam es zu Versorgungsstörungen und zu schlagartig steigenden Preisen auf dem Weltmarkt ... Im Dezember vorigen Jahres wurde die neue , diesmal wirklich umwälzende Sorte Erglu zugelassen. Mit dieser Neuzüchtung dürften die deutschen Züchter der ausländischen Konkurrenz den Rang abgelaufen haben. Die dritte Generation des deutschen Rapses ist durch volle Verwertbarkeit des Öls als Qualitätsmargarinerohstoff und des Schrotes als dem Sojaschrot vergleichbares Kraftfutter eine mittel- und nordeuropäische ‚Soja'. Denn auch die Flächenerträge sind ebenso hoch wie die der nordamerikanischen Prärie." (FAZ, 18.3.1974) Beide Schreiberlinge äußern sich sehr offen, worum es der westdeutschen Bourgeoisie eigentlich ging: Durchbrechen des Monopols der US-Imperialisten auf dem Ölfruchtmarkt wie auch, sich selber mit den neuen Produkten auf dem Weltmarkt herumtreiben zu können. Ausgetragen wurde diese Schlacht auf dem Rücken der kleinen und mittleren Bauern. 1975 meldeten die Zeitungen, bis zu 60% der Rapsanbaufläche müßten umgebrochen werden. Etliche der Kleinbauern, die sich seit Jahren gerade noch über Wasser halten konnten, ist das an die Existenz gegangen.

Lange Zeit war der Raps als Zwischenfrucht ersetzbar gewesen durch andere Leguminosengemenge (z.B. Welsches Seidelgras, Inkarnatsklee usw.), die als frühes Grünfutter Verwertung fanden. In dem Maße, wie die kleinen Milchbauern ruiniert worden sind (Schleswig-Holstein: Milchviehhalter 1960 49590 auf 1976 23174 gesunken) und somit zumeist Gemischtbetriebe verschwanden, sank auch die Bedeutung dieser Zwischenfrüchte. Den Großbauern, die auf Getreidebau spezialisiert sind, blieb nur der Raps als einzig gewinnträchtige Zwischenfrucht. 1963 betrug das Preisverhältnis Getreide zu Raps 1 : 1,6; 1978 beträgt es 1 : 2,2. Dies beruht im wesentlichen auf der gewaltigen Verbesserung des Produkts. Die folgende Tabelle zeigt die Vorteile des Großbauern bei der industriemäßigen Produktion von Raps.

Betriebsgröße	Ölfrüchte in DM/ha landw. Nutzfläche
10-20 ha	29
20-100 ha	88
über 100 ha	488

Der gesetzmäßige Ruin der Kleinbauern und die weitere Konzentration des Bodens in den Händen der Agrarkapitalisten und Großbauern, das sind die Folgen der Konkurrenzschlachten der westdeutschen Imperialisten auf dem Weltmarkt von agrarischen Ölprodukten, die sich hinter dem gesteigerten Rapsanbau verbergen. – (Bezirk Holstein/Flensburg-Westküste)

Landjugend läßt sich nicht auf die Interessen der Großbauern festlegen

10% der Jugendlichen auf dem Land sind nach Angaben des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), selbständige Jugendorganisation im Deutschen Bauernverband in Westdeutschland, in den Verbänden und Gruppen der Landjugend organisiert – 20000 allein in der niedersächsischen Landjugend. 135000 Jugendliche nehmen jährlich an den Seminaren des BDL, den Veranstaltungen und Reisen teil. Vor allem für die Vorstände der Landjugendgruppen unterhält der BDL eine eigene Akademie in Fredeburg (Kreis Peine).

Mehrere Jugendliche der Wehnser Landjugendgruppe berichteten uns über ihre Arbeit. Jeden Donnerstag trifft sie sich zu einer Filmvorführung, Basteln, eigenem Theaterspiel oder Tanz und organisiert Reisen, die letzte kürzlich nach Holland. Die Landjugend Wehnse sei eben ein Treffpunkt, während sonst auf den Dörfern nichts los ist und die Jugendlichen völlig zersplittert sind. 40 Mitglieder hat die Wehnser Landjugendgruppe, nur 2 davon sind Bauern. Zunehmend wandelten sich die Landjugendgruppen in den letzten Jahren von Zusammenschlüssen der Jungbauern zu Organisationen aller Jugendlichen auf dem Land.

„Rund zwei Drittel aller Gruppen haben bisher 50 und mehr Prozent ihrer Gruppenarbeit aus Zuschüssen der öffentlichen Hand und Spenden von dritter Seite finanziert" („Landjugendporträt", Deutsche Landjugend-Akademie Fredeburg). Die staatlichen Organe der Bourgeoisie fördern die Landjugendgruppen, um sie als Instrumente der Fesselung des Kampfes der Jugendlichen in den ländlichen Gebieten einzusetzen. Agitation entfaltet die „Deutsche Landjugend", die monatliche Zeitschrift des Bundes der Deutschen Landjugend für die „Europäische Integration". Heftige Kämpfe führen die Klein- und Mittelbauern gegen die EG-Agrarpolitik.

„Jugend im Wandel" heißt der Leitartikel der „Deutschen Landjugend" im März. „Die Demonstrationen von einst gehören heute schon der Vergangenheit an. Niemand ist im Zeichen des Numerus Clausus und der Arbeitslosigkeit mehr bereit, auf die Straße zu gehen." „An den Universitäten und Schulen herrscht wieder Ruhe", stellt der Artikel, der mit einer ausführlichen „Anleitung zur Gruppenarbeit" versehen ist, fest. „Habt ihr auch schon festgestellt, daß sich Politik- und Ideologiemüdigkeit bei den 14 bis 18 jährigen breitmacht?", über solche Fragen sollen die Gruppen den Artikel diskutieren. In Wirklichkeit haben die Vorstände der Landjugendgruppen Schwierigkeiten, die scharfen Widersprüche, die sich aus der Verödung der ländlichen Regionen ergeben, im Zaum zu halten. Deshalb führt der Wehnser Vorstand keine politischen Veranstaltungen durch und erklärte uns, kulturelle Veranstaltungen, wie Formationstänze nach deutschen Volksliedern, womit die Bourgeoisie die Landjugend gerne auftreten läßt, würden von den Mitgliedern abgelehnt. In Sketchen und kleinen Stükken, die sie sich selbst erarbeiten, behandeln andere Landjugendgruppen ihre Probleme. In Peine wurde vor einiger Zeit von einer Gruppe ein kleines Stück zur Jugendarbeitslosigkeit in der Fußgängerzone aufgeführt, daß die bürgerlichen Politiker und ihre Vorschläge zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit angriff – oder vor den Wahlen ein Stück gegen die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien. Eine Reihe Jugendlicher der Landjugendgruppen aus dem Kreis Peine beteiligte sich im letzten Jahr an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde. Bis auf die Bundesebene gibt es heftige Auseinandersetzungen um das imperialistische Energieprogramm, die sich z.B. in einer Stellungnahme des Bundeslandjugendtages in Hannover 1977 ausdrückten. – (Stadtzelle Peine – Bezirk Südostniedersachsen)

EG-Hopfenmarktordnung

In der Bundesrepublik ist die Hallertau, das Gebiet zwischen Ingolstadt und München, das größte Hopfenanbaugebiet. Der aus dem Hopfen gewonnene Bitterstoff wird zur Herstellung von Bier verwendet. Bis 1973 entwickelte sich die BRD zum größten Hopfenproduzenten der Welt, vor den US- und Sozialimperialisten. Die Hälfte des produzierten Hopfens geht in die USA, nach Japan und in die EG. Die Kapitalisten in der EG haben durch verschiedene Maßnahmen die Ruinierung der kleinen Hopfenbauern betrieben. 1977 wurde die EG-Hopfenverordnung geändert. Eine Rodungshilfe von ca. 6000 DM pro Hektar – etwa ein Drittel des Werts einer Anlage von einem Hektar – wurde eingeführt. Beihilfen für Betriebsumstellungen und Mindestqualitäten für Hopfen wurden festgelegt. Die Ausweitung des Hopfenanbaus ist bis zum 31.12.78 durch die EG-Verordnung untersagt. Die jetzt neuerlich geplante Änderung der EG-Hopfenmarktordnung sieht vor, daß „Produktionshilfen allein den anerkannten Erzeugergemeinschaften gewährt werden, die in der Lage sind, ihren Mitgliedern ein angemessenes Einkommen zu sichern und die Angebotsmengen rationell zu verwalten." Die armen Hopfenbauern sind nicht in der Lage, die Produktion auf die teureren und besseren Hopfenqualitäten umzustellen. Allein 500 Hopfenbetriebe sind im letzten Jahr vernichtet worden. In der Hallertau sind 1200 ha Hopfenanbaufläche brachgelegt worden.

Preissteigerung bei Saatgut in Vorbereitung

Dem Bundesrat liegt eine Änderung der Verordnungen über das Saatgut und den Saatgutverkehr vor, die auf EG-Verordnungen zurückgeht und eine „Vereinheitlichung" in den EG-Mitgliedstaaten herbeiführen soll. Eine gesammelte Anhäufung von staatlicher Kontrolle und

häufung von staatlicher Kontrolle und

Schikane war das Saatgutgesetz schon vorher. Die Bedingungen, die ein Bauer erfüllen muß, um Saatgut zu züchten, kann eh nur ein Großbauer mit *vor allem* entsprechend viel Grund und Boden realisieren. So sind z.B. für die verschiedenen Kategorien von Saatgut Mindestflächen für den Anbau und Mindestentfernungen zwischen den einzelnen Saatgutfeldern vorgeschrieben. Für die kleinen und mittleren Bauern haben sich diese staatlichen Verordnungen in stark gestiegenen Preisen für Saatgut und einer Verschlechterung der Qualität niedergeschlagen. Unter dem Vorwand, die Qualität von Saatgut zu heben, EG-einheitliche Sorten anzubauen, wird jetzt der nächste Preisschub vorbereitet. Die Kosten für Saatgut sind im Durchschnitt vom Index 100 1970 auf 161,2 1977 gestiegen. Die gesetzlichen Bestimmungen untersagen den Bauern, eigenständig einen Teil der Aussaat zur Gewinnung von neuem Saatgut zu verwenden. Durch die Beschränkung von Einfuhren sollen die Bauern in die Abhängigkeit der westdeutschen Saatgutkonzerne gezwungen werden, deren Monopol auf dem Inlandsmarkt die Voraussetzung für eine Exportoffensive in die anderen EG-Staaten ist.

Nestlé: Monopolist im Milchankauf

Die Allgäuer Alpenmilch AG will ihr Werk in Weiding bei München erweitern. Die Alpenmilch AG ist Bestandteil des Schweizer Nestlé-Konzerns, der in der ganzen Welt über 300 Fabriken, 101 Verwaltungssitze und 677 Verkaufsbüros und -lager verfügt. Das Weidinger Werk soll um einen Sprühturm erweitert werden, so daß in Zukunft 500 Millionen Kilogramm Milch jährlich verarbeitet werden können – 100 Millionen Kilogramm mehr als bisher. Der Umsatz, der im vergangenen Jahr 972,1 Millionen DM betrug, soll um weitere 7% über die Milliarden-Grenze hinaus gesteigert werden. „Als potentieller Abnehmer werden dabei vor allem Entwicklungsländer ins Auge gefaßt", heißt es dazu. In 68 Fabriken in Lateinamerika, 17 in Afrika und neun in Asien beutet der Nestlé-Konzern Arbeiter aus. Auf den Konferenzen zur Verhandlung über die Kakaopreise sitzt für die Schweiz ein Nestlé-Vertreter, um Preissenkungen durchzusetzen. Mit den Produkten des Nestlé-Konzerns haben die Länder der Dritten Welt besondere Erfahrungen. „1867 erfand Henri Nestlé sein Kindermehl. ‚Die Grundlage meines Kindermehls ist die gute Schweizer Milch, die mittels einer mit Luftdruck arbeitenden Pumpe bei niedriger Temperatur konzentriert wird, wobei die ganze Frische der warmen Milch erhalten bleibt.'..." heißt es in einer Reklameschrift des Konzerns. In mehreren tausend Fällen sind in Ländern der Dritten Welt Säuglinge aufgrund der „gesunden Nestlé-Ernährung" gestorben oder trugen Dauerschäden davon.

Fachschaftswahlen und Wahlen zum „Senats-AStA“

Heidelberg. Fortschritte im Kampf gegen die Spaltung der Studentenbewegung durch die Opportunisten sind das Ergebnis der bisher durchgeführten Fachschaftswahlen und der Wahlen zum „Senats-AStA“. Den Fachbereichsgruppen mit Unterstützung der KHG gelang es, der Kapitulationspolitik der Opportunisten gegenüber den von der Reaktion für aufgelöst und illegal erklärten Organen der Studentenschaft zu begegnen und die Einleitung der Fachschaftswahl an einer Reihe von Fachbereichen durchzusetzen. Die höchsten Beteiligungen an den bisher durchgeführten Wahlen zu 6 Fachschaften gab es bei den Physikern und Volkswirtschaftlern mit jeweils 25%. Gewählt wurden die Kandidaten der Fachbereichsgruppen. Bei den Germanisten, wo die Revisionisten von DKP und MSB die Wahl der Fachschaft durch ihr Programm und Vorgehen zu einer Absage an den Zusammenschluß gegen die Reaktion machen wollten, beteiligten sich lediglich 11% der Studenten an den Wahlen. Inzwischen konnten Beschlüsse zu den Fachschaftswahlen an weiteren Instituten durchgesetzt werden, so z.B. bei den Medizinstudenten. Bei den Wahlen zum „Senats-AStA“, mit dessen Hilfe die Reaktion eine Tribüne zur Sammlung der Rechten an der Hochschule und ein Instrument des Beamtenbetrugs der Studenten in ihrem eigenen Namen zu schaffen versucht, konnte dieses Manöver und Ziel durch revolutionäres Eingreifen in diese Wahlen gerade dort zunichtegemacht werden, wo, gestützt auf die Fachbereichsgruppen, in den Kämpfen der Aufbau der Fachschaften vorangetrieben wird. So wurden die Reaktionäre unter anderem bei den Mathematikern und Physikern geschlagen. Dort, wo die Opportunisten dagegen noch unter der Vorgabe des „Boykotts“ Kapitulation predigen und Spaltung betreiben, gelang es den Reaktionären, einen Stimmenzuwachs zu erreichen, so bei den Medizinern und Juristen. Obwohl im Gesamtergebnis dieser Wahlen der Stimmenzuwachs von 400 gegenüber Februar auf der Liste für den Aufbau der Fachschaften mit jetzt 1906 Stimmen einen erfreulichen Fortschritt und wachsende Schwierigkeiten für die opportunistischen Taktiker dokumentiert, ist dennoch die Lage ernst: RCDS, ADH und SLH konnten aufgrund der opportunistischen Boykottpolitik 8101 Stimmen gegenüber 7608 Stimmen im Februar erreichen. Harte Auseinandersetzungen mit diesen Reaktionären stehen bevor.

Heran an die Rohstoffe in der Antarktis!

Stolz vermeldet die Bourgeoisie am 5. Juni in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) an Forschungen in der Antarktis beteiligt

hen bevor.

Heran an die Rohstoffe in der Antarktis!

Stolz vermeldet die Bourgeoisie am 5. Juni in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) an Forschungen in der Antarktis beteiligt

ist, die Aufschluß über das reiche Rohstoffpotential des „herrenlosen“ Kontinents geben sollen. Die Erforschung dieses Erdteils wird über den Antarktisvertrag geregelt, in dem u.a. die imperialistischen Mächte USA und UdSSR, Frankreich, Großbritanien und Japan ihren Anteil gesichert haben. Die BRD wird jetzt in Kürze diesem Vertrag beitreten, um sich ihren Anteil zu holen. Besonders hervorgetan haben sie sich bereits mit der Jagd auf den Krill (stark eiweißhaltiges Krebstier). Allein das genügt aber nicht zur Aufnahme in den Antarktis-Klub. Als Voraussetzung hierfür ist die Einrichtung einer ständigen Forschungsstation auf dem arktischen Festland notwendig, was für ca. 20 Wissenschaftler und ein eisgängiges Versorgungsschiff ca. 90 Mio. DM und hinzu jährlich 40 Mio. DM für den Betrieb kosten würde. Auf dem Weg zu den Rohstoffquellen der Erde ist den westdeutschen Imperialisten jedoch nichts zu teuer, und so sind sie jetzt daran interessiert, auch in die Konsultativrunde dieses Vertrages aufgenommen zu werden, da hier die Entscheidungen über Forschungsprogramme und andere Maßnahmen (Möglichkeiten der Erschließung der Rohstoffvorkommen) fallen. Da die BRD-Imperialisten gegenüber den 19 Mitgliedsstaaten des Antarktis-Klubs sowieso etwas spät dran sind, haben sie ein gewaltiges Interesse, ihre Forschungsvorhaben auf dem 6. Erdteil so schnell wie möglich durchzuziehen. Einstweilen erforscht Franz Tessensohn von der BGR das „technische Problem“ des Uranbergbaus in der Antarktis, und die Bundesanstalt erklärt als Ziel ihrer Aktivitäten, Informationen über Geologie, Arbeitsverhältnisse und Umweltbedingungen in diesem Teil der Erde zu beschaffen, um herauszukriegen, wie man am besten an Uran, Kohle, Erdgas, Erdöl, Eisenerz, Flußspat, Diamanten, Mangan, Molybdän, Kupfer und Edelmetallvorkommen herankommt. Es gibt viel zu tun für die Wissenschaftler im Auftrag der Imperialisten ...

„Memo '78“ bietet verstaubten Reformismus in neuen Worten

Man könnte meinen, Theoretisches aus der Mottenkiste des Reformismus sei groß im Kommen. Helmut Schmidt hat auf dem Kongreß des DGB in Hamburg, wo er die Regierungsabsichten propagieren durfte, ein Loblied auf Fritz Naphtali gesungen, in der Gewerkschaftspresse wird an das fünfzigjährige Jubiläum von dessen Schrift „Wirtschaftsdemokratie“ erinnert, und schließlich schwimmt auch das 174seitige „Memo '78 – Alternativen der Wirtschaftspolitik“, das eine Reihe von sich für „links“ haltenden Hochschullehrern in Umlauf gesetzt hat, auf der Welle „für eine demokratische Wende in der Wirtschaftspolitik“.

Fritz Naphtalis Kernsatz war, die Arbeiterklasse hätte sich mit der Weimarer Republik die politische Demokratie erkämpft, womit erwiesen sei, daß die „politische Demokratisierung“ auch ohne Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse möglich sei. Um vom offensichtlichen Unsinn dieser sozialdemokratischen Darmwinde abzulenken, macht Naphtali das „Eingeständnis“, „daß die politische Demokratie noch keineswegs die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit bedeutet“. Folglich fordert er die „Demokratisierung der Wirtschaft“, zu der aber die erreichte politische Demokratie der notwendige Durchgangspunkt sei.

Mit Kühnheit hat Naphtali so die materialistische Anschauung der Geschichte, „daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist“ (Engels, Anti-Dühring) und daher die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen in den Veränderungen der Produktions- und Austauschweise zu suchen sind, auf den Kopf gestellt. Es existiert nach ihm zwar „Demokratie“, aber die Arbeiterklasse, in deren Interessen die Interessen aller unterdrückten Klassen aufgehen, herrscht nicht, und sie ist auch nicht befreit, aber unter allen Umständen muß diese „Demokratie“ erhalten bleiben. Der Staat wird nicht als Instrument der Klasse, die aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse die herrschende ist, betrachtet, sondern als über den Klassen stehend.

Die Erhaltung des existierenden Staatsapparates war das A und O der Politik der SPD. Der Reformismus ermöglichte der deutschen Finanzbourgeoisie die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Errichtung ihrer faschistischen Diktatur.

Helmut Schmidt findet die Theorie Naphtalis eine „sehr weitsichtige Kennzeichnung des politischen Auftrags, wie er sich den Gewerkschaften genauso heute noch stellt.“ Er will sie wieder hervorgekramt wissen, weil sie damals wie heute ein hervorragendes Instrument zur Entwaffnung der Arbeiterklasse ist. Und hierin trifft sich der regierende Sozialdemokrat aufs beste mit den „linken“ Professoren des „Memo '78“.

Bereits ihr Ausgangspunkt verbürgt Oberflächlichkeit. Denn für sie ist „die anhaltende Massenarbeitslosigkeit *zum sozialen Hauptproblem unserer Zeit geworden*“. Als ob nicht die Ausbeutung und die Fesselung der Produktivkräfte das „Hauptproblem“ wären und auch die Arbeitslosigkeit auf ihrem Boden gedeiht.

Die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sieht das „Memo '78“ in einem „Verteilungsproblem der Allokation“ oder zu deutsch als „Verteilungsproblem der Verteilung“: „Grundsätzlich sind konjunkturelle Krisen in kapitalistischen Systemen das Ergebnis eines nicht gelösten Verteilungsproblems hinsichtlich der Allokation der wirtschaftlichen Ressourcen, die ihrerseits wieder aus einer fehlgeleiteten funktionellen und personellen Einkommensverteilung und den darauf aufbauenden Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte resultiert.“ Die Kapitalisten hätten zuviel investiert, weil ihre Profite „zu hoch“ gewesen seien. Nun fehle es an Absatzmöglichkeiten, so daß Produktionsmittel brach liegen. Die Kapitalisten schränken die Produktion ein und schatzen die jetzt erzielten Profite auf. „Lösen läßt sich das Problem nur“, behauptet „Memo '78“, „wenn alle nicht beschäftigungswirksamen investierbaren Mittel dem Verbrauch zugeführt werden. Dies kann durch Lohnerhöhungen geschehen.“ Es könnten aber auch die Steuern erhöht werden und damit mehr Personal in den öffentlichen Diensten eingestellt werden.

Das ganze ist keineswegs neu, wenn auch mit etwas Kauderwelsch neuerer bürgerlicher Kreislauftheorien angereichert. Im Kern wird die Krise als Unterkonsumtionskrise begriffen. Die Nachfrage bleibt hinter dem Angebot zurück.

Karl Marx bemerkte zu dieser Sorte „Theorie“ im zweiten Band des „Kapital“, Seite 409: „Es ist eine reine Tautologie zu sagen, daß Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehn ... Daß Waren unverkäuflich sind, heißt nichts, als daß sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie fanden, also Konsumenten ... Will man aber dieser Tautologie einen Schein tiefrer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größern Anteil empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für die Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält.“ oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise.“

Es ist das penetrante Beharren auf Oberflächlichkeiten, das die „Memo-'78“-Professoren zu solch abgeschmackten Theorien und Vorschlägen treibt. Sie „übersehen“ die schlichte Tatsache, daß die kapitalistische Produktion auf der Warenproduktion beruht, hierin bereits die Krise angelegt ist und mit dem Auftreten der kapitalistischen Warenproduktion die regelmäßig wiederkehrende Krise gesetzmäßig wird. „Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziert sich als Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der



Produktion in der ganzen Gesellschaft.“ Die kapitalistische Produktionsweise kann die von ihr erzeugten Produktionsmittel in der Krise nicht mehr in Bewegung setzen, weil sie nur in Tätigkeit treten können, wenn sie sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt haben. An diese Schranken aber greifen die „Memo-'78“-Professoren keinesfalls, sondern beteuern, ihre Forderungen seien „kein Gegensatz zur Marktwirtschaft“. Wen wundert's, daß sie auch Arbeiten von Studenten, die den Marxismus verteidigen, mit dem Notenknüppel bekämpfen? – (Z-Red.)

Unsere Professoren, auf deren von Rodbertus, Kautsky, Tarnow, Naphtali bis zu Sir John Maynard Keynes abgeschriebene Gedankengebilde Marx vor einhundert Jahren damit die passende Antwort schrieb, werden mit einem trotzigen „Dennoch“ antworten. Denn woher sollte das Kapital kommen, das die Kapitalisten akkumuliert haben – wenn nicht durch „zu hohe“ Profite? Leider verraten uns die edlen Fürsorger der Arbeiterklasse nicht, um *wieviel* die Profite zu hoch und um *wieviel* die Löhne zu niedrig waren. Und das können sie auch nicht. Wir antworten mit Marx: „Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten

sondern als über den Klassen stehend.

Die Erhaltung des existierenden Staatsapparates war das A und O der Politik der SPD. Der Reformismus ermöglichte der deutschen Finanzbourgeoisie die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und.

reichert. Im Kern wird die Krise als Unterkonsumtionskrise begriffen. Die Nachfrage bleibt hinter dem Angebot zurück.

Karl Marx bemerkte zu dieser Sorte „Theorie“ im zweiten Band des „Kapital“, Seite 409: „Es ist eine reine Tau-

Leider verraten uns die edlen Fürsorger der Arbeiterklasse nicht, um *wieviel* die Profite zu hoch und um *wieviel* die Löhne zu niedrig waren. Und das können sie auch nicht. Wir antworten mit Marx: „Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten

'78“-Professoren keinesfalls, sondern beteuern, ihre Forderungen seien „kein Gegensatz zur Marktwirtschaft“. Wen wundert's, daß sie auch Arbeiten von Studenten, die den Marxismus verteidigen, mit dem Notenknüppel bekämpfen? – (Z-Red.)

Modellschule für Bourgeoiskader

Freunde und Förderer des Gymnasiums Bad Iburg treffen sich am 17. Juni

Das Gymnasium Bad Iburg gilt als Modellschule. Zahlreiche ihrer Zöglinge hat die Bourgeoisie dort versammelt: Die Kinder von Diekmann, größter Bauunternehmer in Osnabrück, Vornbäumen, Drahtseilwerk in Iburg und Lieferant der Preußag, Hennecken, Personalchef bei Karmann, Schirhälter, Schnapsfabrik in Iburg, Homann, Margarinefabrikant in Dissen, Tovar, Nachwuchs der Bürgermeisterfamilie usw. Entsprechend Liebevoll kümmert sich die Bourgeoisie um „ihr Gymnasium“. Ulrich Rau aus der Familie des Margarinefabrikanten Rau, Mitglied des Vereins der Freunde und ehemaligen Schüler des Gymnasiums Bad Iburg in seiner Grußadresse zum 30 jährigen Bestehen: „Der Freundeskreis hat sich im vergangenen Jahr etabliert und soll für alle an der Schule Interessierten ... eine Institution der Begegnung werden. Aufgabe unseres Vereins ist es, zum Wohle des Gymnasiums zu wirken und die Schule freundschaftlich zu begleiten.“ Am 17. Juni, „Tag der deutschen Einheit“ trifft sich dieser Freundeskreis laut Festprogramm „zum gemütlichen Beisammensein von Eltern, Lehrern, Schülern, und Ehemaligen im Rittersaal und in der Kantine der Polizeischule im Schloß.

Anläßlich des 30jährigen Bestehens des Gymnasiums Bad Iburg veranstaltete die örtliche Bourgeoisie eine mit „großen Reden“ gefüllte Feier. Die Presse war voll mit Lobeshymnen: „Hohes Niveau, Engagement und Freude prägten die Feier“ (Neue Osnabrücker Zeitung, 06.6.78) Eigens zu diesem Anlaß kam ein Dr. Engelhards, Ministerialrat beim Bundespräsidialamt Bonn angereist, um vor dem ausgewählten Kreise der Margarinefabrikanten und Bürgermeisterfamilie nebst Sprößlingen die Festrede zu halten. So unter sich, wagten sie es über die Rebellion und Kämpfe der Jugend gegen die Schulunterdrückung herzuziehen und als Papageiengeschnatter zu bezeichnen. „Unser Land steckt voller Ideologie – und das auswendiggelernte Pagageiengeschnatter ihrer Herolde ist überall zu hören. Ich bin, ehrlich gesagt, immer etwas traurig, wenn junge Menschen mit erhitzten Wangen ihre ärmlichen Sprüchlein nachplappern. Sie, liebe Schülerinnen und Schüler, fühlen sich bestimmt wohler, wenn sie ihren eigenen Kopf gebrauchen.“ (Aus der Rede des Herrn Ministerialrats) Mit dem Notenknüppel allein, mit bloßem Pauken ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Neu entdeckt haben die Bourgeoispolitiker die „ganzheitliche Erziehung“, d.h. die vollständige Unterwerfung unter die Ideologie der Bourgeoisie. Wer aufs Gymnasium geht, soll sich als „etwas Besonderes“ fühlen. Dazu muß er aber erst abgesondert werden. Gern erinnert sich der Rektor an die Zeiten, als die Schule noch Heimschule war: „Da die Lehrer in der Schule zugleich als Erzieher im Heim wirkten, war die Verklammerung zwischen Schule und Heim, die sich im Namen Heimschule ausdrückt, gewährleistet ... Wir dürfen in der Heimschule von einem wirklichen Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer und Schülern sprechen ... Ihr Ziel war und ist der ganzheitlich gerichtete Mensch, in dem alle Anlagen gepflegt werden, und der von sich aus bereit ist, sich zu aktivieren ...“

Der öffentliche Charakter des Gymnasiums ist der Bourgeoisie schon länger zuwider, über private Fördervereine will sie diese Schulen wieder in den Griff bekommen und als Zuchtanstalten für ihren Kaderstamm ausrichten.

In der Festschrift, die anläßlich der Feier erschien, wurde die freiheitliche demokratische Grundordnung als Garant und Wertziel ihres Schmarotzerdaseins herausgeputzt und das Hauptziel des Unterrichts, die Unterdrükkung der Kritik und des Kampfes gegen die bestehende Ausbeutergesellschaft, gefordert.

Bei aller Offenheit, die geboten erscheint, will man das Hauptziel des Unterrichts erreichen, den Heranwachsenden politische Urteilskraft zu ermöglichen („Viele Wege führen nach Rom“) – dem Denken in Alternativen sind eindeutige Grenzen gesetzt. So halten wir die Radikalisierung für bedrohlich wenn nicht gar tödlich für unsere Demokratie, wo Politik Menschenrechte oder Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung verletzt, muß politische Bildung parteilich sein. Also politische Bildung, die sich dem Wertraum des Grundgesetzes verpflichtet weiß.“ (Aus der Festschrift)

Nicht überall wagt die Bourgeoisie es, derartige Feiern vom Stapel zu lassen. Am Graf-Stauffenberg-Gymnasium in Osnabrück wurde die Abiturfeier gleich ganz abgesetzt, aus Furcht, daß es Putz gibt. An der Anette-Schule in Münster haben die Schüler abgelehnt, für die Abiturfeier eine Dankesrede auszuarbeiten, nachdem allein neun Schülerinnen in der Oberstufe ihre Zulassung zum Abitur nicht bekommen haben und von ca. 120 Schülerinnen noch 37 in die mündliche Prüfung müssen. Stattdessen wollen sie ein Theaterstück vorbereiten, in dem sie die Schikanen der „Oberstufenreform“ angreifen und ihre „Zukunftsaussichten“ darstellen. -(Bezirk Münsterland-Emsland, KJB)

Mensaboykott gegen Essenspreiserhöhung

Ludwigsburg. Über zwei Wochen lang boykottierte die überwiegende Mehrheit der Studenten der Ludwigsburger Pädagogischen Hochschule die Cafeteria. Eine Woche lang wurde die Essensausgabe in der Mensa verhindert. Sie forderten die Rücknahme der Mensapreiserhöhung von 1,70 auf 1,80 DM, der überhöhten Preise in der Cafeteria, den Einbau der dort fehlenden Schallisolation und die Selbstverwaltung des Studentenwerks. Drohungen des Studentenwerks mit Anzeigen konnten den Boykott nicht brechen. Die Vollversammlung bekräftigte den Streik. Es ist dem eingesetzten Staats-AStA vorbehalten geblieben, selbst Tische und Bänke wegzuräumen und den Platz für die Essensausgabe freizumachen. Trotzdem wurde am Verhandlungstag der Boykott erneut durchgeführt – der „AStA“-Vorsitzende trat zurück. Das Studentenwerk konnte auf die Spaltung der Studenten setzen und blieb hart. Auf der Vollversammlung mußte der Boykott abgebrochen werden. Die Fachschaft Deutsch hat festgehalten: Bei den Wahlen zum Allgemeinen Fachschaftenausschuß in zwei Wochen muß versucht werden, alle Studenten, die an diesem Boykott beteiligt waren, für einen Zusammenschluß hinter einem gemeinsamen Aktionsprogramm zu gewinnen.

Zaire und das „Vermächtnis" des Vietnam-Krieges

Kriegspropaganda der US-Besatzer auf die „coole" Art

Am Mittwoch, dem 6. Juni, einen Tag nach der vorbereitenden Sitzung der westlichen Imperialisten in Paris zur Neuaufteilung Zaires, beginnt das Programm der American Forces Network Frankfurt mit einer Anti-Raucher-Reklame.

„Denk an deine Familie", und dazu bietet der Frauenclub der US-Besatzer „vielfältige Möglichkeiten" von der Riverboat-Shuffle auf dem Neckar bis zum sonntäglichen Frühstück im Walde. Deutliche Zeichen für die Abgesondertheit von den Volksmassen in Westdeutschland.

Bis gegen Mittag erfährt man überhaupt nichts über die Konferenz in Paris, stattdessen das Ergebnis einer „Umfrage unter der amerikanischen Bevölkerung", die ergibt, daß zwei von drei Amerikanern nicht glauben, daß sich die Sowjetunion an ein etwaiges SALT-Abkommen zur Begrenzung ihrer Rüstung halten würde. So allmählich kommt die Stimmung in Gang und bereitet eine Direktübertragung von Carters Rede vor der Marineakademie in Annapolis vor, die gegen 15.30 Uhr übertragen wird. Eingeblendet vor dem großen Ereignis die Reklame für einen Deutschkurs: *„Ich freue mich, Sie kennenzulernen* (übrigens mit entsetzlichem amerikanischem Akzent) – Das ist die Losung des Tages", sagt der Kommentator. „Und nun schalten wir in die Versammlungshalle der Naval Academy um, wo Präsident Carter vor 954 Absolventen sprechen wird. Die Rede wurde als eine Grundsatzerklärung zur amerikanischen Außenpolitik angekündigt."

Es folgt die Begrüßung durch den Marineadmiral McKay: „Diese Versammlung ist voll von hervorragenden jungen Männern, denn diese Art von Stärke ist nicht auf einige wenige begrenzt, es ist eine uns allen innewohnende Stärke; nicht nur Hingabe, sondern *gemeinsame* Hingabe, *gemeinsame* Erfahrung, *gemeinsame* Liebe füreinander ... Und heute ist es an Ihnen, dies in den Dienst an Ihrem Land zu verwandeln, und ich weiß, daß Sie es gut machen werden. Nun erteile ich unserem Oberbefehlshaber Präsident Carter das Wort."

Der Pfaffe mit den Menschenrechten zwischen den gefletschten Zähnen schlägt einen harten Ton an, seine Stimme klingt rostig: „Die Sowjetunion kann wählen zwischen Kooperation und Konfrontation, aber sie soll wissen, daß die Vereinigten Staaten auf beide Eventualitäten vorbereitet sind ... Wir werden an einer angemessenen nuklearen Streitmacht festhalten, weil wir glauben, daß in einer Lage der weltweiten Abrüstung eine solche angemessene Rüstung die beste Garantie für eine am wenigsten bedrohliche und am ehesten stabile Situation ist. Wir werden an einer klugen und überlegten Verteidigungsausgabe festhalten, womit die Stärke der NATO steht und fällt, und an einer unverminderten Präsenz im Pazifik. Wir und unsere Verbündeten müssen und werden jeder vorhersehbaren Herausforderung begegnen. Amerika hat die Fähigkeit, diese Aufgabe zu leisten ohne übermäßige Opfer für seine Bürger, und die Wahrnehmung dieser Aufgabe zur militärischen Stärke wird belohnt werden." Ein unverhohlenes Programm der Kriegsvorbereitung, der Aggression gegen die Völker der Welt, gegen den revolutionären Befreiungskampf wird bereits wieder aus dem weltweiten Auftrag der USA zur „Friedenssicherung" begründet.

Der Kommentator in den Nachrichten um 18 Uhr bescheinigt Carter „Zurückhaltung" in der Frage des „militärischen Engagements" in Zaire. „Die NATO ist ja von den sowjetischen Einmischungen nicht direkt als Organisation betroffen, wohl aber einzelne ihrer Mitgliedsstaaten, Frankreich, Belgien, Großbritannien, die Vereinigten Staaten."

In seiner Rede huldigt Carter dieser Art imperialistischer Zurückhaltung: „Die Europäer haben eine lange Geschichte ihres Engagements in Afrika. Unsere Rolle ist eher unterstützend im Hinblick auf das, was die Europäer tun. Lassen wir die Europäer und Afrikaner die Führung übernehmen!" Das ist ganz im Stil der weisen Mahnung des Senators McGovern, der wenig später dem Reporter erklärt: „Keine Panik, was immer in Afrika geschieht. Keine Überreaktionen." Und der weitsichtige Berichterstatter schließt logisch: „Die panafrikanische Anti-Aggressions-Streitmacht ist genau das, was die Carter-Regierung sucht: Das Weiße Haus erklärt, es wolle keine Ost-West-Konfrontation in Afrika." Natürlich nicht. Es sind ja die Sozialimperialisten, die die Einmischung und Aggression verübt haben. Und das Besatzerherz sieht schon die „coolen" Jungs auf dem Weg nach Zaire, wenn sich herausstellen sollte, daß die „Europäer" nicht die große Stärke der amerikanischen Nation besitzen, die in der Lage ist, die Welt zu retten. Die armen Weißen in Shaba jedenfalls hätten es schon ganz gerne, wenn Carter nicht so „zurückhaltend" wäre: „Die in Shaba lebenden Europäer hatten gehofft, die Belgier würden bleiben, zumindest bis zu dem Zeitpunkt, wo die afrikanische Friedenstruppe vorwiegend aus marokkanischen Soldaten in Stellung gebracht sein würde."

Ein Hindernis müsse Carter überwinden, meint McGovern. „Ich glaube, der Präsident ist das Opfer eines wenig günstigen und irrationalen Klimas. Eine Seite davon ist das Vermächtnis des Vietnam-Krieges", wirft er dem Kommentator die Bälle zu, der soeben festgestellt hat, daß das amerikanische Volk „kein direktes Engagement der Vereinigten Staaten in Afrika" wünsche. Denn die Realität zwingt zu anderen Entscheidungen: In den Spätnachrichten erfahren die Besatzer, wie richtig und notwendig die „unverminderte Präsenz der USA im Pazifik" ist: „Die Sowjetunion hat den früheren US-Stützpunkt Pam Ran Bay in Südvietnam besetzt." – (Z-Red.)

US-Luftwaffenbasis in Großbritannien verhindert

Am 22. Mai mußte der britische Staatssekretär für die Luftwaffe im Unterhaus bekanntgeben, daß die US-amerikanischen Tankerflugzeuge KC135 nicht auf dem Luftwaffenstützpunkt Greenham Common, Berkshire, stationiert werden können. Die KC135 sollen die Bomber der US-Imperialisten auf dem Weg von den USA nach Europa in der Luft auftanken und so die Angriffsfähigkeit der westlichen Supermacht gegen ihren sozialimperialistischen Konkurrenten erhöhen. Die KC135 ist das lauteste Flugzeug der Welt. Die Stationierung in Greenham Common wurde von einer Massenbewegung verhindert, die über vier Monate lang in mehreren großen Demonstrationen und Unterschriftenaktionen gegen diesen Plan protestiert hatte. In unmittelbarer Nähe des Flugplatzes befinden sich Wohnsiedlungen und Krankenhäuser, wenige Kilometer entfernt ein Kernkraftwerk. Die US-Imperialisten üben starken Druck auf die britischen Imperialisten aus, um die Stationierungsrechte noch in diesem Jahr zu erzwingen. Staatssekretär Wellbeloved erklärte, die Stationierung sei „von überragender Bedeutung ... für die Verteidigung der Freiheit und der Sicherheit des ganzen Volkes in diesem Land und der Länder unserer NATO-Verbündeten". Diese chauvinistischen Appelle nützen nichts. In allen in Frage kommenden Gegenden hat sich bereits starker Protest erhoben. Hoffnungen setzten die Imperialisten auf die Gegend von Fairford in den Cotswolds. Sie halten die Leute dort für stramm konservativ. Der Bischof von Gloucester habe einen großen Einfluß. Am 1. Juni fand in London eine Demonstration von 500 Cotswoldern statt gegen die Stationierung der NATO-Flugzeuge. Der konservative Abgeordnete und der Bischof mußten sich an der Demonstration beteiligen.

geordnete und der Bischof mußten sich an der Demonstration beteiligen.

Schmidts Vorschlag, die Bundeswehr als

Schmidts Vorschlag, die Bundeswehr als „UN Peace Keeping Forces" einzusetzen

Die Offiziere dafür, die Soldaten dagegen

Nach dem NATO-Gipfel vor vierzehn Tagen gab Helmut Schmidt einen Auftritt im ZDF:

„... wenn die Vereinten Nationen in Zukunft in irgendeinem Teil der Welt peace-keeping-operations unterneh ..."

„Friedenssicherung", unterbricht ihn der Reporter –

„ja, Friedenssicherung zu betreiben haben, so werden wir uns überlegen, ob wir, wenn wir gefragt werden, dem nicht zu entsprechen haben."

Gegenüber dem Stern der letzten Woche, der Schmidt zu den Interventionen in Zaire befragt, ließ er weiter raus:

„Wir stehen bei derartigen Krisen keineswegs in der sicheren Nische. Denken Sie nur daran, daß wir Transportflugzeuge der Bundeswehrluftwaffe für die Libanonoperation der UNO bereitgestellt haben. Wir drücken uns nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete äußerst vorsichtig sein müssen."

Stern: Das gilt nur für den Libanon, nicht für Zaire?"

Schmidt: „Auch bei der französischen militärischen Operation in Zaire gab es für ein deutsches Eingreifen keinen Grund. Das zu retten, haben wir ausdrücklich gutgeheißen."

Der Bundeswehr-Einsatz im Libanon umfaßte 53 Transportflugzeuge, die insgesamt 74 LKW's mit Anhängern, 215 Zelte, Funkgerät, Motorräder transportierten. Drehscheibe für den Umschlag dieser Militärgüter war der Flugplatz in Fürstenfeldbruck. Beteiligt an den Flügen waren die Lufttransportgeschwader 61 aus Landsberg/Lech, 63 Hohn bei Rendsburg und die Flugzeugführerschule „S" aus Wunstorf. Wir wissen, daß die Flugzeuge nur von Offizieren geflogen werden, die die Bourgeoisie für solche imperialistischen Unternehmungen durch finanzielle Bestechung und „kostenlose" Ausbildung gewonnen hat.

Nach einer Wahlveranstaltung der SPD in Aurich am 7. April haben neun Soldaten des Sanitätsbataillons einen Brief an den Kriegsminister Apel geschrieben, der diese Wahlveranstaltung durchführte. Sie schrieben:

„Wenn sie für den Frieden sind, warum treten sie dann nicht für das Verbot und die Vernichtung sämtlicher Kernwaffen ein, und für einen Friedensvertrag mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die Souveränität der beiden deutschen Staaten anerkennt? Ein neuer Krieg würde nur darum geführt, welche der beiden Supermächte die Herrschaft über ganz Europa ausdehnen kann, daran haben wir kein Interesse ...".

„Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete überaus vorsichtig sein müssen",

sagte Helmut Schmidt gegenüber dem „Stern". Gegenwärtig ist die Lage in der westdeutschen Armee nicht so, daß die Soldaten marschieren für die imperialistische Bourgeoisie. Neuerlich hat deswegen der Begründer der „Inneren Führung", Graf Baudissin, einen Aufsatz im „NATO-Brief" Nr. 2, März/April, losgelassen, wo er daraufgeht, daß der Politische Unterricht in den Kasernen genutzt werden muß, die Soldaten für den Krieg zu gewinnen, die Armee rauszuputzen.

„Die politische Dimension des militärischen Systems gilt jedoch nicht nur für die oberste Führung, sondern wirkt durch alle Ebenen. Bereits eine Analyse des Kriegsbildes unter diesem Aspekt zeigt, daß Konflikte zwischen sozial-ideologisch antagonistischen Bündnis-Gruppierungen höchst politisch geführt werden. Nicht nur im „Kalten Krieg", auch im „Kalten Frieden" sind Streitkräfte psychologische Ziele. Auf sie richtet sich der indirekte Einsatz des Militärpotentials in besonderem Maße; die Veränderung des Bewußtseins „kapitalistischer" Soldaten muß ein wichtiger Zweck spektakulärer Überlegenheit bleiben."

Gegenüber den Volksmassen will er die Armee rausputzen zu einer Friedensarmee, die erprobt werden soll in „Friedensaktionen" wie in Leer, wo die Soldaten den Julianenpark säubern mußten. Angenehmer wird es für die Bourgeoisie sein, die Armee auch als Schutztruppe einzusetzen, bei sportlichen Veranstaltungen usw., weil es „Männer aus dem Volk" sind, und nicht die Elite-Jungs der GSG 9. Auf diese Tour wird die Bourgeoisie versuchen, den imperialistischen Charakter der Armee zu verdecken. Die Bundeswehr soll als Machtfaktor, als kriegsfähige Armee in der Öffentlichkeit anerkannt werden.

Das Problem dabei ist nur: „durch persönliche Verknüpfungen, aber auch infolge der prinzipiellen Öffentlichkeit gesellschaftlicher Vorgänge bleibt der Soldat seinem sozialen und politischen Herkunftsfeld verhaftet, in das der Wehrpflichtige bereits nach 15 Monaten wieder zurückkehrt".

Offergelds Vorschlag, Entwicklungshelfer mit Wehr- und Zivieldienst gleichzusetzen

Erneuter Anlauf eine eigene Truppe in der Dritten Welt aufzubauen

1961 erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Kalbitzer: „daß wir uns bemühen, mehr geeignete Menschen zu kriegen, die in die Entwicklungsländer gehen, um dort Hilfe zu praktizieren. Dafür braucht man kein besonderes Korps zu schaffen."

Zehn Jahre später begaben sich CDU und SPD in den öffentlichen Streit: „ 1970 hatten wir beim Deutschen Entwicklungsdienst 1018 Experten und Helfer. Ein Jahr später zählte man 999. Das ist Rezession, hier bräuchten wir die Inflation! Woran liegt es eigentlich, daß Frankreich über 40000 Helfer hat, Schweden immerhin 1500 und die Bundesrepublik nur 999?" (CDU-Abgeordneter Roser).

1978, nachdem sich die Zahl der Entwicklungshelfer auf insgesamt 3000 erhöht hatte, wirft der Journalist Dieter Danckwortt die Frage auf: „Haben Freiwilligendienste noch eine Zukunft?" Er stellt fest, daß günstige Bedingungen existieren:

„Gründlich und systematisch wie die Deutschen sind, schufen ihre Abgeordneten im Bundestag ein Entwicklungshelfergesetz und stellten damit im Prinzip die Freiwilligen des Entwicklungsdienstes den Soldaten, die ihren Wehrdienst leisten, gleich. Die Alternative für junge Menschen, entweder Dienst beim Militär zu leisten, einen Zivildienst im eigenen Land oder einen Entwicklungsdienst im Ausland, steht jedoch nur auf dem Papier." (Aus: Der Überblick, März 1978)

Die Intervention des französischen Imperialismus in Zaire, in der Sahara und im Tschad haben den BRD-Imperialisten vor Augen geführt, daß sie mit den 3000 Helfern keine Intervention in der Welt durchführen können, obwohl sie nichts schärfer anvisieren, und dabei auf Entwicklungshelfer als Hilfstruppen zurückzugreifen.

Mit den Entwicklungshelfern als Hilfstruppen hat der Imperialismus seine Schwierigkeiten. Die von der „Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung" (hinter der sich die Bundesregierung versteckt hat) herausgegebene Zeitschrift „Entwicklung und Zusammenarbeit" (E und Z) analysierte in ihrer Ausgabe 6/1977: 65% aller Entwicklungshelfer stimmten der „Aussage zu, daß auch die Bundesrepublik letztlich die Entwicklungsländer ausbeutet. 79% waren der Meinung, die Probleme der Entwicklungsländer könnten nicht durch Entwicklungshilfe, sondern nur durch eine grundsätzliche Veränderung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen gelöst werden." (S.24)

Die Bourgeoisie hat daraus die Schlußfolgerung gezogen, Entwicklungshelfer auszubilden, die militärischem Befehl und Gehorsam unterworfen werden sollen, um den Anforderungen des BRD-Imperialismus gerecht zu werden. Diese Anforderungen sind: Entwicklungshilfe muß – „nicht zuletzt in unserem Interesse – zu der von den Entwicklungsländern gewünschten Integration in die Weltwirtschaft beitragen und sie muß versuchen, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Probleme in politischen Spannungsgebieten lösen zu helfen." (E und Z, Nr.5/78, S.3)

Offergeld, der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, will Entwicklungshelfer, die dafür geeignet sind, denn früher seien „sehr junge Leute, die noch nicht so gefestigt waren, wie man sich das vielleicht wünscht, rausgeschickt" worden.

Mit Unterstützung der gesamten Bourgeoispresse hat Offergeld vor, das ganze Volk auf den Kurs der Intervention einzuschwören. Entwicklungshelfer sind ein Baustein in diesem Konzept. Die rechtlichen Grundlagen sind bereits 1969 geschaffen worden: „Entwicklungshelfer sind keine Arbeitnehmer. Sie gehen ohne Erwerbsabsicht hinaus und erhalten keine Bezüge, die am Wert ihrer Arbeit orientiert sind" (E und Z, Nr.1/77, S.20). Jetzt brauchen nur noch „hilfswillige junge Bundesbürger", die „für ein bescheidenes Salär" und mit „viel Idealismus" arbeiten, her, damit der westdeutsche Imperialismus „sie dann in der Dritten Welt als Bestandteil (seiner) Nord-Südpolitik einsetzen kann" (Generalanzeiger, Bonn, 18.4.78).

Dr. Köhler, CDU-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hat bereits einen konkreten ersten Vorschlag unterbreitet: „im öffentlichen Dienst von Bund und Ländern mehr Stellen zu schaffen und geeignete Leute nach einer Zusatzausbildung für die Spezialaufgaben in Entwicklungsländern im Rotationssystem einzusetzen." (E und Z, Nr. 12/77, S.27) Ein „besonderes Korps", militärischen Pflichten und Rechten unterworfen, nicht der „Freiwilligendienst" ist die Aufgabenstellung, die die Bourgeoisie von Offergeld gelöst sehen will. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Die Besatzertruppen sind ziemlich zersetzt

Hardheim. Der Kasernenverteilertrupp Hardheim des SRK Unterer Neckar traf beim Verteilen der letzten „Volksmiliz", Ausgabe des SRK Unterer Neckar, auf einen amerikanischen Leutnant, der zu den Besatzertruppen gehört, die in der Bundeswehrkaserne Hardheim stationiert sind, und die eine Nike-Rakete-Abschußbasis in der Nähe von Hardheim bedienen. Dieser Leutnant half dann beim Verteilen der „Volksmiliz" mit, auch dann noch, als sein Captain ihn aufforderte, dies zu unterlassen. Für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA hat er 5,60 DM gespendet.

Besatzerrecht

Bremerhaven. Die MIDGARD DSAG ist Generalauftragnehmer für das Löschen und Beladen der Schiffe der US-Army in Deutschland. Im Vertrag mit der Army ist festgelegt, daß die folgenden Angaben über alle Arbeiter und Angestellten an die Army gemeldet werden müssen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort, Personalausweisnummer und Beruf.

Übungen von Bundeswehr und NATO

Aachen. Vom 12. bis 16.6.1978 führt die Bundeswehr eine gefechtsmäßige Fernmeldeübung durch, die sich auf den Raum Geilenkirchen erstreckt. Die Gefechtsbesichtigung „Heißer Blitz 78 II" wird vom 19. bis 21.6.78 durch die Bundeswehr durchgeführt. Die NATO-Übung „CALM-SENCE" findet vom 19. bis 28.6. statt. An dieser Geländeübung nehmen 1200 britische Soldaten teil. Das britische Militär führt vom 26.6. bis 4.7.78 die Fernmeldeübung „Postbox III 78" durch, an der ca. 400 Soldaten beteiligt sind. Die Manöver bzw. Übungen erstrecken sich auf das gesamte Kreisgebiet.

NATO-Alarm zum Wochenende

Hessisch-Lichtenau, PzBtl 53. Am Freitag, den 2.6. begann um 1.30 Uhr nachts NATO-Alarm. Nach dem Packen des Sturmgepäcks mußten die Fahrzeuge aufgerüstet werden. Es wurden nicht nur die einsatzfähigen Fahrzeuge, sondern auch die stillgelegten Fahrzeuge der Kompanie aufgerüstet. Danach wurde auf den Standortübungsplatz ausgerückt, wo bis ca. 10 Uhr Stellung bezogen wurde. Danach Abrüsten und Schluß des NATO-Alarms. Es war – soweit sich auch die Zeitsoldaten erinnern konnten – das erste Mal, daß der NATO-Alarm nach Mittwoch angefangen hat und somit ins Wochenende reinreichte. „Die wollen einen auch noch richtig kaputt ins Wochenende fahren lassen", haben die Soldaten gesagt. Offensichtlich sollte bei diesem NATO-Alarm ausprobiert werden, wie schnell eine Kompanie, ein Bataillon usw. einsatzbereit ist, wenn der Alarm kurz vor dem Wochenende und in der Nacht beginnt.

Bauernaufstand in Guatemala

Am 29. Mai hat die Armee Guatemalas das Feuer auf 200 demonstrierende Bauern eröffnet und 45 von ihnen getötet, wie der „Autonome Gewerkschaftsverband Guatemalas (FASGUA)" mitteilte. Die Bauern forderten die Freilassung von drei Bauern, die tags zuvor von Militäreinheiten verhaftet worden waren. Der Bischof von Vera Paz, Flores Rey, erklärte, daß die Bauern durch den Hunger in den Aufstand gegen die Großgrundbesitzer getrieben würden. Der größte Grundbesitzer in Guatemala ist der US-amerikanische Konzern United Brands (der vor einigen Jahren noch United Fruit Company hieß). Er kontrolliert Eisenbahn, Telefon, Häfen und die „Gesellschaft für landwirtschaftliche Produkte". Die Währung Guatemalas ist fest an den Kurs des US-Dollars gebunden. Die US-Imperialisten haben Guatemala so erbarmungslos in eine Plantage für Kaffee, Bananen und Baumwolle verwandelt, den Bauern das beste Land an der Küste genommen und jeden Versuch der Regierung, einen selbständigen und unabhängigen Kurs zu steuern, mit Terror beantwortet, wie 1954 beim Putsch gegen die Regierung Arbenz, die eine Agrarreform durchführen wollte. Seitdem reißen die Kämpfe der Bauern und Landarbeiter nicht mehr ab.

Hunderttausend Arbeiter streiken in Sao Paolo / Brasilien

Vor vier Wochen haben die Automobilarbeiter in Sao Paolo begonnen zu streiken. Seitdem hat sich der Streik auf die Eisen- und Stahlindustrie, die mechanische Industrie und die Textilindustrie ausgeweitet. Die Automobilindustrie ist vollständig zum Erliegen gebracht. Hunderttausend Arbeiter stehen im Streik, dem größten in Brasilien seit 1968. Die Arbeiter fordern mehr Lohn. Nachdem die Kapitalisten zunächst den Streik durch das Arbeitsgericht haben für ungesetzlich erklären lassen, waren sie, nachdem der Streik immer mehr an Breite gewonnen hat, gezwungen, mit den Arbeitern zu verhandeln. Eine Reihe von Betrieben haben schließlich die Forderungen der Arbeiter nach mehr Lohn akzeptiert. Die Gewerkschaften haben, obwohl ihnen die Gesetze die Führung von Streiks verbieten, in diesen Kämpfen die Organisiertheit der Arbeiter erhöhen können.

Italienische Bourgeoisie greift das Streikrecht an

Revisionisten mit „Selbstregulierung" dabei / Anhaltende Streikbewegung im öffentlichen Dienst

Mitte April hat der Christdemokrat Scalia zusammen mit 146 weiteren Abgeordneten der Democrazia Cristiana im italienischen Parlament einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Regierung zu gesetzlichen Maßnahmen zur Beschränkung des Streikrechts vor allem in den öffentlichen Diensten aufgefordert wird. In 30 Jahren hat es die italienische Finanzbourgeoisie nicht geschafft, gegen die Gewerkschaftsbewegung ihre schon in der Verfassung anvisierte Absicht zu verwirklichen und ein Streikgesetz zu erlassen. Jetzt, wo „sich immer mehr häufende wilde Streiks das gegenwärtige Klima der Unsicherheit verschärfen", dulde die Sache keinen Aufschub mehr, heißt es in dem Antrag. Tatsächlich quält es die Bourgeois, daß über all ihren Aufrufen zur nationalen Einheit und Verteidigung der republikanischen Institutionen kaum eine Woche vergeht, in der die Streikbewegung in den öffentlichen Diensten nicht neue Teile des Staatsapparats ergreift: Schwestern, Pfleger und Ärzte in den Krankenhäusern, Eisenbahner und Postler, die Arbeiter in den Versorgungsbetrieben für Gas, Wasser und Strom, Müllarbeiter und Lehrer, und jetzt haben sogar die Richter für Mitte des Monats einen Streik beschlossen.

Scalia, der Initiator des Entschließungsantrags, ist ein berüchtigter Feind der italienischen Arbeiterbewegung. Vor einigen Jahren, damals noch leitender Funktionär der katholischen Gewerkschaft CISL, war er Protagonist eines fehlgeschlagenen Versuchs zur Abspaltung der CISL von der Aktionseinheit der drei großen Gewerkschaftsbünde, die sich unter dem Druck der Arbeiter seit den 60er Jahren entwickelt hat.

Kaum war der Entschließungsantrag heraus, zogen die revisionistischen und reformistischen Führer der Gewerkschaften einen „Gegenvorschlag" aus der Tasche: Selbstregulierung des Streikrechts durch die Gewerkschaften. Um ein Streikgesetz zu verhindern, müßten die Gewerkschaften selber einen „Verhaltenskodex" aufstellen, der das Gesetz überflüssig macht. Anfang Mai setzte das gemeinsame Sekretariat der drei Gewerkschaftsbünde eine Kommission ein, die noch vor dem Sommer den „Kodex" entwerfen soll. Kürzlich ist einiges von dem bekanntgeworden, was nach Ansicht eines der Kommissionsmitglieder, des CISL-Sekretärs Marini, drinstehen soll: Vor Streiks soll künftig grundsätzlich erst einmal verhandelt werden. Zwischen Streikaufruf und Streikbeginn sollen mindestens 36 Stunden, in einigen Zweigen sogar 14 Tage liegen, womit der Dienstherr Gelegenheit erhält, Vorbereitungen zum Streikbruch zu treffen. Nur noch die nationalen Leitungen oder allenfalls die Provinzleitungen der Gewerkschaften sollen überhaupt zum Streikaufruf befugt sein, auf z.B. einen einzelnen Flughafen oder einen einzelnen Direktionsbereich der Eisenbahn beschränkte Streiks werden ganz für unzulässig erklärt. Mit umfangreichen Notdienstregelungen, z.B. für das Wartungspersonal der automatischen Telefonvermittlung, sollen ganze Kategorien von Arbeitern vollständig des Streikrechts beraubt werden, von der Polizei ganz zu schweigen. (Als einzige Lohnabhängige haben Polizisten und Soldaten auch bisher gesetzlich kein Streikrecht.) Schließlich werden Streiks zu bestimmten Tages- und Jahreszeiten ausgeschlossen, bei Eisenbahn und Fluglinien z.B. zu Weihnachten und Ostern sowie in der sommerlichen Hochsaison, bei Post und Rentenversicherung für die Zeit der Rentenzahlung, bei den Nahverkehrsbetrieben zu den Hauptverkehrszeiten. Der Generalsekretär der CGIL-Gewerkschaft für den Nahverkehr hat es vor einigen Wochen passend gefunden zu bemerken: „Schon seit Jahren sind unsere Streiks sehr ‚diskret'."

Die Regierung hat diese Lage, in der die Gewerkschaftsführer, statt das Streikrecht zu verteidigen, seine Einschränkung selbst betreiben, gleich genutzt, um auszuprobieren, wie weit sie schon gehen kann. Am 11.5. wurden Ermittlungsverfahren gegen die leitenden Funktionäre der Pilotenvereinigung ANPAC eingeleitet, das Büro der ANPAC in Rom von den Carabinieri durchsucht, Rundschreiben und Protokolle beschlagnahmt. Die ANPAC hatte nach der Entlassung eines Piloten einen „Dienst nach Vorschrift" organisiert. Dem Generalsekretär der sozialistischen Gewerkschaft UIL dämmerte: „Heute beginnt man bei der ANPAC, aber wer sagt uns, daß nicht morgen wir an der Reihe sind." Niemals in den letzten Jahren hatte die Polizei wagen können, gegen Gewerkschaftsbüros vorzugehen.

Der revisionistische Abgeordnete Sarti, zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der städtischen Betriebe, äußerte – ebenfalls Mitte Mai – in einem Interview, der inzwischen eingebrachte Gesetzentwurf gehöre „nicht zu den schlechtesten", trotzdem seien sie für „Selbstregulierung". „Warum? Auch, weil der Verhaltenskodex die Zustimmung der Arbeiter haben muß, sonst wäre er undurchführbar." Die Revisionisten erinnern daran, daß vorderhand ihr Spaltergeschäft nicht einfach durch den Polizeiknüppel zu *ersetzen* ist. Aber vielleicht doch damit zu *verbinden?* „Man könnte dann mit Zustimmung der Beteiligten an eine gesetzliche Verankerung (des „Kodex", d. Red.) denken." „Für schwere Fälle gibt es schon das Instrument der Dienstverpflichtung", empfiehlt Marianetti, stellvertretender Generalsekretär der CGIL, die von Revisionisten und Reformisten geführt wird. Im letzten Dezember stimmten die revisionistischen Gewerkschaftsführer zu, als die Regierung einen Streik der Fährschiffer zwischen dem italienischen Festland und Sizilien mit Dienstverpflichtungen niederschlug.

In den letzten Jahren hat die Spalterpolitik der Reformisten und Revisionisten zu einem Aufblühen berufsständischer „autonomer Gewerkschaften" geführt. So schlossen die Gewerkschaftsbünde zu Jahresbeginn für das nichtärztliche Personal an den Krankenhäusern einen Tarifvertrag ab, der für die nächsten drei Jahre nur eine Lohnerhöhung von 50000 Lire (125 DM) vorsieht. Den ständischen Ärzteverbänden gelang es daraufhin, unter der Forderung nach 100000 Lire mehr nur für die Ärzte einen Streik gegen einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Krankenhausbeschäftigten zu organisieren. Bei der Eisenbahn war der Einfluß der innig mit den Christdemokraten verbundenen autonomen Gewerkschaft bis vor einigen Jahren ganz auf den Süden des Landes beschränkt. Wenn heute die autonome Gewerkschaft zum Streik aufruft, grundsätzlich mit anderen Forderungen und zu anderen Zeiten als die Gewerkschaftsbünde und in zersplitterten Formen, gelingt es ihr, auch Bahnhöfe im Norden wie Mailand und Bologna vollständig lahmzulegen.

Im Herbst beginnen die wichtigen Tarifkämpfe in der Metall-, Chemie- und Textilindustrie und bei den Landarbeitern. Mit den Angriffen auf das Streikrecht trifft die Bourgeoisie ihre Vorbereitungen. Mit den anhaltenden Streiks in den öffentlichen Diensten trifft die Arbeiterbewegung die ihrigen. – (Z-Red.)

In Antwerpen sind die Löhne „zu hoch"

„Deutscher Drang" an die Schelde hat Tradition

Gewerkschaften haben, obwohl ihnen die Gesetze die Führung von Streiks verbieten, in diesen Kämpfen die Organisiertheit der Arbeiter erhöhen können.

Britische Fregatten für Menschenrechte unterwegs

Den Volksmassen Argentiniens soll neue Hilfe zuteil werden. Lange hat die britische ‚Linke', also Revisionisten und Reformisten mit den jeweiligen trotzkistischen Auswüchsen daraus, die Frage diskutiert, ob es den britischen (und argentinischen) Massen erlaubt sein soll, die „Tore zu genießen". Vorläufiger, nicht unangefochtener Zwischenstand ist: „Genießt die Tore, aber vergeßt die Gefängnisse nicht!" Jetzt hat die Labour-Regierung handgreiflicheres in Aussicht gestellt. Im Mai verließ nach Ankündigungen des Verteidigungsministeriums eine Einheit der Königlichen Marine Großbritanniens, um sich bis zum Jahresende in nord- und südamerikanischen Gewässern bei Übungen und Hafenbesuchen aufzuhalten. Ein Hubschrauberträger, ein atomgetriebenes U-Boot, ein Zerstörer, vier Fregatten und drei Versorgungsschiffe sind dabei. Mit Sicherheit werden sie die *Falklandinseln* anlaufen, eine vor der argentinischen Küste gelegene britische Kolonie. Argentinien fordert den Abzug der Briten von diesen zu Argentinien gehörenden Inseln und hat zur Unterstreichung dieser Forderung vor kurzem eine Insel, die zu den Falklands gehört, besetzt. Die britische Regierung will nicht abziehen und beruft sich auf 1900 Siedler, die dagegen seien. Von der strategischen Bedeutung des Flottenstützpunktes, von den Antarktisbeziehungen Großbritanniens, die von hier aus militärisch gesichert werden, von den kürzlich entdeckten großen Ölvorkommen und den reichlichen Fischschwärmen sagt die britische Regierung nichts. Die opportunistische „Linke" schließt sich größtenteils der Auffassung der Regierung an, kleinere Teile halten die Forderung Argentiniens „irgendwie für gerechtfertigt". *Alle* sind sich einig: Auf keinen Fall dürfte der britischen Regierung erlaubt werden, die Inseln an Argentinien unter *dieser* Regierung zu geben. Da die britischen Imperialisten das sowieso nicht vorhaben, schicken sie jetzt die Flotte. Vielleicht wird es eine „Befreiungsaktion" auf der Insel geben, die Argentinien besetzt hat. Das würde sicherlich viel Beifall auf der „Linken" geben. Aber auch ohne das wird der Flottenbesuch warm begrüßt werden, dient er doch den „Menschenrechten". Schade nur, daß die argentinischen Arbeiter und Bauern es an Verständnis für diese Fürsorge fehlen lassen. Diese fordern nämlich den *Abzug* der Briten. – (Korrespondentenbericht London)

In Antwerpen sind die Löhne „zu hoch"

„Deutscher Drang" an die Schelde hat Tradition

Vor einigen Tagen ging ein Herr namens Wilps, Vorsitzender der Berufsvereinigung Schiffahrt im Wirtschaftsverband der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, mit den belgischen Bourgeois scharf ins Gericht: Die Löhne im Antwerpener Hafen seien entschieden zu hoch. Trotz mehrfacher Warnungen hätten sie sich seit 1973 verdoppelt. Demgegenüber sei es ihnen und den niederländischen Hafenkapitalisten gelungen, mit einem nominalen Lohn„anstieg" von 37 bzw. 43 Prozent doch recht erfreuliche Lohnsenkungen durchzusetzen. Besonders beunruhigend sei die Tatsache, daß trotz einer 50%igen Produktivitätssteigerung in den Antwerpener Stahlumschlagsplätzen der „Lohnkostenanteil" dort weiter gestiegen sei. Kurzum, ohne „Lohnmäßigung" der Arbeiter sei die „Wettbewerbsfähigkeit" des Antwerpener Hafens stark gefährdet.

Den belgischen Finanzbourgeois mag die Schelte ungerechtfertigt hart vorgekommen sein. Schließlich haben sie in den letzten Jahren keine Lohnerhöhung außer der gesetzlichen „Angleichung" an die amtliche Preissteigerungsrate gezahlt und stehen sie in puncto Lohnsenkungen ihrer westeuropäischen Konkurrenz in nichts nach. Gleichzeitig haben sie die Schraube der Ausbeutung immer fester angezogen. Wo 1951 noch rund 20000 Hafenarbeiter 28,4 Mio. t luden oder löschten, mußten 1975 knapp über 10000 Arbeiter fast 61 Mio. t bewegen. Diese gewaltige Steigerung der Schweißauspressung sucht in den westeuropäischen Häfen ihresgleichen. Trotz aller Anstrengungen haben sie den Lohn der Antwerpener Hafenarbeiter jedoch nicht völlig auf das – in den sechziger Jahren bis zu einem Drittel niedrigere – Lohnniveau der Hamburger oder Bremer Docker drücken können. Die etwas höheren Löhne, die sich die Hafenarbeiter in Antwerpen erkämpfen konnten, bilden nicht nur eine gewisse Schranke für die Versuche, die Löhne in den westdeutschen Häfen noch weiter zu senken, sie gehen, wie Wilps gallig feststellte, den BRD-Imperialisten direkt an den Profit.

Der größte Teil der Übersee-Exporte aus den Industriegebieten Nordrhein-Westfalens und aus dem Saarland wird nämlich über Antwerpen verschifft: Eisen- und Stahlprodukte (27% aller Ladungen in Antwerpen), chemische Erzeugnisse, Autos „aus deutschen Landen" in alle Welt; Mineralöle, Erze, Getreide, Hölzer u.a. in umgekehrter Richtung. Von den über 17000 Schiffen, die 1975 den Hafen Antwerpen verließen, fuhr die mit 3383 Schiffen größte Flotte unter schwarz-rot-goldener Flagge; die zweitgrößte Flotte, die großbritannische, umfaßte 2357, die belgische gerade 461 Schiffe. Zwar tönen die westdeutschen Imperialisten heute nicht wie ihre Vorgänger um die Jahrhundertwende offen in die Welt hinaus: „Antwerpen hat Deutschland zum Hinterland und kann insofern als deutscher Hafen bezeichnet werden", aber ihre Vormachtansprüche sind ungebrochen, und was die Löhne angeht, wünschen sie ein gewichtiges Wort mitzureden.



Nach einem mehrtägigen Streik setzten im Februar diesen Jahres die Chemiearbeiter im Hafen von Antwerpen – im Bild die Arbeiter von Bayer – eine Lohnerhöhung von 2,5 belgischen Francs pro Stunde durch. Die Kapitalisten hatten nichts zahlen wollen.

Auch als Industriehafen ist Antwerpen für die BRD-Imperialisten dabei von größter Bedeutung. Nach Esso, General Motors, Ford und anderen US-Monopolen errichteten BASF, Bayer und Degussa große Produktionsstätten im Hafengebiet – zwei Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, um dem Bayer-Werk Platz zu machen –, um sich in den Genuß der großen Standortvorteile zu bringen. Auch in den letzten Jahren liegen die BRD-Imperialisten bei den Neuinvestitionen in Antwerpen nach Belgien und den USA an dritter Stelle. Ein weiterer Grund für die westdeutschen Bourgeois, „Lohnmäßigung" zu verlangen.

Der „deutsche Drang" an die Schelde hat Tradition: „Die bedeutendsten Bankiers und Handelshäuser hatten hier Comptoire und Niederlassungen ... Täglich liefen etwa 500 Fahrzeuge ein und aus, während jede Woche 2000 Frachtwagen nach Deutschland und Frankreich abgingen." Das war im 16. Jahrhundert – die Habsburger hatten durch Heirat seit langem die damals mächtige und reiche Handelsstadt an sich gerissen. Sie verloren sie bald darauf an Spanien, und „der Abstieg Antwerpens begann", zumindest jedenfalls der Abstieg der in Antwerpen Handel treibenden deutschen Kaufleute. Die großen Warenströme von und nach Deutschland versickerten im 18. Jahrhundert gänzlich aufgrund der Scheldesperre durch die Niederlande, bis sich 1795 die deutschen Kaufleute die „Freiheit der Schiffahrt auf der Schelde" zurückerkämpften. 1834/35 begann Belgien, das sich gerade erst als unabhängiger Staat konstituiert hatte, mit dem Eisenbahnbau. 1843/44 wurde bereits die Linie Köln-Lüttich-Antwerpen eingeweiht, die die großen westdeutschen Industriegebiete mit dem belgischen Hafen verband; 1865 folgte eine weitere Linie über Hasselt und Maastricht; 1880 schließlich wurde die Strecke Antwerpen-Mönchengladbach fertiggestellt. Mit der „Internationalisierung des Rheins und der Gewässer des Rhein-Maas-Schelde-Deltas" 1863 und dem Bau bzw. Ausbau der Kanalverbindungen erschloß sich das „natürliche Hinterland" endgültig die Zugänge zur „Drehscheibe des westeuropäischen Handels".

Erneut erwachten Annexionsgelüste. In den deutsch-französischen Verhandlungen 1865 – 67 bot Bismarck Napoleon III. die französischsprachigen Gebiete Belgiens an, um seinerseits den flämischen Teil samt Antwerpen „heim ins Reich" zu holen. Der höchst geheimgehaltene Plan scheiterte an den scharf aufbrechenden Widersprüchen zwischen Deutschland und Frankreich. Dessenungeachtet zog es die deutschen Kaufleute weiter nach Antwerpen, das durch die Ausplünderung der belgischen Kolonien in Afrika noch an Bedeutung gewann. „Wenn man aus den Straßen der Stadt heraus an das Scheldeufer tritt, so grüßen die mächtigen Schilder des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika-Linie und anderer Gesellschaften", schwelgte 1917 in einer Rede zu Ehren des kaiserlichen Geburtstages ein deutscher Professor in Vorkriegserinnerungen. Die deutschen Kaufherren von Mallinckrodt, Fuhrmann, Karcher, Rieth, Weber, Bracht, von Schuchardt beherrschten den Antwerpener Woll-, Petroleum-, Getreide-, Fleisch- und Waffenhandel. Andere errichteten rund um Antwerpen Wollfärbereien, Chemiefabriken, eine Guanofabrik, Drogerien und Zuckerfabriken. In ihrem Gefolge hatten sich in der damals 300000 Einwohner großen Stadt 20000 Deutsche niedergelassen, sowie weitere 10000, die geschäftehalber die belgische Staatsbürgerschaft annahmen. „Wird nun Antwerpen deutsch werden?", fragte erwartungsvoll der bereits zitierte Professor, nach seinen Abschweifungen in die Geschichte ins Jahr 1917 zurückkehrend, in dem Antwerpen vom deutschen Imperialismus besetzt war, und gab Wilhelm II. zur Antwort den Rat, „daß wir einen solchen Schatz niemals wieder herausgeben dürften".

Man *mußte* diesen Schatz herausgeben; ebenso 1944, nach dem nächsten Anlauf, wobei die deutschen Imperialisten es bei ihrem Abzug peinlichst vermieden, den Hafen zu zerstören. Sie wußten, warum. Es dauerte keine zehn Jahre, bis sie sich ihre alte Vormachtstellung im Antwerpener Hafen zurückerkämpft hatten. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Gestaffelte Erdölpreise im RGW

Die UdSSR plündert alle aus, aber zu jeweils anderem Preis, um zu spalten

Fast 90% des Bedarfs an Erdöl und Erdölprodukten der RGW-Länder wurden 1976 aus der UdSSR importiert. Durch Errichtung des Erdölmonopols innerhalb des RGW plündern die Sozialimperialisten diese Länder zur Erzielung von imperialistischen Extraprofiten aus und können einen wichtigen Teil ihrer Wirtschaft unter Kontrolle halten. Nach den Preiserhöhungen 1975 stiegen die Exporterlöse der Sozialimperialisten für Energielieferungen in den RGW innerhalb eines Jahres von 1,5 auf 3,5 Mrd. Transferrubel. Davon betrugen die Mehreinnahmen durch Preiserhöhungen allein 1,4 Mrd. Transferrubel, was z.B. dem Wert der gesamten sowjetischen Einfuhr aus Ungarn entspricht.

Die Preise für sowjetisches Erdöl werden mit den RGW-Ländern in Einzelverhandlungen und in unterschiedlicher Höhe von den Sozialimperialisten festgesetzt, um so größtmögliche Spaltungs- und Erpressungsmöglichkeiten zu schaffen. Dies sieht man an folgender Tabelle:

Preise für Rohöl und Rohölprodukte der Sowjetunion im Außenhandel mit den Ländern des RGW

	Rubel pro Tonne					Preissteigerung gegen das Vorjahr in Prozent				Index 1976*
	1972	1973	1974	1975	1976	1973	1974	1975	1976	
Bulgarien	14,9	14,6	15,2	34,2	37,5	–2,5	4,1	126,0	9,6	252
CSSR	16,3	16,4	16,3	30,9	34,1	0,7	–0,8	89,6	10,4	209
DDR	14,1	14,2	18,8	28,2	32,1	0,7	32,4	50,0	13,8	228
Polen	16,5	17,4	20,6	39,5	42,0	5,5	18,4	91,7	6,3	254
Ungarn	17,0	17,9	17,1	41,0	44,7	5,3	–4,5	139,8	9,0	262
Kuba	13,1	15,4	17,8	30,8	32,7	17,6	15,6	73,0	6,2	250
RGW insg.**	15,5	16,0	18,2	33,5	36,8	3,6	13,4	84,1	9,9	237

* auf der Basis von 1972 gleich 100 ** einschließlich Mongolei
Quelle: Statistische Jahrbücher des Außenhandels der UdSSR

1977 wurde der Preis für Rohöl und Rohölprodukte um 33,7% auf 49,2 Rbl/t. und Anfang 1978 um 21,4% auf 59,7 Rbl/t. durchschnittlich weiter erhöht, für die nächsten zwei Jahre sind Preiserhöhungen von mindestens 20% pro Jahr zu erwarten.

1958 hatten die RGW-Länder vereinbart, die Außenhandelspreise für die laufenden Fünfjahrplanperioden auf der Basis des Durchschnitts der Weltmarktpreise des jeweils zurückliegenden Planjahrfünfts zu bilden. 1973 erklärte der sowjetische stellvertretende Außenhandelsminister I.F. Semitschastnow, daß die Sowjetunion ihre „Pflicht der Versorgung" der osteuropäischen Mitgliedsstaaten des RGW „mit Erdöl und Ölprodukten" ohne „Preiserhöhung vollständig erfüllen" werde. Zwei Jahre später brachen die Sozialimperialisten die Vereinbarung und zwangen die RGW-Länder, eine Änderung der Preisbildung zu akzeptieren: den Preisverhandlungen für das Jahr 75 wurden die durchschnittlichen Weltmarktpreise der drei Jahre 72, 73 und 74 zugrundegelegt, also der Jahre, in denen die Weltmarktpreise hochschnellten. Ab 76 werden die Preise jährlich verhandelt.

Die Sozialimperialisten benutzen ihre Monopolstellung in den Einzelverhandlungen über Öllieferung und Ölpreis, in denen Warengruppe gegen Warengruppe verhandelt wird, um ihre „internationale Arbeitsteilung" durchzusetzen und die Länder zu bestimmten Warenlieferungen zu zwingen, so z.B. Bulgarien zur Lieferung von Maschinen. Breschnew bemerkte dazu: „Fragte man uns, was der sozialistische Internationalismus bedeutet, würden wir antworten: Sehen Sie sich die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Sowjetunion an. Gerade das ist sozialistischer Internationalismus in Aktion." Weiterer Beweis für den „sozialistischen Internationalismus in Aktion" sind die reichen Uranvorkommen Ungarns, die Ungarn dringend für die eigene Energieerzeugung benötigte, über die es jedoch nicht verfügt: sie stehen unter sowjetischer Kontrolle und Leitung. Ungarn stellt die Arbeitskräfte, die gesamte Fördermenge wird in die UdSSR verfrachtet.

Ihre Monopolstellung nutzen die Sozialimperialisten weiterhin, die RGW-Mitgliedsstaaten zu zwingen, sich an der Erschließung der sibirischen Erdölvorkommen und anderer Projekte zu beteiligen. „Die Verbesserung der Versorgung der Mitgliedsländer des RGW mit Roh- und Brennstoffen schließt seit 1971 die Verpflichtung der interessierten Länder ein, sich bei Erdöl, Erdgas, Kupfer, Zellstoff und Asbest am erhöhten Investitionsaufwand in der UdSSR zu beteiligen. Für den Zeitraum nach 1975 gilt diese Vereinbarung auch für... Elektroenergie." (Kraft: Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW auf dem Gebiet der Investitionen, DDR) Für den Bau der Erdgasleitung Orenburg zur tschechischen Grenze mußten die RGW-Staaten allein 12000 Arbeiter abkommandieren. Um genügend Öl zu bekommen, mußte Polen die Durchlaßfähigkeit der transkontinentalen Erdölleitung „Freundschaft" zwischen Kuibischew und den europäischen Staaten erhöhen und dafür einen Kredit vom Bankrat des RGW von 42,5 Mio Rubel zu einem Zinssatz zwischen 3 und 5 Prozent aufnehmen. Für die Gelder, die die RGW-Staaten den Sozialimperialisten für ihre Projekte zur Verfügung stellen müssen, bekommen sie dagegen nur 2%.

Aufgrund der Ausplünderung der RGW-Staaten durch die Sozialimperialisten, gesichert durch deren Besatzertruppen, verfügen die RGW-Staaten nur über geringe Währungsreserven. Dies ist ein zusätzliches Mittel der UdSSR, die Länder wirtschaftlich unter Kontrolle zu halten, da diese dadurch nur geringe Möglichkeiten haben, außerhalb des RGW zu kaufen.

Die Sozialimperialisten können jedoch den gestiegenen Bedarf des RGW an Erdöl kaum mehr decken, da die an der Oberfläche liegenden Erdölvorkommen Sibiriens durch ungezügelten Raubbau bereits weitgehend abgebaut sind und die Förderung tieferliegender Lager mit hohen Investitionskosten verbunden ist. Um ihr Erdölmonopol aufrechtzuerhalten, direkte Beziehungen zwischen den RGW-Staaten und den erdölproduzierenden Ländern der Dritten Welt zu unterbinden, versuchen sie jetzt, selber Öl bei der OPEC zu kaufen, um es dann weiterzuliefern.

Diese profitable Monopolstellung ist jedoch gefährdet. Rumänien bezieht bereits ohnehin kein Erdöl aus der UdSSR, sondern nur aus arabischen Ländern. 1978 wird die OPEC insgesamt 3 Mio. t Erdöl an die CSSR liefern und damit die Erdölabhängigkeit der CSSR vom Sozialimperialismus um ein Siebtel verringern. Polen bezog bereits 1976 dieselbe Menge aus arabischen Ländern. Bulgarien hatte 1976 seine Erdöleinfuhren aus dem Iran um 50% auf 600000 t erhöht und Anfang dieses Jahres den Vertrag erneuert. 1978 soll die einheimische Kohleförderung Bulgariens um 13% erhöht und die petrochemische Industrie ausgebaut werden. Die ungarische Regierung erstellte 1977 einen langfristigen Energieplan mit einer Laufzeit bis 1990. Die einheimischen Kohleressourcen, die zum großen Teil noch unerschlossen sind, sollen verstärkt abgebaut und die Kohleförderung bis 1980 auf jährlich 30 Mio. t gesteigert werden. Bei Kiskunhalaz wurde ein neues Erdölfeld in Produktion genommen, dessen Förderung bis 1982 auf 300000 t gesteigert werden soll. Weiter werden Ungarn und die CSSR an die jugoslawische „Adria-Ölleitung" angeschlossen, um die direkte Belieferung mit Erdöl aus den OPEC-Ländern zu ermöglichen. Ungarn will bis 1980 ein Viertel seines Bedarfs über diese Erdölleitung decken. Mit dem Irak zusammen werden gemeinsame Ölbohrungen unternommen. Weiter plant Ungarn die Nutzung der Braunkohlevorkommen und die Errichtung eines Kohlekraftwerks mit einer Leistung von 300–600 MW. – (Korrespondentenbericht Wien)

Britischer Konzern Lonrho wird von Tansania nationalisiert

Wegen Aktivitäten gegen den Befreiungskampf im südlichen Afrika

Die Regierung Tansanias hat am 2. Juni bekanntgegeben, daß der britische Konzern Lonrho binnen dreier Monate aus dem Land verschwinden muß. Lonrhos tansanische Tochtergesellschaften müssen bis dahin an den Staat verkauft werden. Vor mehreren Jahren hatte Tansania bereits Lonrhos Sisalplantagen und andere Betriebe nationalisiert. „Es ist für Tansania unmöglich", heißt es in der Begründung, „einem Geschäftsunternehmen zu erlauben, in diesem Land zu operieren, wenn es dafür bekannt ist, den Freiheitskampf im südlichen Afrika durch seine sonstigen Aktivitäten untergraben zu haben." Lonrho sprach von einem „total falschen Bild über die Aktivitäten im südlichen Afrika, das in der Erklärung gezeichnet wird". Das Bild, das Lonrho gern von sich verbreitet: „Wir glauben an das unabhängige Afrika. Wir werden alles tun, was wir können, um den unabhängigen afrikanischen Ländern zu helfen, ihr volles ökonomisches Potential zu erreichen", so der Generalbevollmächtigte Rowland, der Lonrho anführt. Rowland prahlt viel mit seinen „ausgezeichneten Beziehungen zu afrikanischen Politikern". Seine besten Freunde säßen in afrikanischen Regierungen und Befreiungsbewegungen, stimmt die bürgerliche Presse ein. Rowland hat der britischen Regierung vor vier Wochen angeboten, als britischer Hochkommissar anstelle von Lord Carver in einer eventuellen Übergangszeit nach den anglo-amerikanischen Vorschlägen für Zimbabwe zu fungieren. Im letzten Jahr hat er ein Treffen zwischen Präsident Kaunda von Sambia und dem Siedlerchef Smith organisiert. Tansania hat den Hinauswurf Lonrhos ausdrücklich mit dessen politischen Intrigen begründet: „Lonrho stellt sich durch seinen Generalbevollmächtigten selbst als Freund des freien Afrika dar und zögert in diesem Zusammenhang auch nicht, sich in die Politik im südlichen Afrika einzumischen, vor allem in Zimbabwe." Die Tatsachen zeigen, daß „diese Beteuerung der Freundschaft eine hohle Schande ist".

Die „London and Rhodesia Mining and Land Limited" (London und Rhodesien Bergbau und Land GmbH) gehört seit ihrer Gründung 1906 zu den größten Ausbeutern des Volks von Zimbabwe. Bergwerke und landwirtschaftliche Produktion, vor allem Rindermast und Zuckerrohr, waren die Haupteinnahmequellen. Von 1961 an hat Lonrho ein gewaltiges Expansionsprogramm durchgeführt. Der Umsatz stieg von 4 Millionen Pfund 1961 auf 1,257 *Milliarden* Pfund 1977, die ausgewiesenen Profite vor Zinszahlung und Steuern von 180000 Pfund (1961) auf 104,98 Millionen 1977 und schließlich die Dividende pro Aktie im Nennwert von 25 Pence von 0,44 Pence auf 27,4 Pence.

Lonrhos Expansion – Anfang der 60er Jahre wurde der harmloser klingende Kurzname eingeführt – ist der Versuch des britischen Finanzkapitals, soviel wie möglich von den afrikanischen Nationalstaaten in neokolonialer Abhängigkeit zu halten und sich gegen die Konkurrenz vor allem des US-Imperialismus, aber auch der französischen und anderen westeuropäischen Imperialisten einen möglichst großen Anteil an der Ausplünderung Afrikas zu erhalten. Die Expansion Lonrhos, das eng mit den britischen Großbanken, vor allem Barclays und Lloyd's, verknüpft ist, bestand im wesentlichen im Aufkauf kleinerer Kolonialgesellschaften, meistens britischer. Dabei wechselte selten Bargeld die Hände, die Besitzer der alten Gesellschaften wurden mit Lonrho-Aktien abgefunden. 1961 machte Lonrho so seine ersten Schritte nach Sambia, damals mit Rhodesien und Malawi noch Teil der kolonialen „Zentralafrikanischen Föderation". Dort setzten sich die Lonrho-Imperialisten mit dem Kauf von Zeitungen, Brauereien, Automobilvertretungen fest. In den nächsten Jahren kaufte Lonrho Sisalplantagen in Tansania, die Consolidated Holdings Ltd., die die gesamte Kaffeelagerung, -sortierung und den Vertrieb der Ernte Kenias und zum Teil aus Ugandas betrieb, die Ashanti-Goldfelder in Ghana, die John-Holt-Gesellschaft in Nigeria, eine alte Kolonialgesellschaft, die vor allem über Landwirtschaftsprojekte und Pharmazieproduktion und Vertrieb an der Ausplünderung beteiligt war.



Hartnäckig hat Lonrho, Besitzer bedeutender Eisenbahnlinien in Afrika, versucht, den Bau der Tansam-Bahn zu torpedieren. Unter anderem schlug Lonrho Konkurrenzlinien durch das damals noch koloniale Angola oder durch Zaire vor, immer unter Lonrhos Kommando. Verbissen verteidigen die Imperialisten ihr Transportmonopol. Tansania und Sambia haben die Bahn mit Unterstützung der Volksrepublik China selbst gebaut. Die Tansam-Bahn hat eine große Bedeutung für den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika. Sie macht Sambia, einen vorgeschobenen Posten Afrikas gegen die Imperialisten, unabhängig von den Linien durch Zimbabwe und damit Erpressungsversuche der Imperialisten zunichte. Dementsprechend groß ist deren Haß auf diese Errungenschaft.

Verbunden mit einer gleichzeitigen Expansion in Zimbabwe und Azania fühlten sich die britischen Finanzkapitalisten Ende der 60er Jahre so stark, mit den belgischen und französischen Imperialisten um die Beherrschung Zaires zu konkurrieren. Sie kauften Lonrho in die Gesellschaft Cominière ein, die vor allem wegen ihrer Eisenbahnen, Kraftwerke, Wasserversorgungen usw. von Interesse war. Gleichzeitig traten sie – erfolglos – in Konkurrenz zur Union Minière um die Aufträge für den Betrieb der Kupferminen Zaires. 1969 wurde in einem Land des früheren französischen Kolonialgebietes, in der Elfenbeinküste, ein großes Zuckerprojekt gebaut, 1973 wurden Vorstöße bis nach Kamerun gemacht. Wir haben nur die wichtigsten Expansionsbewegungen genannt, viele kleinere koloniale Firmen wurden mitgeschluckt.

Die Basis für diese Manöver war die wachsende Ausspressung Zimbabwes und Azanias. Die rhodesische Siedlerzeitung „Property and Finance" (Grundeigentum und Finanz) errechnete für 1974, daß 75% der Profite Lonrhos (nach Versteuerung) aus Zimbabwe stammten. Einer der Direktoren gab für 1973 an, daß von den Gesamtprofiten der Gesellschaft 45% nach Steuern aus Zimbabwe kämen.



Landarbeiter bei der Zuckerrohrernte in Zimbabwe. Zucker ist Lonrhos landwirtschaftliches Hauptgeschäft.

Die Zahlen stehen nicht im Widerspruch, denn alle Bergwerke in Zimbabwe wurden kurz vor der „Unabhängigkeitserklärung" des Smith-Regimes 1965 in eine südafrikanische Tochtergesellschaft eingebracht, so daß nun die Profite als in Südafrika gemacht gelten und auch ohne Schwierigkeiten nach Großbritannien geschafft werden können. 1974 hatte Lonrho 40 Tochtergesellschaften in Zimbabwe, allein 8 waren seit 1973 dazugekommen. Vor allem der Bergbau wurde im großen Umfang ausgedehnt, Lonrho wurde schnell einer der führenden „Neuerschließer", also der Landräuber, die auf dem Boden der afrikanischen Bauern neue Bergwerke errichteten.

Die Plantagen und Rinderzuchten Lonrhos in Zimbabwe sind die zweite Hauptquelle der Riesenprofite.

Lonrho gehören auch die größte Textilverarbeitungsfirma Zimbabwes (Whithead & Son), Automobilmontagewerkstätten, Importfirmen usw. usf. Unter anderem werden Mercedes-Benz und VW importiert (Lonrho besitzt die VW-Vertriebsfirma in Großbritannien und ist in ganz Afrika mit den Montagewerken und Vertriebsgesellschaften VWs und Fords eng verbunden. Mit dem Ankauf von Anteilen an der Wankel-Motorgesellschaft entstand eine weitere enge Verbindung zwischen VW und Lonrho). In Azania betreibt Lonrho seit Ende der 60er Jahre die Western Platinium Bergwerke mit reichem Vorkommen.

Für dieses Programm braucht die britische Finanzbourgeoisie die entsprechende Gangsterbande. Rowland war Ranch- und Bergwerksbesitzer sowie Automobilimporteur in Rhodesien, bevor er im Gegenzug für seine Firmen ein Paket Lonrho-Aktien erhielt und Generalbevollmächtigter wurde. Der vor wenigen Wochen gestorbene Vorsitzende des Vorstands, Lord Duncan-Sandys, war seit 1930 im diplomatischen Dienst, 34 Jahre lang Parlamentsmitglied und von 1943 bis 1964 fast ununterbrochen Staatssekretär oder Minister, Staatssekretär u.a. für die Kriegsproduktion im Zweiten Weltkrieg, als Minister zwischen 1960 und 1964 verantwortlich für die Ressorts Kolonialfragen und Commonwealth-Beziehungen.

Einer der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden, Bolton, war 20 Jahre lang ein Direktor der Bank von England. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen, über einen Offizier des Geheimdienstes M 16 bis zum Ehemann der Prinzessin Alexandra ist oder war alles Gelumpe vorhanden.

Rowlands Lügenakrobatik, Lonrho würde keine UN-Sanktionen verletzen und könne im übrigen nicht für die Handlungen seiner Tochtergesellschaften in Zimbabwe verantwortlich gemacht werden, ist durch Tansanias Maßnahme scharf angegriffen worden. Lonrhos Expansion stößt auf den heftigen Kampf der afrikanischen Länder. Uganda hat alle Lonrho-Firmen im Land enteignet. Nigeria hat die Mehrheit der Aktien der John Holt verstaatlicht. Sambia hat die Zeitungen im Besitz Lonrhos verstaatlicht bzw. unter staatliche Kontrolle gestellt. Diese Maßnahmen gegen die imperialistische Ausbeutung wirken gleichzeitig gegen die Verwirrung und Spaltung, die die Imperialisten mit „linken" Gesten stiften, um sich um so leichter erneut einnisten zu können. „Wir lieben Afrika!", rief Rowland aus. Ein Buchhalter Lonrhos zum Inhalt der Liebe: „Das einzige, was zählt, ist das Bargeld, das wir in London erwarten können." – (Korrespondentenbericht London)

Japanische Imperialisten rüsten auf

Die japanischen Imperialisten kaufen, wie bereits am 29. Dezember im Verteidigungsrat in Tokio beschlossen, Kampfflugzeuge in den USA. Es handelt sich um „100 Düsenjäger MC Donnell Douglas F-15 Eagle und 45 U-Boot-Jäger Orion P-3C" bzw. Lizenzen für deren Herstellung im Wert von insgesamt 2,2 Mrd. Dollar. Mit der Lieferung von Einzelteilen, die in Japan unter amerikanischer Lizenz montiert und produziert werden, soll jetzt begonnen werden. Die Lieferungen sollen sich über zehn bis elf Jahre erstrecken. Gleichzeitig verlangen die USA eine stärkere Beteiligung „an den jährlichen Unterhaltskosten von einer Milliarde US-Dollar für die 46000 in Japan stationierten amerikanischen Soldaten." Die japanischen Imperialisten wollen nicht tatenlos zusehen bei den Vorbereitungen der Neuaufteilung der Welt durch die beiden Supermächte. Sie haben die Ausgaben für „Verteidigung" in den letzten Jahren ständig gesteigert: 1975/76 1,367 Mrd. Yen, 1976/77 1,512 Mrd. Yen und 1977/78 1,691 Mrd. Yen. Abgepreßt haben sie es den japanischen Massen durch wachsende Tributzahlung über Steuern und Gebühren: 1975/76 13,461 Mrd. Yen, 1976/77 15,519 Mrd. Yen und 1977/78 18,240 Mrd. Yen. Die japanischen Imperialisten rüsten, weil sie auf das Pazifische Becken, aber auch auf eine Beteiligung an der Plünderung der Reichtümer Afrikas hoffen, und erwägen jetzt, „japanische Soldaten ... als Angehörige von Friedenstruppen der Vereinten Nationen im Ausland einzusetzen". Der stellvertretende Verteidigungsminister „Takeoka teilte dem Parlament mit, die Verfassung verbiete zwar den Einsatz von Truppen im Ausland, aber die Regierung prüfe jetzt, ob japanisches Militär nicht für die Erhaltung des Weltfriedens bei UNO-Missionen eingesetzt (werden) könne. Dazu müßte das Gesetz über die japanischen Selbstverteidigungskräfte abgeändert werden."

Australien: Landraub für die Uranförderung

Sechs Gesetze auf einmal hat das

Australien: Landraub für die Uranförderung

Sechs Gesetze auf einmal hat das australische Parlament Anfang des Monats erlassen, um den „gesetzgeberischen Rahmen für die Entwicklung der Uranlagerstätten" zu schaffen. Zwei Tage später kündigte der Premierminister der Provinz Westaustralien Court an, daß die großen Uranvorkommen bei Yeelirrie Anfang 1983 dem westlichen Markt zur Verfügung stünden. Eilig haben es die imperialistischen Statthalter, den Boden der australischen Ureinwohner zu vergeben. Yeelirrie ist Ureinwohnerland. In zahlreichen Kämpfen und Demonstrationen haben seine rechtmäßigen Besitzer ihr Recht, über seine Verwendung zu bestimmen, verteidigt. Mancher Bulldozer, manche Baumaschine mußte, nachdem sie wochenlang nicht benutzt werden konnte, wieder abgezogen werden. Jetzt wollen die Behörden vom Kampf um das Land ablenken und unter den Ureinwohnern einen Streit über angemessene Gewinnbeteiligung entfachen. Der Northern Land Council, eine staatliche Behörde, die sich zum Vertreter der Interessen der Ureinwohner ernannt hat, hat eine Forderung nach 36 Prozent Beteiligung am Bruttoprofit in die Welt gesetzt. Die Imperialisten antworteten mit dem entsprechenden Aufschrei. 2,5 Prozent, sagen sie, stehen den Ureinwohnern nach dem Gesetz zu. Von der Zentralregierung hört man, daß sie die Monopole bewegen möchte, noch 1,75 Prozent dazuzulegen. Vom Besitzrecht am Land ist nicht die Rede, dafür von traumhaften Bereicherungsmöglichkeiten. Steigende Kreditaufnahmen von 100 auf 500 Millionen australische Dollar pro Jahr bis 1990 hat Court den Bankmonopolen in Aussicht gestellt. Sie sollen durch Staatsgarantien gestützt werden. Diese Zusicherung wird nötig sein, damit die Bankhaie anbeißen. Ein britisches Fernsehteam filmte erst kürzlich die Erkundungstour eines von der Regierung angeheuerten Ureinwohners, der in der Rolle des Interessenvertreters die Lage erkunden sollte: „Wir wollen weder die Kapitalisten hier noch ihr Geld, wir wollen unser Land", war die einhellige Antwort.

Carters Lohnsenkungsprogramm für den öffentlichen Dienst

Der Schreck über den Teilerfolg der amerikanischen Kohlebergarbeiter, die sich in einem 14wöchigen Streik u.a. eine Lohnerhöhung von 37% auf drei Jahre erkämpft hatten, saß ihm noch tief in den Knochen, als Carter Mitte April zur „Schlacht gegen die Inflation" blies und damit den Angriff auf die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einleitete. 5,5% höchstens werde er bei den bevorstehenden Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zahlen, sagte Carter und forderte „alle amerikanischen Arbeiter auf, dem Beispiel der Bundesbediensteten zu folgen und eine niedrigere Rate der Lohnerhöhungen zu akzeptieren". Im ersten Quartal 1978 sind die Lebensmittelpreise in den USA um durchschnittlich 14% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Selbst die bürgerliche Lohnsenkungs-Propagandamaschinerie kann nicht umhin, Schätzungen für 1978 von 8 bis 10% Teuerung zu veröffentlichen. Carters 5,5% würden also nicht einmal ein halbes Jahr reichen.

Gleich nach Carters Kriegserklärung trat die Verhandlungskommission der Bundesbediensteten zurück. Selbst die Führer der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften sahen sich betrogen: Sie waren bereit gewesen, für das Versprechen auf Tarifverhandlungen – dieses elementarste Recht ist den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bisher genommen – Carters „Reform des öffentlichen Dienstes", die kapitalistische Rationalisierung und den Angriff auf weitere Arbeiterrechte, so z.B. das Kündigungsschutzrecht, in der Arbeiterbewegung durchzusetzen (siehe KVZ Nr. 16/1978, Seite 14). Jetzt mußten sie die Erfahrung machen, daß der Dienstherr keineswegs bereit war, über den Preis der von ihm gekauften Arbeitskraft zu verhandeln. Die Postarbeiter sagten Carter den Kampf an: Sie dächten nicht daran, „die Meerschweinchen für sein Anti-Inflations-Programm abzugeben". Der Vorsitzende der Teamster-Gewerkschaft erklärte: „Die Bergarbeiter haben 37% gekriegt. Glauben Sie, ich gehe für weniger an den Verhandlungstisch?"

Auf Biegen und Brechen jedoch ist Carter entschlossen, die Schlacht für die US-Imperialisten zu entscheiden und den Weg für umfassende Angriffe auf den Lohn der amerikanischen Arbeiterklasse freizumachen. Er setzt dabei auf drei Faktoren: auf den Druck der gewaltigen industriellen Reservearmee – genüßlich ließ sich die Bourgeoispresse darüber aus, daß sich für 10200 Stellen bei der Post in 59 Städten 679000 Arbeitslose beworben hatten; auf das spaltende und zersetzende Gift der täglich millionenfach ausgestreuten Propagandalügen und -drohungen und auf nackte Unterdrükkung.



Streikposten vor dem Rathaus von Youngstown, Ohio

Die unmäßigen Lohnerhöhungen seien schuld an der rasenden Inflation, tönt es. Die Höchstgrenze von 5,5% überschreitende Lohnerhöhungen würden weitere Löcher in die öffentlichen Haushalte reißen und zu Massenentlassungen führen. „Die richtige Antwort wäre", so z.B. das „Wall Street Journal" am 23. Mai, „die Gewerkschaften die Folgen ihrer Forderungen spüren zu lassen. Wenn die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst so steigen wie sie sollen, dann können sich die Städte eben weniger Beschäftigte leisten und städtische Entlassungen müssen dann die regelmäßige Übung werden." In New York, mit seiner totalen Verschuldung und irrsinnigen Zinslasten für die US-Finanzbourgeoisie die reinste Melkkuh, scheinen diese Lügen und Drohungen einen ersten Erfolg gezeitigt zu haben: Die Gewerkschaftsführer unterschrieben für die 200000 Beschäftigten einen Vertrag, der für die nächsten zwei Jahre jeweils Lohnerhöhungen von 4% vorsieht. Und noch brüllt die Bourgeoispresse ihr: ZUVIEL!, drohen die Bourgeois, daß das Budget von Löhnen und Gehältern ausgehe, „die sich vielleicht nicht materialisieren lassen". (Wall Street Journal, 7.6.1978) Damit nicht genug: Die Pensionsfonds der städtischen Arbeiter und Angestellten haben für bisher 336 Mio. Dollar Schatzbriefe der Stadt gekauft, andernfalls drohte der Dienstherr, die Löhne nicht auszahlen zu können. Ob die Finanzbourgeoisie die Ernte in New York allerdings auch einfahren kann, ist noch nicht entschieden. Über den Tarifvertrag werden die Gewerkschaftsmitglieder noch abstimmen – der Widerstand vor allem bei den Transportarbeitern ist groß –, und gegen die Zahlungen der Löhne aus dem Pensionsfonds haben die Gewerkschaften der Polizei und Feuerwehr ihr Veto eingelegt.

Rechtzeitig zu Beginn der Tarifkämpfe hat Carter dem Kongreß die Bildung der neuen Dienstaufsichtsbehörde als ersten Schritt der kapitalistischen Rationalisierung im öffentlichen Dienst zur Abstimmung vorgelegt. In 60 Tagen soll sie ihre Arbeit, die Herausrationalisierung Zehntausender Arbeiter und Angestellter, aufnehmen. Die Kehrseite dieser Reform: Zu Beginn des Jahres hatte Carter ein 20-Milliarden-Dollar-Programm der staatlichen Zwangsarbeit weiter aufstocken lassen und die Zahl der damit insgesamt zu finanzierenden Arbeitsdienststellen auf 4 Millionen beziffert (siehe Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/1978, Seite 157ff). Von Ende Mai 1977 bis Februar 1978 wird die Steigerung der Zahl der staatlichen Zwangsarbeiter von knapp 300000 auf 750000 angegeben. Das heißt, wenigstens 5 von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes müssen schon jetzt für einen wahren Elendslohn arbeiten und sind selbst der allerelementarsten gewerkschaftlichen Rechte beraubt.

Obwohl also die Kampfbedingungen für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes höchst schwierig sind, sind die US-Imperialisten von dunklen Ahnungen über die Zukunft des „Anti-Inflations-Programms" befallen. Die städtischen Arbeiter von Youngstown/Ohio haben bereits Anfang Mai nach eintägigem Streik das Cartersche Lohnsenkungsprogramm durchbrochen und eine einheitliche Lohnerhöhung von 35 Cents erkämpft. Die Bourgeoisie reagiert mit wilder Unterdrückung. Der Gouverneur des Bundesstaates bekräftigte ausdrücklich ein altes Anti-Streik-Gesetz, das jeden Streik im öffentlichen Dienst verbietet und unter Strafe stellt. Die Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst antwortete rasch: In Youngstown traten Polizei und Feuerwehr erneut in den Streik, in zahlreichen anderen Städten die Feuerwehr. 100 Wächter einer „Erziehungsanstalt" legten trotz Gerichtsbeschlusses ihre Arbeit nieder. In zehn Distrikten Ohios schlossen sich die Lehrer dem Streik für uneingeschränktes Streikrecht an. – (Z-Red.)

den Verhandlungstisch?"
Auf Biegen und Brechen jedoch ist Carter entschlossen, die Schlacht für
dann können sich die Städte eben weniger Beschäftigte leisten und städtische Entlassungen müssen dann die re-
bei den Transportarbeitern ist groß –, und gegen die Zahlungen der Löhne aus dem Pensionsfonds haben die Ge-
schlossen sich die Lehrer dem Streik für uneingeschränktes Streikrecht an. – (Z-Red.)

„Die Frühjahrsbestellung eilt im Stoßtempo voran!"

Mit der „Ipatowo-Methode" gesteigerte Auspressung der Landarbeiter / Trotzdem riesige Weizenimporte aus den USA

„Die Frühjahrsbestellung eilt im Stoßtempo voran", „Tagesparole: Tempo und Qualität", „Um höchste Arbeitsproduktivität!", „Mit Stoßarbeit zum Finish" – mit diesen Schlagzeilen will die „Freundschaft", Tageszeitung in Kasachstan, die Landarbeiter zu Höchstleistungen peitschen. Mitte Mai hat die alljährliche Frühlingsaussaat begonnen. Die neue Bourgeoisie in der UdSSR muß die nächste „Mißernte" befürchten.

Planziel der Ernte müßten 220 Mio. t Getreide sein; 1980 235 Mio. t. Letztes Jahr war die Ernte mit 197 Mio. t um 23 Mio. t unter dem Planziel geblieben. In den beiden ersten Jahren des laufenden Fünfjahresplans wurden die wesentlichen Investitionsvorhaben für die Landwirtschaft nicht erfüllt, so daß die weitere Verschärfung der Krise unausweichlich ist. Die Versorgung mit Traktoren stockt: 1976 waren es 12000 Traktoren unter dem Plansoll, 1977 ist die Produktion weiter reduziert worden. Die Traktoren sind äußerst reparaturanfällig, Ersatzteile schwer zu beschaffen. „Ausgefallene Motoren, Getriebe und Baugruppen mußten manchmal 100 bis 200 km weit in spezialisierte Abteilungen zur Reparatur gebracht werden", berichtet die Zeitung „Neues Leben" am 22. Mai aus Kasachstan. 1975 – 77 wurden die Planfestlegungen für die Investitionen in Drainage- und Bewässerungsanlagen nicht erfüllt. Ebenso liegt der Bau von Getreidespeichern weit unter dem Plansoll, so daß schon sicher ist, daß ein Teil der eingebrachten Ernte verrotten wird. Schon 1976 konnten im Vergleich zu 1975 drei Millionen Hektar Getreideland überhaupt nicht abgeerntet werden.

Die Situation kommt im Bericht des „Neuen Leben" vom 11. Mai aus dem Dorf Stopnoje in Südkasachstan zum Ausdruck. Vor der Aussaat tritt das Parteikomitee zur Überprüfung der Lage „im mittleren Jahr des zehnten Planjahrfünft" zusammen: „Nützlich wäre, die Geschwindigkeit des Vormarsches zu überprüfen, da das Produktionstachometer des Kolchos noch mitunter recht bescheidene Werte anzeigt, wenn sich die Parteimitglieder auch anstrengen, schneller zu fahren, und die Hoffnung nicht aufgegeben haben." Zur Anstachelung wird an das „gute Ergebnis" von 1977 erinnert, wo 22 Dezitonnen Getreide pro Hektar eingebracht wurden. Wird dies schon dadurch relativiert, daß auch in diesem Jahr der Plan nicht erfüllt wurde, so verliert die Zahl erst recht ihren Glanz angesichts der Tatsache, daß der frühere Hektarertrag 50 Dezitonnen betragen hatte. Sie wurden vorübergehend in der durch rücksichtslosen Raubbau an Mensch und Natur vorangetriebenen Neulanderschließung Kasachstans erzielt. Damals hatte sich Breschnew diese Ergebnisse als Ruhmesblatt anstecken lassen, jetzt muß das Oberhaupt der Neuen Zaren persönlich für die Krise haften.

Die Antwort der neuen Bourgeois ist die enorme Steigerung der Auspressung der Arbeitskraft der Landarbeiter. Der Arbeitstag wird schrankenlos ausgedehnt: „Die Aussaatgruppen sind zum Unterschied von denen, die das Saatbett bereiten und rund um die Uhr arbeiten, nur 17 Stunden im Einsatz, so ist halt die Spezifik." (Freundschaft, 26. Mai) In der sowjetrevisionistischen Presse wird das mit bürgerlicher Schulbuchprosa gefeiert: „In dieser Dekade (den zehn Tagen der Aussaat im Mai) kommt es auf jede Minute an. Gesät wird vom ersten Hahnenschrei bis zum Sonnenuntergang. Das Tempo gibt den Ausschlag."

Die Disziplin des Zuchthauses kommt dazu. Die „Fleißigen von Assanowo" mit bisher „überdurchschnittlichen Ergebnissen" hatten im Vergleich zu anderen Dörfern „kaum bessere Böden" und waren mit „der Technik nicht gerade verwöhnt". Der ausgesandte Schmierenjournalist stellt bewundernd fest: „Offenbar wurzeln die Erfolge in einer guten Arbeitsorganisation und nicht zuletzt in der Disziplin", und berichtet beifällig, wie ein Brigadeleiter Arbeiter schikaniert.

Die Landarbeiter sind schärfster Ausbeutung und Zuchthausdisziplin unterworfen – das Antreiberpack sind üble Parasiten. Schlägt es allzusehr über die Stränge und geht das auf den Profit der neuen Bourgeoisie, kommt es zu solchen Berichten in der „Prawda": Bei einem Ernteeinsatz eines zwangsverpflichteten Arbeitskommandos in Sibirien nahm der „Einsatzstab", zwölf Personen, im Reisegepäck 200 Flaschen Wodka, drei Kisten Wermutwein und 35 Flaschen Wein mit. Während des Ernteeinsatzes war er pausenlos betrunken, der Chefingenieur Pinjagon kroch vollgelaufen auf allen Vieren auf den Feldern herum.

Neue Waffe in der Verschärfung der Ausbeutung ist die „Ipatowo-Methode", die „immer breitere Anwendung findet". Mit ihr wurde im letzten Jahr „die Arbeitsproduktivität bei der Getreideernte um 38 Prozent" in Kasachstan gesteigert, insgesamt soll sie um 12 Prozent in der UdSSR und um 20 Prozent in der RSFSR gestiegen sein. Das ZK der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und das ZK des Komsomol haben einen Aufruf erlassen: „Ein Beispiel an hochproduktiver Arbeit bei der Ernte lieferten die Landwirte des Rayons Ipatowo, Region Stawropol." Mit diesem „komplexen System" soll aus weniger Arbeitskraft, die in „Gruppen" organisiert ist, noch mehr Leistung ausgepreßt werden. Unter den Gruppen wird nach der Devise „Rivalität führt zum Erfolg" (Freundschaft) mit Prämien und Zulagen die Konkurrenz organisiert. Sichergestellt werden soll, daß die Maschinen „ganztägig" laufen. „Laut Arbeitsplan wurden für jedes Arbeitsaggregat zwei Mechanisatoren verantwortlich gemacht, wodurch die Landmaschinen mindestens 20 von 24 Stunden ausgelastet werden konnten." (Neues Leben) Selbst der rechnerische 12-Stunden-Arbeitstag ist sicher weit beschönigt, denn er läßt die Reparaturen bei Maschinenschäden, das Einspringen in anderen Aussaatgebieten etc. außer acht, so daß die Mechanisatoren gewiß „rund um die Uhr arbeiten". Gezahlt wird ein Hungerlohn – das „Neue Leben" muß feststellen, daß „dabei auch Probleme hinsichtlich der Entlohnung der bei den Komplexen eingesetzten Mechanisatoren entstanden, da die bestehenden Sätze und Leistungsnormen für den Einsatz von Menschen und Technik nur in einer Schicht, und zwar am Tage, gelten".

Kaum ist die Aussaat vorbei, sind die Neuen Zaren bereits gezwungen, bei ihrem Rivalen, dem US-Imperialismus, erneut riesige Getreideimporte zu ordern. Die „Welt" berichtet am 3. Juni über eine Bestellung von 16 Mio. Tonnen Getreide. Das ist fast das Dreifache der Jahresimportmenge von 6 Mio. Tonnen, die die USA ohnehin seit dem Getreideliefervertrag aus dem Jahr 1975 an die UdSSR liefern; die Verschuldung der sozialimperialistischen Macht bei ihrem Rivalen steigt dadurch erheblich. In Wirklichkeit ist der Import noch höher, denn wie die „International Herald Tribune" berichtet, wurde eine Lieferung Getreide von 500000 Tonnen in US-amerikanischen Häfen mit „unbekanntem Bestimmungsort" verschifft – gleichfalls für die UdSSR bestimmt. Die US-Imperialisten nutzen die Krise der Landwirtschaft ihres Rivalen zu Erpressung, die Neuen Zaren reagieren fiebrig. Im März haben die US-Imperialisten die Getreidelieferungen verzögert, umgehend war eine Delegation der UdSSR unter Leitung von Perschin, Präsident der sowjetischen Getreideeinkaufsagentur, in den USA, um sich zu beschweren und die Beschleunigung der Lieferungen zu verlangen. – (Korrespondentenbericht Wien)

Taktische Resolution

Mag sein, daß da und dort der Irrtum bestand, die fortschrittliche Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD würde eine ebenso fortschrittliche politische Entwicklung bis hin auf die Ebene der parlamentarischen Wahlen bewirken. Da wäre man jetzt um eine Illusion ärmer, um die es auch nicht schade ist. Vor die Aufgabe gestellt, in den jetzt beginnenden Landtagswahlen die politische Bilanzierung der Klassenkämpfe durch die Volksmassen zu verhindern und den bürgerlichen Parteien eine neuerliche Grundlage für politischen Kredit zu schaffen, hat die Rotte der bürgerlichen Propagandisten nicht versagt, sondern geglänzt, wenngleich es nicht ohne einige Peinlichkeiten abging. Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmbasis festigen, der Preis war nicht hoch. Ein mikroskopischer Nachlaß bei den Lohnsteuern und Kindergeld, einige gute Worte für Arbeitszeitverkürzung und Streikrecht, Zulassung einiger Streiks und in Hamburg eines 7-Prozent-Abschlusses bei den Hafenarbeitern, all dies verbunden mit der festen Absicht, diese Verluste wieder reinzuholen, hat gereicht. In Niedersachsen ging die SPD den Weg der Vermeidung von Klassenkämpfen auf alle Fälle, und so kam die Albrecht-Ratte mit bloß 100 000 Stimmverlust durch. Der bürgerliche Liberalismus, der gestützt auf „Basisaktivler" einen Stammplatz in der Arbeiterbewegung erwerben wollte, spaltete versehentlich seine eigene Parteibasis, und ob jetzt ein grünsinnigliberallila Reformradikal gegründet wird oder nicht, ist danach weniger wichtig. Als unerfreulich, weil es beweist, daß die propagandistische Abgrenzung von aller bürgerlichen Betrügerei noch wenig entwickelt ist, muß man bewerten, daß fast alle Stimmen von Schülern, Studenten und jüngeren Lehrern, die der KBW in Hamburg und Niedersachsen hatte, verlorengegangen sind. Diese Verluste wurden durch Stimmfortschritte auf dem Lande und bei den Arbeitern und Angestellten nicht ausgeglichen.

Ständiger Ausschuß
des Zentralen Komitee
des KBW 30. Mai 1978

0. Als Teil der proletarischen Weltarmee beteiligt sich der KBW am Aufbau der weltweiten Front gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Es bleibt die strategische Aufgabe des westdeutschen Proletariats, alle inneren und äußeren Reserven zu mobilisieren, um durch den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland und Westberlin seinen Beitrag zum Fortschritt der proletarischen Weltrevolution zu leisten. In Ausführung des Politischen Berichts, der auf Grundlage des Programms die Strategie des KBW in der heutigen Situation des internationalen Klassenkampfes festlegt, beschließt der Ständige Ausschuß des ZK des KBW folgende taktische Resolution.

1. Im Kampf gegen den US-Imperialismus, der im Verein mit den anderen westlichen imperialistischen Mächten in Westdeutschland Besatzungstruppen unterhält und ein direkter Feind der proletarischen Revolution in Westdeutschland ist, wie im Kampf gegen den Sozialimperialismus, der mit den USA um die Vorherrschaft über Europa ringt und zusammen mit den USA die deutsche Nation spaltet und unterdrückt, führen wir den Kampf für den Austritt der BRD aus der NATO, den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und für einen Friedensvertrag, der die Souveränität der beiden deutschen Staaten und Westberlins sichert und die Auflösung aller militärischen Stützpunkte wie den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland besiegelt. Bestandteil dieses Kampfes ist die Forderung nach Kündigung der Römischen Verträge wie der Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Ländern. Unter den Forderungen nach Kündigung aller Verträge, auf deren Grundlage die Besatzertruppen in Westdeutschland und Westberlin sind, Ersetzung dieser Verträge durch einen Friedensvertrag geben wir diesem Kampf gegen die beiden Supermächte die Stoßrichtung gegen die Bundesrepublik, was allein einen erfolgreichen Verlauf dieses Kampfes sichern kann. Er ist Bestandteil des Kampfes erfolgreichen Verlauf dieses Kampfes sichern kann. Er ist Bestandteil des Kampfes um Demokratie und der Vorbereitung des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft. Vor der proletarischen Revolution kann er dann Erfolg haben, wenn die westdeutsche Bourgeoisie in Furcht vor dem Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse gezwungen ist, gegenüber der revolutionären Massenbewegung zu manövrieren und ihren Forderungen mehr oder weniger zu entsprechen. Im Kampf für den Friedensvertrag suchen wir die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt und stellen ein enges Bündnis der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin mit der Arbeiterklasse in der DDR her, um Bedingungen zu schaffen, unter denen die deutsche Arbeiterklasse ihren Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft ohne Einmischung von außen, insbesondere ohne Einmischung der beiden Supermächte, erfolgreich zu Ende führen kann.

Kommt die westdeutsche Bourgeoisie den Forderungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Besatzermächte und für den Friedensvertrag nicht nach, so wird das den Sturz der Herrschaft der Ausbeuterklasse beschleunigen, durch den die Arbeiterklasse mit der gewaltsamen Errichtung ihrer Herrschaft ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen kann, um die Besatzertruppen zu vertreiben und einen Friedensvertrag zu erkämpfen.

In diesem Kampf wie im Kampf gegen den Expansionismus und Interventionismus des BRD-Imperialismus kommt es darauf an, das opportunistische Lager, das sich gegenwärtig unter der Flagge Solidarität mit Bahro herausbildet und das die Sache des BRD-Imperialismus und der Sozialdemokratie betreibt, um vom Kampf gegen die Unterdrückung in Westdeutschland abzulenken und den Kampf gegen die Unterdrückung in der DDR in sozialdemokratisches Fahrwasser zu lenken, zu zerschlagen und so eine Vorherrschaft des Sozialchauvinismus über beträchtliche Teile der demokratischen Bewegung zu verhindern.

Der Kampf gegen die Besatzertruppen und für den Friedensvertrag wird zunächst in der Hauptsache die Form eines Propagandaangriffs annehmen, den wir unter Einsatz unserer verschiedenen Propagandamittel führen. Dabei unterstützen wir alle spontanen Bewegungen, die sich gegen die Besatzertruppen entwickeln, und führen bei passender Gelegenheit direkt Aktionen gegen die Anwesenheit der Besatzertruppen durch, wobei wir uns auf das Interesse der internationalen Arbeiterklasse an einem Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des II. Weltkrieges, insbesondere auf das Interesse der Arbeiterklasse der Besatzungsmächte am Abzug der Besatzungstruppen, stützen.

Konzentrationspunkte dieser langandauernden Kampagne, die zunächst in der Hauptsache eine Propagandakampagne sein wird, sind notwendig die verschiedenen Wahlkämpfe zu den bürgerlichen Parlamenten, insbesondere die Wahlkämpfe zum europäischen Parlament und zum Bundestag, in denen eine große Konfrontation zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Propaganda gesucht werden muß. Dabei werden wir bei den EG-Wahlen im Kampf für die Kündigung der Römischen Verträge durch die Bundesrepublik den Wahlboykott als Mittel der Propagandakampagne erproben, während wir uns an den Wahlen zu den westdeutschen Parlamenten wie zum Westberliner Abgeordnetenhaus beteiligen werden.

Der Kampf gegen die Besatzungsmächte und für den Friedensvertrag muß vor allem als Kampf um die Jugend und in den Schulen und Universitäten, in der Armee und im Zivildienst geführt werden, wobei die verschiedenen Formen des Politischen Unterrichts eine Plattform des Kampfes bilden und die Propagandamaterialien der Bourgeoisie, insbesondere die Schulbücher mit ihren historischen Verdrehungen, den Gegenstand der Kritik bilden.

Um diese Kampagne führen zu können, müssen wir unsere Kenntnisse heben und uns vor allem eine gewisse Kenntnis der in Frage kommenden Verträge und ihrer Geschichte verschaffen. Ob es sinnvoll ist, dazu eine Dokumentation dieser Verträge zu veröffentlichen, muß geprüft werden.

2 Im Kampf gegen den Expansionis-

2. Im Kampf gegen den Expansionismus und Interventionismus des BRD-Imperialismus haben wir beschlossen, die Kampagne zur Ausrüstung der Kompanie der ZANLA und zur Anerkennung der Patriotischen Front fortzusetzen und sie zur Speerspitze einer Kampagne zu machen mit den Forderungen: „Die BRD muß die Anträge der Dritten Welt an die UNO-Generalversammlung akzeptieren und die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten!" Gestützt auf die Arbeiterbewegung kommt es auch in dieser Kampagne darauf an, sie in den Brutstätten und Zwangsanstalten der bürgerlichen Indoktrinierung und als Kampf um die Jugend zu führen. Die Soldaten- und Reservistenkomitees, aber auch die Kommunistischen Jugendbünde und die Kommunistischen Studentenorganisationen müssen Träger dieser Kampagne sein, die wir in der Hauptsache ebenfalls als große Propagandakampagne führen, mit dem Ziel, bis zu Beginn der UNO-Generalversammlung eine volle Million für die Ausrüstung der ZANLA zusammenzutragen.

Mit diesen beiden Kampagnen haben wir auch einen Schwerpunkt für die Kritik an der bürgerlichen Indoktrination in den Schulen festgelegt, ohne die die Kampagne gegen das Notensystem nicht erfolgreich geführt werden kann.

Die deutsche Bourgeoisie ist von vornherein expansionistisch und kolonialistisch aufgetreten. Ihre Feigheit wurde stets von ihrer Heimtücke übertroffen. Die schmutzige und unrühmliche Geschichte der deutschen Bourgeoisie zu untersuchen, wie die von der Bourgeoisie bis in die Geschichtsschreibung hinein unterdrückten und verfolgten Kämpfe der Volksmassen zu rühmen, dient die Veranstaltungsreihe der KJBs, die zweimonatlich durchgeführt wird und von den Einheiten des KBW wie der GUV und des KSB nach Kräften unterstützt werden muß.

3. Im Kampf gegen das bürgerliche Schul- und Bildungswesen verbessern sich die Bedingungen, um den Schwindel der imperialistischen Bildungsreform zu brechen und die Bewegung für die Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes zu einem neuen Aufschwung zu führen. Mit der imperialistischen Bildungsreform kam es der Bourgeoisie darauf an, die Reserven der Volksmassen zu mobilisieren, um die Umwälzung der Produktivkräfte im Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten durchzuführen und gleichzeitig die Auswahl und Selektion möglichst schon in der Vorschule zu beginnen, um die Masse der Kinder des Volkes möglichst früh in den Produktionsprozeß pressen zu können, der durch die Umwälzung der Produktivkräfte weiter in einfache Arbeitsprozesse zerlegt werden kann. Dieser Charakter der imperialistischen Bildungsreform, verbunden mit einer Verringerung der demokratischen Kontrolle des Bildungswesens, mit der Zentralisierung und Verschärfung der bürokratischen Kontrolle und Erhöhung aller Ausgaben der Massen für die Erziehung der Kinder, spiegelt sich heute bereits wider in den Erfahrungen der Massen und kann um so leichter ins Bewußtsein gehoben werden. Er muß auch ins Bewußtsein gehoben werden, wenn der Bourgeoisie solche Spaltungsmanöver wie mit dem Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen nicht noch öfters gelingen sollen. Durchlässigkeit des Bildungssystems nach oben, Verschärfung des Notendrucks und Hineinschleusen einer wachsenden Masse von Jugendlichen in die unmittelbare Produktion und ins Arbeitshaus sind nur verschiedene Seiten der imperialistischen Bildungsreform. Unter dem Druck der anschwellenden industriellen Reservearmee tritt der reaktionäre Charakter jeder dieser Seiten der imperialistischen Bildungsreform hervor. Durch eine erneute Analyse der imperialistischen Bildungsreform und eine Verbesserung der Propaganda kann der Einfluß des Reformismus auf die Arbeiterklasse und die lohnabhängigen Massen an diesem entscheidenden Punkt jetzt gebrochen werden.

4. In einer Reihe von Industriebereichen werden die Manteltarifverträge zum 31.12.1978 oder schon vorher gekündigt, so in der Stahlindustrie, in verschiedenen Tarifbezirken der Metallindustrie, in der Chemie- und Druckindustrie. Gleichzeitig brütet die Bundesregierung strie, in der Chemie- und Druckindustrie. Gleichzeitig brütet die Bundesregierung eine Reform der Arbeitszeitordnung aus. Eine Reihe von Industriegewerkschaften und jetzt der DGB-Kongreß haben die 35-Stundenwoche als Forderung erhoben. Dies schafft Bedingungen, unter denen jetzt im Kampf für die Durchsetzung einiger Arbeiterforderungen sich die Arbeiterbewegung zusammenschließen kann und auch muß, wenn das Ergebnis nicht eine weitere Verschärfung der schrankenlosen Ausbeutung sein soll. Die Kampfaufgabe besteht darin, einen allseitig beschränkten Normalarbeitstag durchzusetzen. Dabei ist es vor allem notwendig, Schranken gegen die Intensivierung der Arbeit und gegen die Ausdehnung des Arbeitstages in die Nacht und gegen die Sonn- und Feiertagsarbeit zu errichten. Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit und Verbot der Nachtarbeit, d.h. bei achtstündigem Normalarbeitstag Verbot der Arbeit zwischen 20.00 und 6.00 Uhr, sind die wichtigsten Schritte im Kampf für einen allseitig beschränkten Normalarbeitstag. Nur im Zusammenhang mit dem Kampf für diese Forderungen und ihrer Durchsetzung wird die Durchsetzung der Forderung nach der 35-Stundenwoche an 5 Werktagen nicht zu einem gewaltigen Hebel der Verschärfung der Ausbeutung und des beschleunigten Verschleisses der Arbeitskraft werden. Mit der Ausdehnung der Teilarbeitszeit, bei der die Kapitalisten und der bürgerliche Staatsapparat die Arbeitskraft ganz beanspruchen, aber nur teilweise bezahlen, treffen die Kapitalisten bereits die Vorbereitungen, um die Bestrebungen der Arbeiterklasse nach einer Verkürzung der Arbeitszeit durch eine maßlose Steigerung der Ausbeutung zu konterkarieren. Durch die Umwälzung des Produktionsapparates schaffen sie die dafür notwendigen technischen Voraussetzungen. Die Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit ist genau so notwendig, wie die Forderung nach Verbot der Überstunden, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit nicht auf eine Verkürzung der Lebenszeit der Arbeiter hinauslaufen soll, wodurch die Gelder der Rentenversicherung auch wieder für die Kapitalistenklasse als Risikokapital verfügbar würden. Im Kampf für einen allseitig beschränkten Normalarbeitstag und seine Verkürzung müssen wir große ideologische und wissenschaftliche Anstrengungen unternehmen, um das breitangelegte Betrugsmanöver der Bourgeoisie an diesem Punkt zu zerschlagen, wobei die Verkürzung der Arbeitszeit zum Vorwand dienen soll, um alle Schranken des Normalarbeitstages niederzureißen.

5. Mit dem Mittel der Abzüge von Lohn und Gehalt schafft sich der bürgerliche Staat nicht nur die notwendigen Einnahmen für die Allgemeinkosten des Kapitalismus und die imperialistische Expansion, sondern treibt die Arbeiter und Angestellten immer tiefer in die Abhängigkeit der Kapitalisten, deren Gier nach Mehrarbeit sie immer mehr ausgeliefert werden. Neben den Steuern, wo wir gegenüber allen möglichen Plänen der Bourgeoisie, die Steuern zu reformieren, an den Forderungen des Programms festhalten und auf deren Grundlage einen Steuerfreibetrag von 1 500 DM fordern, sind die wichtigsten Abzüge des bürgerlichen Staates die Abzüge für die Versicherungen. Mit der Verschärfung der Ausbeutung und der Entfaltung des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation, das die industrielle Reservearmee anschwellen läßt, nehmen für die Arbeiterklasse die Versicherungsfälle in allen Bereichen zu. Entsprechend wächst die Notwendigkeit, die Versicherungen in die eigene Hand und die Selbstverwaltung der Versicherten zu bekommen und die Beiträge für die Versicherungen bei den Kapitalisten einzutreiben, um nicht einer wachsenden Lohnminderung ausgeliefert zu sein, die Hand in Hand geht mit der steigenden Unterdrückung immer größerer Massen der Arbeiterbevölkerung, die in die Hand der Versicherungen fallen. Um unsere bisherigen Propagandaanstrengungen auf diesem Gebiet zusammenzufassen und ein wirksames Propagandainstrument in die Hand zu bekommen, sollten wir eine Broschüre verfassen und herausgeben, die das Abzugssystem untersucht und entlarvt und unsere Forderungen propagiert. Damit können wir in den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen diesen politischen Forderungen einen größeren Widerhall verschaffen, ohne gezwungen zu sein, bei jeder wirtschaftlichen Agitation in extenso diese politischen Forderungen zu entwickeln.

6. Grundlegend bleibt die Unterstützung und Führung des Lohnkampfes, der gegenwärtig für die Entwicklung der Gesamtsituation des Klassenkampfes in bestimmter Weise entscheidend bleibt. Gelingt es der Bourgeoisie, die absolute Verelendung weiter voranzutreiben, oder gelingt es der Arbeiterbewegung, diese Tendenz zu brechen und wenigstens aufzuhalten? Nach wie vor und erst recht gegenüber den verstärkten Bemühungen der Bourgeoisie, die Tendenz zur absoluten Verelendung zu verschleiern, hat die Untersuchung der Reproduktionsverhältnisse der chung der Reproduktionsverhältnisse der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Massen eine große ideologische und politische Bedeutung, um den Reformismus und Revisionismus und seine Vorherrschaft über die Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Solche Untersuchungen, zusammen mit der Untersuchung der Lohn- und Gehaltsverteilung, sind Voraussetzungen dafür, um im Lohnkampf alle Kräfte zusammenzuschließen, die gegen die Kapitalisten und ihren Anhang von Offizieren der Ausbeutung zusammengeschlossen werden können. Mittel dieser Untersuchungen sind sowohl die Materialblätter für einzelne Industriezweige wie vor allem KVZ und Kommunismus und Klassenkampf.

7. Das Bündnis mit den Bauern suchen wir zunächst vor allem im Kampf gegen die Steuern und in allen Kämpfen um Demokratie. Die Bauern, neben der Arbeiterklasse Produzenten des materiellen Reichtums der Gesellschaft, sind durch das Privateigentum gefesselt, das ihre Ausbeutung durch die Finanzbourgeoisie verhüllt. Um die Bauern für den Sozialismus zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den Bauern wissenschaftlich nachweisen, daß das Privateigentum an Grund und Boden wie an den sachlichen Produktionsmitteln die Bauern ökonomisch nicht gegen die Finanzbourgeoisie schützen kann, sondern umgekehrt die entscheidende Fessel für die Entwicklung der Produktivkraft der Bauern ist. Die Bauern ziehen die Rente nicht ein, sondern zahlen sie weg als Pacht und Hypothekarzins. Ihren Hunger nach Land können sie nicht stillen, weil die Bodenpreise mit der Rente ins Schwindelhafte gesteigert werden. Ohne genügend Land aber können die Bauern die modernen Produktionsmittel nicht wirtschaftlich nutzen, selbst wenn sie sich in Schulden gestürzt haben, um sie bei den Industriekonzernen einzukaufen. Im Austausch zwischen der bäuerlichen Landwirtschaft und der kapitalistischen Industrie führt die Wirkung des Wertgesetzes, das die Produktionspreise regelt, zu immer weiter auseinanderklaffenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und Verkaufspreisen der Industrie. Der Bauer wird durch das Privateigentum vernichtet. Sobald er das Privateigentum als Ursache seines Elends und als Fessel seiner Produktivkraft erkennt, wird er zum zuverlässigen Genossen des Arbeiters im Kampf für den Sozialismus. Dies beweiskräftig den Bauern aufzuzeigen, verlangt große wissenschaftliche Anstrengungen, die wir in der KVZ bereits in Angriff genommen haben, nachdem wir durch die Schulung der Kritik der Politischen Ökonomie, insbesondere des III. Bandes des Kapitals, die wissenschaftlichen Grundlagen für die notwendigen Untersuchungen geschaffen haben. Nach wie vor gilt es, vor allem diese wissenschaftlichen Anstrengungen zur Analyse der Lage der Bauern zu verbessern, um durch gute Propaganda erste organisatorische Erfolge zu konsolidieren und die Verbindung mit den Bauern zu festigen.

Gegenüber den Arbeitern ist es unsere Aufgabe, als Kommunisten die Forderungen der Bauern, insbesondere der Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise, in ihrer Berechtigung darzulegen und nachzuweisen, daß diese Forderungen allesamt nicht gegen die Arbeiter und die Massen, sondern gegen das Finanzkapital gerichtet sind. Das gilt für die Forderungen nach Erhöhung der Erzeugerpreise, nach Schuldenstreichung, nach Steuersenkung und auch nach Einbeziehung in die Rentenversicherung mit gleichen Rechten.

8. Bei den festgelegten Untersuchungsaufgaben und Propagandaaufgaben kommt es darauf an, sich auf die Massen zu stützen und auch die Kämpfe, die gegenwärtig hauptsächlich die Form der Propagandakampagne annehmen, als Massenbewegungen zu führen. Das setzt voraus, daß wir solche Untersuchungs- und Darstellungsmethoden ausfindig machen, die reproduzierbar sind und die es erlauben, große Massen an den Untersuchungen zu beteiligen. Dann erziehen wir auch große Massen von Propagandisten, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie verteidigen können, um so den Kampf gegen die Bourgeoisie zu organisieren.

9. Umwandlung der Organisation in die Parteiorganisation des Proletariats bedeutet vor allem die Ausbildung solcher Fertigkeiten in der Organisation, die es der Organisation erlauben, die Massen im Kampf zu führen. Dazu muß es die Organisation lernen, die Waffen, die die Entwicklung der Produktivkräfte heute hervorgebracht hat und die in der Hand der Bourgeoisie Mittel zur Ausbeutung sind, einzusetzen als Mittel der Untersuchung und der Propaganda. Zehnfingerschreiben, Rechner-bedienen-Können, das Redactron beherrschen, nach und nach einen Stamm von Setzern und Druckern ausbilden, zu dem auch Teile der Leitung gehören, all das sind Fertigkeiten, die Revolutionäre haben müssen, die heute den bewaffneten Aufstand vorbereiten wollen, um nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie den Sozialismus Herrschaft der Bourgeoisie den Sozialismus aufzubauen. Zum richtigen Einsatz der Kräfte der Organisation gehört, daß wir die Fertigkeiten der Führung der Produktion und der Verwaltung unserer Mittel besser beherrschen.

10. All dies kann für die Revolution nur fruchten, wenn diese Anstrengungen durch den Marxismus-Leninismus geleitet werden. Deshalb kommt es darauf an, die Schulungsbewegung weiterzuführen. Neben der Kritik der Politischen Ökonomie, die zentral und über die Regionen in Lektürekursen der drei Bände des Kapitals durchgeführt wird, und nachdem wir die Methode der bezirklichen Wochenendschulungen anzuwenden gelernt haben, kommt es weiter darauf an, die Grundschulung zu ordnen und bei den Wochenendschulungen der grundlegenden Klassikertexte zu dezentralen Wochenendschulungen im Bezirk überzugehen, wodurch neue Kräfte in die Schulungsbewegung einbezogen werden können. An den Hochschulen, den Schulen, auch in den Kasernen muß man die Methode der offenen wöchentlichen Schulungen entwickeln und Schulungszirkel aufbauen, in denen hauptsächlich die Schriften: Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest; W.I. Lenin, Staat und Revolution; Josef Stalin, Grundlagen des Leninismus; Mao Tsetung, Fünf philosophische Monographien studiert werden sollen.

11. Wenn wir die angeführten Aufgaben erfüllen, dabei die Organisation im Kampf gegen den Opportunismus konsolidieren und aufholen gegenüber den Anforderungen der Massenbewegung, dann sollte es uns gelingen, das sich sammelnde Lager der Opportunisten zu zerschlagen und die Voraussetzungen zu schaffen, die Front gegen die Verschärfung der Ausbeutung und die absolute Verelendung, gegen das Ausplünderungsprogramm der Regierung, gegen die imperialistische Expansion und gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen aufzubauen mit dem KBW als Kern.

Einstimmig beschlossen
Frankfurt, den 30. Mai 1978

1,5 Millionen DM allein auf dem Verkehrssektor

Zum 1. Juli wollen die Stadtwerke Bielefeld Gas um 10,1%, Fernwärme um 9% und die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr um durchschnittlich 7,7% anheben. Auf Proteste gleich nach Bekanntwerden der geplanten Plündermaßnahmen ließen die Bielefelder Stadtwerke lapidar erklären, die Bielefelder könnten sich glücklich schätzen, es gäbe Städte, da seien die Preise noch höher.

Überdurchschnittlich werden erhöht die Fahrtkosten für Schüler und Studenten, um durchschnittlich 17,8% gegenüber dem Gesamtdurchschnitt von 7,7% und bei den alten Leuten um 15%. Also vor allem für diejenigen, die am wenigsten Geld haben und daher auch am allerwenigsten die Möglichkeit haben ‚abzuspringen' und gezwungen sind zu zahlen. Seit der letzten Erhöhung war ein Rückgang der Beförderungsfälle von 7,6% eingetreten.

Gleichzeitig wickelt der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) seine Jahrestagung in Frankfurt ab. Er zeigt sich befriedigt, daß erstmals nach 10 Jahren Fahrgastrückgang „sich erste Erfolge in einer Erhöhung der Beförderungszahlen gezeigt hätten" (Handelsblatt, 8.6.78).

Im Kampf gegen die Plünderung über die Fahrpreise und die Verdünnung der Fahrpläne sahen freilich immer mehr Arbeiter und Angestellte sich gezwungen, ein Auto anzuschaffen. Wenn jetzt die Zahlen wieder steigen sollen, beweist dies nur, daß dieser Ausweg für den verbliebenen Rest nicht geht und durch die dauernden Lohnsenkungen weitere Fahrgäste „hinzugewonnen" werden. Je sicherer der Bourgeoisie dieser Weg der Plünderung zu sein scheint, desto mehr wächst aber die Notwendigkeit, die Plünderpolitik des bürgerlichen Staates zu bekämpfen.

Kampf gegen den Flughafenausbau in Bremen

14 Millionen DM hat die Bremer Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr in der letzten Woche bereitgestellt zum Ausbau des Bremer Flughafens. Seit 1973 ist die Erweiterung des Flughafens beschlossen, jetzt soll sie durchgesetzt werden, gegen den Kampf der Bevölkerung und mit Rückendeckung der Bundesregierung.

Der Erweiterung sollen zig Kleingärtner weichen, durch Wohngebiet soll eine neue Autostraße und eine Güterumgehungsbahn geführt werden, das Flüßchen Ochtum soll umgeleitet werden.

Nötig sei das Ganze wegen der Sicherheit des Flugverkehrs: Die Start- und Landebahnen sind zu kurz und müssen verlängert werden, die Besiedlung sei zu nah am Flughafen. Doch wenn schon Geld investiert wird in den Flughafen, soll sich das rentieren: „Solche Investitionen müssen sich bezahlt machen, so daß letzlich wirtschaftlicher Zwang dahinter steht, und dieser Zwang kann nur in der Richtung verstanden werden, daß mehr Flugbewegung für den Bremer Flughafen nötig werden" (Senator Brinkmann im Nordschau-Magazin, 8.6.78).

Kampf gegen den Flughafenausbau in Bremen

14 Millionen DM hat die Bremer Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr in der letzten Woche bereitgestellt zum Ausbau des Bremer Flughafens. Seit 1973 ist die Erweiterung des Flughafens beschlossen, jetzt soll sie durchgesetzt werden, gegen den Kampf der Bevölkerung und mit Rückendeckung der Bundesregierung.

Der Erweiterung sollen zig Kleingärtner weichen, durch Wohngebiet soll eine neue Autostraße und eine Güterumgehungsbahn geführt werden, das Flüßchen Ochtum soll umgeleitet werden.

Nötig sei das Ganze wegen der Sicherheit des Flugverkehrs: Die Start- und Landebahnen sind zu kurz und müssen verlängert werden, die Besiedlung sei zu nah am Flughafen. Doch wenn schon Geld investiert wird in den Flughafen, soll sich das rentieren: „Solche Investitionen müssen sich bezahlt machen, so daß letzlich wirtschaftlicher Zwang dahinter steht, und dieser Zwang kann nur in der Richtung verstanden werden, daß mehr Flugbewegung für den Bremer Flughafen nötig werden" (Senator Brinkmann im Nordschau-Magazin, 8.6.78).

Das Fluggastaufkommen hat sich seit 1961 von 100000 auf 650000 1977 erhöht. Mit der Erweiterung des Flughafens sollen die Transportkosten für die Kapitalisten weiter gesenkt werden. Die Anbindung des Hafens – damit es nicht ein „trockener Hafen" auf die Dauer wird – soll über den Luftfrachtverkehr verbessert werden.

Schering: Sicherheitssystem kapitalistisch – Schutz für Vorräte

Wolfenbüttel. „Künftig noch mehr Sicherheit bei der Schering AG", schreibt die „Wolfenbüttler Zeitung" (29.5.78). Noch mehr? Wie sicher es *bisher* zuging, wurde im Januar dieses Jahres klar. Fünf Arbeiter aus dem Forschungslabor für ein neues Pflanzenschutzmittel mußten für die Profitpläne der Kapitalisten ihr Leben lassen durch eine Explosion im Halbtechnikum, in der ein neues Pflanzenschutzmittel (DROP) erprobt wurde, mit dem die Baumwollproduktion durchrationalisiert werden kann. Zu dieser Zeit wurden Sonderschichten im Labor gefahren.

Seit 1972 haben die Scheringkapitalisten neun Menschenleben auf dem Gewissen. Immer wieder hat es ein „Mehr" an Sicherheit gegeben. Jetzt soll das Tanklager, in dem große Mengen von Lösungsmitteln (Toluol usw.) und Gasen (z.B. Chlor) lagern, „im Gefahrenfall schnell und zuverlässig geschützt werden" (WZ). Ein verbessertes Alarmsystem, entweder ‚leise' über Funk oder die Werksirene und eine starke Mauer um das Lager sollen alles sicherer machen. Das Toluolvorratslager wird geschützt, weil der materielle Schaden bei Explosion größer wäre. Im Labor dagegen, wo die Beschäftigten mit dem Zeug arbeiten müssen, wird weiterhin an den Leitungen gespart, durch die das gleichzeitig auch noch hochgiftige Toluol transportiert wird. Sie sind ständig undicht.

„In Friedenszeiten auf die Verteidigung vorbereitet sein"

Neues Katastrophenschutz- und Brandschutzgesetz in Niedersachsen / Einsatz von Feuerwehr und THW in der Bretagne

„Die Deutschen kommen", läßt die „Berliner Morgenpost" französische Bauern sagen. Sie sind gekommen, erst mal 270 Feuerwehrleute aus der gesamten BRD und 46 Helfer vom Technischen Hilfswerk (THW), ausgerüstet mit 80 Fahrzeugen vom Tanklöschwagen bis zum Funkkommandowagen und Heißdampfgeräten, „um dem Öl Dampf zu machen". (Süddeutsche Zeitung, 5.6.1978)

Sie sind begrüßt worden als die Macher, nur die Fähnchen und Applaus fehlten noch zur Begrüßung, wie sie sonst zu Besuchen gekrönter und anderer hoher Häupter inszeniert wird. „Die Deutschen kommen" und haben den Franzosen gleich mal gezeigt, was Sache ist: Nicht nur 8 Stunden am Tag arbeiten, um die Strände vom Öl zu säubern, nein, schon morgens ab vier und abends bis nach 20 Uhr, entsprechend den Gezeiten wurde gearbeitet. Das Öl ist davon nicht weniger geworden, wird nach 14 Tagen Bilanz gezogen. Aber ums Öl ging es bei diesem Einsatz ja auch gar nicht. Im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968 wird in § 1 festgelegt: „Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nehmen ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen. Sie werden zu diesem Zweck verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgerüstet und ausgebildet." Das Öl war willkommener Anlaß für die westdeutsche Bourgeoisie, ihre paramilitärischen Einheiten im Ausland operieren zu lassen; folgen soll ein Abkommen mit Frankreich, das den Einsatz der Katastrophenschutz-Organisationen regeln soll. Das westdeutsche Finanzkapital in seiner Gier nach Höchstprofiten ist scharf auf die Reichtümer der anderen Nationen und will sich nicht mit einer Rolle in der zweiten Reihe begnügen, statt Transport von Material direkte Einmischung mit eigenen militärischen und paramilitärischen Formationen. So haben die Feuerwehrleute und THW-Helfer selbständig in der Bretagne operiert, koordinierten die eigenen Verbände von einem Verbindungskommando, das sinnigerweise auf einem französischen Militärgelände installiert war. Der Abschluß des Einsatzes war ein Besuch des Kriegshafens in Brest.

1,23 Millionen Menschen waren 1974 amtliche und ehrenamtliche aktive Mitglieder in so ehrenwerten Einrichtungen wie dem Technischen Hilfswerk, dem Arbeiter Samariter Bund oder dem Deutschen Roten Kreuz. Hinzu kommen die hauptberuflichen Feuerwehrmänner und die der Freiwilligen und Pflichtfeuerwehr, zu der jeder Mann zwischen 18 und 55 Jahren zwangsverpflichtet werden kann. Ein großes Potential an ausgebildeten Arbeitern, die jederzeit einsatzbereit sein müssen für die Interessen der Kapitalistenklasse. Sie unterstehen in Friedenszeiten dem Land, also dem jeweiligen Innenminister, in Kriegszeiten dem Bund, das THW, 1953 gegründet, wurde 1958 als Bundesanstalt dem Bundesinnenminister untergeordnet.

Die Tätigkeit in diesen Organisationen verlangt, wie beim THW, „vom einzelnen persönliche Einschränkungen und Anpassungsbereitschaft sowie die Beachtung der zu ihrer Erhaltung aufgestellten Regeln", unter dem Motto „Hilfsbereitschaft und Kameradschaft". Helfer im THW sind der Pflicht von Befehl und Gehorsam unterstelllt: Verstößt er gegen seine Dienstpflichten, z.B. zu Übungen zu erscheinen und so lange, wie es angeordnet ist, zu bleiben, kann ein Ausschlußgrund vorliegen. Jede Ermahnung wird mündlich und aktenkundig gemacht.

Um die Einsatzbereitschaft des Helfers ausreichend zu prüfen, muß er sechs Monate lang eine Probezeit absolvieren. Überhaupt wird nur einer aufgenommen, der sich zum „demokratischen Rechtsstaat" bekennt, keine „Freiheitsstrafe von einem Jahr und mehr" bekommen hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist".

Schon Jugendliche ab 12 Jahren werden in diesen Dienst gelockt: „Jeder THW-Helfer wird von uns gut ausgebildet. Technisch Interessierte können bei uns viel lernen." (Braunschweiger Zeitung, 7.6.1978) Die Feuerwehr hat Jugendfeuerwehren für Mädchen und Jungen ab 10 Jahren aufgebaut und kann nach dem neuen niedersächsischen Brandschutzgesetz auch Frauen einziehen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes sind aufgrund ihrer Tätigkeit (Krankenhaus, Stromversorgung etc.) verpflichtet, an den Notstandsübungen teilzunehmen. Das niedersächsische Brandschutzgesetz löst das Feuerschutzgesetz von 1949 ab. Außer der Festlegung der Strukturen beim Einsatz ist neu, daß „Personen, die mindestens 18 Jahre alt, aber noch nicht 55 Jahre alt sind, (...) bei Bränden, Unglücksfällen oder Notständen zur Hilfeleistung verpflichtet (sind), wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für die Allgemeinheit oder einen einzelnen notwendig ist und sie vom Einsatzleiter nach dessen pflichtgemäßem Ermessen dazu herangezogen werden." Nichtbefolgen einer solchen Anordnung wird bestraft mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM. Mit dem Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 1. April 1978 hat sich die Bourgeoisie ein umfangreiches Instrumentarium geschaffen, Gewaltmaßnahmen, also Festsetzung im Gefängnis, zu ergreifen zur „Beseitigung oder Abwehr einer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung."

Die Bourgeoisie wappnet sich, um nach außen eingreifen zu können und über die paramilitärischen Formationen den Nachschub zu sichern sowie für die Aufrechterhaltung der notwendigen Kriegsindustrien zu sorgen (so können die Mitglieder der Katastrophenschutz-Organisationen zu „fachfremden Arbeiten" verpflichtet werden), wie sie auch Vorbereitungen trifft für den „inneren Notstand", dem Aufstand der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterordnung. – (N-Red.)



Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in den lokalen Bourgeoisblättern berichtet wird über den Einsatz der Feuerwehr, über Versammlungen, Übungen und Wettkämpfe. 130000 Mitglieder hat die Freiwillige Feuerwehr in Niedersachsen, darunter 2000 Frauen. In der Jugendfeuerwehren sind 19000 organisiert. Gerade die Jugend wird in den Dienst dieser Organisation gelockt über die sportliche Betätigung, das Messen der Kräfte und das Überwinden von Schwierigkeiten.

Betätigungsfeld der Feuerwehr soll nach der Ausbildungsrichtlinien auch ihr Einsatz bei atomarer Strahlung sein, die ja nicht nur bei Kernkraftwerksunfällen, sondern auch in Kriegszeiten auftritt. Eine neue Verordnung vom Juni 1978 legt auf 20 Seiten den Einsatz der Feuerwehr fest.

Die Bourgeoisie scheut keine Kosten für Ausrüstung der Feuerwehr. Das Land Bremen hat 1977 1,06 Mio. DM ausgegeben. Bezahlt wird die Ausrüstung über Steuergelder. Die Größenordnung kann man der Feuerschutzsteuer entnehmen, die 1977 für Niedersachsen 20 Mio. DM betragen hat.

im Ausland operieren zu lassen; folgen soll ein Abkommen mit Frankreich, das den Einsatz der Katastrophenschutz-Organisationen regeln soll. Das westdeutsche Finanzkapital in seiner Gier nach Höchstprofiten ist scharf auf die Reichtümer der anderen Nationen und will sich nicht mit einer Rolle in der zweiten Reihe begnügen, statt Transport von Material direkte Einmischung mit eigenen militärischen und paramilitärischen Formationen. So haben die Feuerwehrleute und THW-Helfer selbständig in der Bretagne operiert, koordinierten die eigenen Verbände von einem Verbindungskommando, das sinnigerweise auf einem französischen Militärgelände installiert war. Der Abschluß des Einsatzes war ein Besuch des Kriegshafens in Brest.

1,23 Millionen Menschen waren 1974 amtliche und ehrenamtliche aktive Mitglieder in so ehrenwerten Einrichtungen wie dem Technischen Hilfswerk, dem Arbeiter Samariter Bund oder dem Deutschen Roten Kreuz. Hinzu kommen die hauptberuflichen Feuerwehrmänner und die der



Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in den lokalen Bourgeoisblättern berichtet wird über den Einsatz der Feuerwehr, über Versammlungen, Übungen und Wettkämpfe. 130000 Mitglieder hat die Freiwillige Feuerwehr in Niedersachsen, darunter 2000 Frauen. In der Jugendfeuerwehren sind 19000 organisiert. Gerade die Jugend wird in den Dienst dieser Organisation gelockt über die sportliche Betätigung, das Messen der Kräfte und das Überwinden von Schwierigkeiten.

Betätigungsfeld der Feuerwehr soll nach der Ausbildungsrichtlinien auch ihr Einsatz bei atomarer Strahlung sein, die ja nicht nur bei Kernkraftwerksunfällen, sondern auch in Kriegszeiten auftritt. Eine neue Verordnung vom Juni 1978 legt auf 20 Seiten den Einsatz der Feuerwehr fest.

Die Bourgeoisie scheut keine Kosten für Ausrüstung der Feuerwehr. Das Land Bremen hat 1977 1,06 Mio. DM ausgegeben. Bezahlt wird die Ausrüstung über Steuergelder. Die Größenordnung kann man der Feuerschutzsteuer entnehmen, die 1977 für Niedersachsen 20 Mio. DM betragen hat.

Strukturwandel in der Ostsee

Fischer distanzieren sich von demagogischer Hetze

Über die Aufbringung eines weiteren deutschen Kutterfischers in der Ostsee durch polnische Küstenschutzboote werden große Wellen geschlagen. Ausdrücklich hatte die Bundesregierung die Fischer angewiesen, daß sie in dieser sogenannten Grauzone fischen sollen. Von der ist allemal klar, daß die BRD darauf in keiner wie immer gearteten Einteilung in Fischereizonen – entsprechend der Lage der Küstenländer – jemals einen Anspruch geltend machen kann. Expansionismus und Interventionismus verbergen sich hinter dieser Anweisung. Einmal ist der Fischreichtum dort noch relativ groß: Wo man anderswo in 15 Stunden 15 Körbe herausholt, kann in der betreffenden Grauzone ein Fang von 40 bis 50 Körben in zwölf Stunden herausgeholt werden, sagen die Fischer. Und die küstennahen Gebiete in der Ost- und Nordsee sind, von der Profitsucht der Kapitalisten angetrieben, derart überfischt worden, daß die EG sich gezwungen sah, z.B. für Hering ein absolutes Fangverbot zu erlassen, um die nahezu völlige Ausrottung des Herings in diesen Gewässern zu vertuschen. Zum anderen: Dieser Raubbau wurde nicht durch die ständig dezimierte Kutterfischerei erreicht (42o Fischkutter wurden laut Statistik in acht Jahren „stillgelegt"), sondern durch die Aufrüstung einer modernen Fangflotte. Die Empörung der Fischer richtet sich denn auch in der Hauptsache gegen die Bundesregierung. Sie fordern Entschädigung für die zerstörten Fischgründe durch den Staat. Und sie wollen sich auch nicht weiter für das perfide Spiel der Bundesregierung mißbrauchen lassen: „Wenn die Bundesregierung jetzt nichts unternimmt, soll *sie* doch sehen, wo sie bleibt", sagte ein Sprecher der Heikendorfer Fischer erbost. Tagelang berichtete die bürgerliche Presse, die Fischer seien auf dem Sprung, ein polnisches Schiff im Nord-Ostseekanal zu kapern – „doch zunächst sind noch zu wenige Kutter in den Häfen, die eine Kaperung ermöglichen würden." (Kieler Nachrichten, 6.6.78) Angeblich soll der CDU-Landwirtschaftsminister Flessner die Fischer zu Besonnenheit habe mahnen müssen. Die Empörung der Fischer über diese Verleumdungskampagne ist groß, so daß am vergangenen Samstang selbst die „FAZ", also bundesweit, dementieren muß: „In den Ostseehäfen erscheinen Flugblätter, *von denen sich die Fischer übrigens distanzieren*, in denen im Gegenmanöver zur Kaperung polnischer Fischkutter ausgerufen wird." Auch das „Handgemenge", zu dem es angeblich auf dem aufgebrachten Kutter gekommen sei, wird in Kiel von Fischereisprechern dementiert.

Isoliert stehen die westdeutschen Geiferer da: Die von der Bonner CDU/CSU-Opposition verlangte Entsendung von Fischereischutzbooten der BRD in die umstrittenen Gebiete mußte von einem Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums als „unmöglich" bezeichnet werden. Gleichzeitig bekräftigte die BRD jedoch ihre Absicht, die Fischereizonen unabhängiger Staaten nicht achten zu wollen: „Grundsätzlich stehe die Bundesregierung jedoch auf dem Standpunkt, daß auch die Fischereizonen ‚hohe See' seien und der Einsatz von Fischereischutzbooten daher erlaubt sei." (Kieler Nachrichten, 8.6.78) Davon werden Schweden und Dänemark übrigens nichts halten.

Auch die polnische Regierung wird davon nichts halten, wenn die westdeutschen Presseorgane der Imperialisten laut davon tönen, daß die Fischer angeblich diesen Teil der Ostsee als ihre „Heimat" ansehen. Die Küsten Pommerns, Ostpreußens und Westpreußens werden dabei genannt. „Wo schon Schiffe versenken nicht opportun *scheint*", fordert die „Neue Westfälische Zeitung, „besitzt doch die Bundesregierung als der ökonomisch weitaus Stärkere durchaus die Möglichkeit, mit wirtschaftlichen Sanktionen zu antworten."

Eines aber haben die Fischer inzwischen erreicht, wenn auch mit Haken und Ösen: „Kutterfischer, die *keinen Ausgleich* für Fang-Einbußen fänden, sollten *angemessene* finanzielle Hilfe aus dem Etat des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein erhalten." (FAZ, 9.6.78)

Ohne imperialistische Hintergedanken werden auch diese Hilfen nicht gewährt: „Das Europaparlament billigte am 13. Mai 1976 den Vorschlag der Kommission für eine Umstrukturierung der handwerklichen Küstenfischerei. Vorbehalte äußerte es dahingehend, daß in jedem Fall die Erhaltung einer lebensfähigen Küstenfischerei gewährleistet werden müsse, um die Entvölkerung der Randgebiete der EG zu verhindern." (aus den Protokollen des Europaparlaments) – (N-Red.)

Neue Schiffstypen



Mit der Entwicklung neuer Schiffstypen für die Anbindung an die Nordsee über die Kanäle fordert die Industrie- und Handelskammer Lübeck größeren Aktionsraum und Lockerung der Navigationsvorschriften sowie Abschaffung des Nacht- und Sonntagsfahrverbots bzw. der Einschränkungen auf westdeutschen Kanälen.

Während auf allen übrigen westdeutschen Binnenwasserstraßen der Seeverkehr von 1970 bis 1976 um beträchtliches gesunken ist, z.B. der Rhein-Seeverkehr von 2048990 t auf 669842 t, hat der bescheidene Elbe-Seeverkehr (einschließlich des Elbe-Lübeck-Kanals) von 5732 t auf 17661 t um mehr als das dreifache zugenommen. „Die zu erwartende Aktivität der Binnenseefahrt der RGW-Ostsee-Anrainer erfordert wirksame ... Gegenmaßnahmen."

Dazu, die Konkurrenz zu schlagen und zu schädigen, ist den westdeutschen Imperialisten jedes Mittel recht, sollten nicht per ominösem Flugblatt die Fischer aufgehetzt werden, ein polnisches Transportschiff in einem westdeutschen Kanal zu kapern?